



konferenz »Inklusion – Auch bei uns!«: Die Arbeiterwohlfahrt aktiv zur Entwicklung inklusiver Gesellschaft beitragen kann und Wohlfahrtsverband ihrer Vorreiterrolle geworden, befasste sich die AWO auf der Konferenz zur Inklusion am 28. Juni 2013 und mit den dafür notwendigen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie den notwendigen Maßnahmen der Trägerin von Einrichtungen und Diensten. Die Teilnehmerinnen haben sich mit der zentralen Frage auseinandergesetzt, wie die AWO zu dem inklusiven gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel beitragen kann und welche neuen Aufgaben für notwendig sind. Die Sozialkonferenz wurde unter inklusiven Gesichtspunkten ausgerollt. Am Nachmittag wurden in sechs Arbeitsgruppen verschiedene Schwerpunkte behandelt. In der abschließenden Plenarversammlung gehörten die Messbarkeit von Teilhabe, Inklusion in Kindertagesstätten und schulische Inklusion, Persönlichkeitsentwicklung, Inklusion der Arbeitswelt und sowie die Frage nach der Rolle von Inklusion und dem Ausbau von Arbeitsplätzen in Bezug auf § 112 SGB II. Die Ergebnisse der Konferenz bildeten die wichtige Grundlage für die Entwicklung der Domäne der Inklusion.

Werkstatt »Menschen gewinnen für die AWO. Überlegungen und Modelle zur Stärkung der AWO als Mitgliederverband«: Am 31. Januar und 1. Februar 2014 fand in Springe bei Hannover eine Werkstattkonferenz zur Mitgliederarbeit statt. Über 150 haupt- und ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter der Landes- und Bezirksverbände kamen hier zusammen, um unter Leitung des Bundesverbandes den Grundstein für die künftige Mitgliederarbeit der Arbeiterwohlfahrt zu legen. Der Austausch von Erfahrungen und die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen standen im Zentrum der Werkstattkonferenz. Arbeitsgruppen wurden u. a. zu den Themen »Wohlfühlende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter« und »Bindung« diskutiert. Es wurde festgestellt, dass die AWO von den sozialen Bedingungen

AWO Sozialkonferenz »Bürgerschaftliches Engagement«: Am 27. und 28. Juni 2014 fand in Altötting in Oberbayern die 5. AWO Sozialkonferenz statt. Die Tagung eröffnete den Raum für einen intensiven Austausch darüber, wie vorhandenes Engagement angesichts gesellschaftlicher Entwicklungen und Trends gestärkt und in seinem Eigenwert anerkannt werden kann und wie neue Interessierte und Engagierte gewonnen werden können.

Dabei galt es auch, das 2012 vom Verband verabschiedete Positionspapier zur bürgerschaftlichen Engagement in seiner Aktualität zu überprüfen und zu überarbeiten. Die »Kernthesen« Teilhabe, Inklusion und »Engagement« wurden diskutiert. In der abschließenden Plenarversammlung wurden die Faktoren über die Gewinnung, Bindung von Mitgliedern über das Engagement zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen über bürgerschaftliche Engagement in der AWO diskutiert. Es wurde festgestellt, dass die AWO als Modell für soziale Innovationen. Ein besonderer Themenfokus wurde außerdem auf die zunehmende Monetarisierung des Engagements gerichtet, aber auch auf neue Formen der Bindung und Förderung von Engagement wie die Sozial- und Seniorengenossenschaften. Vielfältige Lebenslagen in der Gesellschaft führen zu unterschiedlichsten Interessen und Voraussetzungen an Verbandskultur und Engagementmöglichkeiten. Die individuellen Bedürfnisse und Interessen der Menschen für ein Engagement sind für die Gestaltung der Angebote und das gemeinsame Entwickeln interessanter Tätigkeiten wichtig. Hierbei sind unterschiedliche Familienmodelle, unterschiedliche Bedingungen der Erwerbstätigkeit, Demographie, Migrationserfahrung, Interkulturalität sowie die Geschlechterdimensionen zu berücksichtigen.

Solidarität für alle.

Portmunder Erklärung: Es wird ein interdisziplinäres Verständnis der Inklusion in der AWO, die Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion in allen Bereichen der AWO notwendig ist. Die AWO orientiert sich an diesem Leitprinzip der Inklusion, um sich an den notwendigen Veränderungsprozessen, um Inklusion in Einrichtungen und Diensten anzubahnen zu können und erfüllt damit ein zentrales Anliegen des Beschlusses 2012 »Aktionsplan zur Implementierung des Leitprinzips der Inklusion in der AWO«. In der Erklärung wird ein gemeinsames Verständnis der AWO von Inklusion festgehalten: Die AWO versteht Inklusion als gesellschaftlichen Paradigmenwechsel, der in den gesellschaftlichen und Politikbereichen die Inklusion ist ein Prozess, der die Mehrheit der Menschen ein Perspektivwechsel vor, weg von der Einseitigkeit des Blicks auf die Hindernisse und ihre Überwindung im Einzelnen hin zu der Frage, was die Gesellschaft und ihre Institutionen brauchen, um die Inklusion im Bildungs- und Förderauftrag für alle Menschen zu entsprechen, ohne auszugrenzen. Die gesellschaftlichen und institutionellen Rahmenbedingungen sowie Kontextfaktoren müssen so gestaltet werden, dass allen Menschen eine rechtliche Teilhabe und barrierefreie Zugang zu allen gesellschaftlichen Subsystemen ermöglicht werden. Die Teilhabe von Einzelnen an der Gesellschaft ist gegründet auf einer Akzeptanz der Unterschiedlichkeit und dem konsequenten Abbau von Barrieren, z. B. durch den kulturellen Wandel, die Ethnie, den sozio-ökonomischen Status, das Geschlecht oder auch Behinderungen. Die Inklusion ist Ziel und Umsetzung zugleich – und braucht Zeit.

gen lernen kann und wie man heutzutage erfolgreich Mitglieder gewinnt. Highlight wurde, dass die AWO ihr inhaltliches Profil mehr als bisher weiter schärfen muss, um noch gezielter sozialpolitischen Einfluss nehmen und gegen gesellschaftliche Missstände eingreifen zu können. Wie die AWO in einem inklusiven Dialog mit den Menschen, kann sie auch besser Engagement und eine mögliche Mitgliedschaft fördern. Die AWO benötigt eine neue Einkommens- und Anerkennungskultur. Unternehmen und Mitgliederverband müssen künftig stärker Hand in Hand gehen – im Sinne gemeinsamer Ziele, konkreter Kooperationen und Projekte, mit denen Engagement ermöglicht und gefördert wird. Zur Kooperation gehört auch mehr gegenseitige Wertschätzung zwischen Haupt- und Ehrenamt. Ortsvereine benötigen, um vor Ort sichtbar und handlungsfähig zu sein, hauptamtliche Unterstützung, Beratung und Begleitung. Die Vorstände brauchen mehr Angebote zur Qualifizierung und Beratung, aber auch für Erfahrungsaustausch und Vernetzung. Gefordert wurde, dass sich die Vereine mit ihren Angeboten und Projekten stärker in die Kommune hinein vernetzen und mehr lokale Kooperationen eingehen. Die Ergebnisse der Werkstattkonferenz wurden umfassend dokumentiert und dem Verband zur Verfügung gestellt.

Bundeskonzferenz 2016 Dokumentation



Bundeskonzferenz 2016

Dokumentation



7 Eröffnung

11 Grußworte

- 12 Klaus Mohrs**, Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg
- 14 Gabriele Siebert-Paul**, Vorsitzende des AWO Bezirksverbandes Braunschweig
- 16 Stephan Weil**, Ministerpräsident Niedersachsen
- 22 Sigmar Gabriel**, SPD-Parteivorsitzender
- 31 Dr. Angela Merkel**, Bundeskanzlerin (Videobotschaft)
- 32 Prof. Dr. Rolf Rosenbrock**, Präsident der BAGFW
- 34 Erich Fenninger**, Bundesgeschäftsführer Volkshilfe Österreich
- 36 Kapitän Klaus Vogel**, Gründer und Präsident SOS MEDITERRANEE in Partnerschaft mit AWO International e.V.
»Seenotrettung Mittelmeer«

39 Konstituierung der Bundeskonferenz

41 Berichte

- 42 Wilhelm Schmidt**, Bericht des Vorsitzenden des Präsidiums
- 48 Wolfgang Stadler**, Bericht des Vorsitzenden des Vorstandes
- 52 Axel Heiner Dabitz, Richard Skribelka, Johannes Schemann**, Bericht der Verbandsrevisoren
- 54 Manfred Klaßen**, Bericht des Bundesschiedsgerichtes
- 55 Christoph Götz und Anna Pfeiffer**, Bericht des Bundesjugendwerkes
- 58 Wilhelm Schmidt**, Bericht über den Bearbeitungsstand des »Grundsatzprogrammes«
- 61 Michael Scheffler**, Bericht »100 Jahre AWO 2019«

63 Anträge und Beschlüsse

73 Lotte-Lemke-Preis

77 Marie-Juchacz-Plakette

81 Das neue Präsidium

83 Schlusswort

Eröffnung





Wilhelm Schmidt Vorsitzender des Präsidiums

Guten Tag, liebe Delegierte, liebe Mitglieder der Bundeskonferenz 2016. Ich begrüße alle, die hier im Saal sind, und erkläre unsere Bundeskonferenz 2016 im schönen Wolfsburg für eröffnet. Herzlich willkommen!

Ich freue mich darüber, dass wir Gäste haben, an der Spitze dieser Gäste: den Oberbürgermeister von Wolfsburg, den Genossen Klaus Mohrs. Herzlich willkommen! Klaus, als wir vor Jahren mit dem Bezirk Braunschweig darüber gesprochen haben, dass wir hier in Wolfsburg oder in Braunschweig unsere Konferenz durchführen wollen, hast Du spontan zugesagt. Du warst gerade frisch gewählt. Wir haben diese positive Einstellung auch bei der Konferenzvorbereitung gespürt: Du bist mit Herzblut dabei und hast uns an jeder Stelle, wo es möglich und notwendig war, unterstützt. Herzlichen Dank Dir und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Wolfsburg, des Konferenzentrums und allen anderen für die hervorragende Zusammenarbeit.

Ich begrüße meine Präsidentin, die Präsidentin des ausrichtenden Bezirksverbandes Braunschweig: Gabriele Siebert-Paul. Dass der Bezirk Braunschweig sich anstrengt, versteht sich. Aber Gabriele hat, gemeinsam mit Rifat Fersahoglu-Weber, dem Vorstandsvorsitzenden, sowie dem Team des AWO-Bezirks in den Monaten der Vorbereitung Hervorragendes geleistet. Vielen Dank für diese Partnerschaft und die Solidarität.

**Solidarität für alle. Solidarität unter uns.
Solidarität für die Menschen in Deutschland.
Solidarität über SOS MEDITERRANEE auch für
andere und für viele in Europa, in Österreich,
an vielen anderen Stellen. Ich hoffe,
die Bundeskonferenz wird ein großer Erfolg.
Herzlich willkommen!**

Ich begrüße sehr herzlich den Präsidenten der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, Herrn Professor Rolf Rosenbrock. Herzlich willkommen! Nicht nur, weil er auch noch Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbandes ist, sondern auch sonst verbindet uns eine sehr enge, um nicht zu sagen fast freundschaftliche Zusammenarbeit.

Ich begrüße sehr herzlich Erich Fenninger, den Geschäftsführer der Volkshilfe Österreich, der als Partnerverband und als Freund hier heute zu uns gekommen ist. Erich, herzlich willkommen! Wir haben an vielen Stellen sehr eng zusammengearbeitet. Das wollen wir fortsetzen und vertiefen.

Ich begrüße sehr herzlich Klaus-Peter Bachmann, der hier als einfacher Delegierter unter uns sitzt, aber als Landtagsvizepräsident der höchstrangige Parlamentarier zurzeit in unseren Reihen ist. Herzlich willkommen!

Ich begrüße sehr herzlich Paul Saatkamp. Wir wissen über Paul und von Paul, dass er heute zum 25. Mal fast ununterbrochen hintereinander als Gast oder als Delegierter bei einer AWO-Bundeskonferenz oder -Reichskonferenz dabei ist. So etwas hat es noch nicht gegeben! Wir haben uns viele Jahre auch miteinander im Bundesvorstand und im Präsidium für die Arbeiterwohlfahrt engagiert.

Und: Wir begrüßen Kapitän Klaus Vogel, der als Gast an der heutigen Konferenz nachher eine Information darüber geben wird, was uns miteinander verbindet: das gemeinsame Projekt SOS MEDITERRANEE »Seenotrettung Mittelmeer«. Herzlich willkommen, Kapitän Vogel!

Ansonsten ist alles vorbereitet. Wir haben Wochen und Monate hinter den Kulissen nicht nur mit den Institutionen hier vor Ort, sondern natürlich auch selbst, intern, an vielen Stellen gearbeitet, um das hinzukriegen. Darum hoffe ich, dass wir eine ertragreiche, harmonische Bundeskonferenz haben werden – vor allem eine, die sich an dem Motto dieser Konferenz orientiert: Solidarität für alle. Solidarität unter uns. Solidarität für die Menschen in Deutschland. Solidarität über SOS MEDITERRANEE auch für andere und für viele in Europa, in Österreich, an vielen anderen Stellen. Ich hoffe, die Bundeskonferenz wird ein großer Erfolg. Herzlich willkommen!

Hier oben – rechts und links von mir – sitzt das Präsidium, aber auch die Vertreter des Bundesjugendwerks. Ich freue mich, dass wir unverändert eine so intensive und enge Zusammenarbeit haben. Das hat sich gerade heute Morgen noch einmal in der Vorbereitungspräsidiumssitzung gezeigt. Also: Solidarität auch mit dem Jugendwerk und den jungen Menschen im Allgemeinen. Herzlich willkommen Anna und Christoph.

Und eine junge Frau sitzt hier heute auch zum ersten Mal: der neue Vorstand des Bundesverbandes Selvi Naidu, die wir heute Morgen gewählt haben als neue Vorstandsfrau für die Finanzen der Arbeiterwohlfahrt. Selvi Naidu, herzlich willkommen!

Ansonsten begrüßen wir immer den Vorsitzenden oder das andere Vorstandsmitglied zuerst – das mache ich jetzt erst: Wolfgang Stadler, herzlich willkommen, und Brigitte Döcker, auch herzlich willkommen!

Die drei zuletzt Genannten, also der Vorstand und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle, haben Großartiges geleistet im Vorfeld dieser Bundeskonferenz. Ihnen allen/Euch allen ein herzliches Dankeschön für diesen Einsatz und diese Arbeit.





Grußworte

Klaus Mohrs

Gabriele Siebert-Paul

Stephan Weil

Sigmar Gabriel

Dr. Angela Merkel

Prof. Dr. Rolf Rosenbrock

Erich Fenninger

Kapitän Klaus Vogel



Klaus Mohrs Oberbürgermeister von Wolfsburg

Lieber Wilhelm Schmidt, lieber Wolfgang Stadler, liebe AWO-Familie, liebe Gäste! Ich habe mich sehr gefreut, als vor einigen Jahren die Frage an uns herangetragen wurde: Können wir die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Wolfsburg machen? – Natürlich, klar! Denn gerade in einer Stadt, die geprägt ist von einem Industriegiganten, ist es niemals schlecht, wenn soziale Organisationen Gesicht zeigen, weil soziale Themen manchmal eher in den Hintergrund geraten. Als damals diese Frage kam, ging es uns allerdings noch deutlich anders als heute. Wilhelm, Du hast eben gesagt: Der Bundeskongress wird hoffentlich ein großer Erfolg. Ich denke, es gibt drei Gründe, warum das ein Erfolg werden muss. Einmal, weil es für die AWO wichtig ist, zum anderen, weil es für die Menschen wichtig ist, und zum Dritten ist es schön, wenn aus Wolfsburg mal wieder gute Nachrichten nach Deutschland hinausgehen.

Wolfsburg ist eine ganz spannende Stadt, sie ist in der Tat eine besondere Stadt. Sie ist eine der wenigen Stadtgründungen des letzten Jahrhunderts, und wir sind mit 125.000 Einwohnerinnen und Einwohnern eigentlich noch eine relativ kleine Stadt. Das Besondere ist unter anderem, dass wir bei 125.000 Einwohnern etwa 120.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in dieser Stadt haben. Das heißt, wenn man noch die Beamten und die Selbstständigen dazurechnet, ist es sicherlich die einzige Stadt in Deutschland, in der es mehr Arbeitsplätze gibt, als Menschen in ihr leben. Das ist eine Besonderheit, hängt natürlich, und das muss ich vermutlich hier nicht weiter ausführen, sehr stark von der Entwicklung des Volkswagenkonzerns ab.

Diese Stadt atmet mit diesem Konzern. Wenn es dem Konzern gut geht, geht es uns in aller Regel sehr gut. Wenn es diesem Konzern schlecht geht,

**Vielen ist gar nicht klar,
dass auch in einer reichen Stadt
Kinder zu wenig zu essen haben.
Kinder leiden unter Armut.
Das ist schwer, hier immer wieder
ins Bewusstsein zu bringen.**

geht es uns in aller Regel sehr schlecht. Das ist eine Situation, mit der man in dieser Stadt leben muss. Wir hatten Ende der Neunzigerjahre, das werden viele gar nicht mehr erinnern, eine Arbeitslosenquote in Wolfsburg von 18 Prozent. Das war damals die höchste Arbeitslosenquote in den alten Bundesländern. Dann ist sie gesunken auf unter 4 Prozent durch die Entwicklung des Konzerns. Ich hoffe, dass wir keine Negativentwicklung in den nächsten Jahren bekommen.

Wolfsburg ist eine Stadt, die in allen Zukunftsprognosen sehr positiv dargestellt wird. Ich glaube, das wird auch so bleiben. Denn der Volkswagen-Konzern hat kürzlich sehr wichtige Dinge verkündet, seine Zukunftssituation dargestellt. Die automobilen Veränderungen des Konzerns, die IT-Entwicklung und die Entwicklungen zur Elektromobilität werden auch in Zukunft sehr stark mit Wolfsburg, mit Braunschweig und Salzgitter verknüpft sein. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass es ein Ergebnis der ganzen Gespräche gewesen ist, dass diese Entwicklung sehr stark aus dieser Region heraus kommen wird. Das ist für uns in dieser Region, die wie kaum eine andere von Industrie geprägt ist, schon eine entscheidende Frage für die Zukunft.

Wolfsburg ist auch eine interessante Stadt, was den Sport angeht. Wir sagen: Wir sind eine Sportstadt mit sehr viel Breitensport, aber auch Leistungssport – auch wenn der momentan an der einen oder anderen Stelle ein bisschen kränkelt. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel in der Erlebnis- und Freizeitentwicklung getan. Sie werden ein bisschen davon – wenn Sie in der Autostadt sind – sehen, was diese Stadt auch zu bieten hat.

Was Ihnen aber vielleicht um diese Jahreszeit nicht ganz so auffällt wie zu anderen Jahreszeiten: Wir sind eine extrem grüne Stadt. 75 Prozent unserer Stadtfläche sind grün. Das ist etwas ganz Besonderes, worauf wir auch sehr stolz sind – was mir als Oberbürgermeister manchmal ein bisschen Ärger bereitet, nämlich dann, wenn wir den Menschen in dieser Stadt sagen: Es fehlt zurzeit an Wohnraum. Ich habe eben gesagt, wie viele Arbeitsplätze wir haben. Davon sind alleine 40.000 in den letzten 15 Jahren dazugekommen. Viele dieser Menschen wohnen bis nach Berlin und weiter weg. Sie müssen jeden Tag ein bis zwei Stunden fahren, würden gerne hier wohnen und finden keinen Wohnraum. Wohnraum zu schaffen, ist immer schwierig, das weiß ich von den Kollegen. In Wolfsburg ist es besonders schwierig, nicht, weil uns die Fläche fehlt, sondern, weil um

jede grüne Wiese gekämpft wird. Was ich verstehen kann aus der jeweils Betroffenen Sicht, wo wir allerdings sagen müssen: Diese Stadt und die Menschen brauchen einfach Wohnraum.


Aber das ist durchaus etwas Schwieriges. Wir sind – ich habe das eben angesprochen – eine scheinbar sehr reiche Stadt. Wir sind auch schuldenfrei. In dieser Stadt gibt es auch Menschen, die soziale Unterstützung brauchen. Auch wir haben den Bedarf. Das sagen wir auch immer wieder. Und das weiß ich als Sozialdemokrat und weil ich von meinem Ursprung her aus der Jugendarbeit komme.

Wohnraum zu schaffen, ist immer schwieriger.

Vielen ist gar nicht klar, dass auch in einer reichen Stadt Kinder zu wenig zu essen haben. Kinder leiden unter Armut. Das ist schwer, hier immer wieder ins Bewusstsein zu bringen. Da ist es gut, dass wir sehr aktive Wohlfahrtsverbände haben, mit denen wir auch sehr eng zusammenarbeiten: mit der Caritas, dem Diakonischen Werk, dem Deutschen Roten Kreuz und natürlich auch mit der AWO. Der Kreisverband der AWO gehört ja zum Bezirksverband Braunschweig. Wir haben sehr enge Beziehungen in vielen Dingen. Kindergärten sind ein Thema. Wir verhandeln aber auch derzeit zusammen mit dem Klinikum über ein psychiatrisches Zentrum in unserer Stadt, etwas, was ganz wichtig ist. Und auch da schauen wir immer, wo die Arbeiterwohlfahrt Partner unserer Stadt sein kann.

Von daher freue ich mich, dass Sie jetzt heute hier sind. Ich denke, wir haben noch die eine oder andere Gelegenheit, und ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie mal neben einem Bundeskongress an einem Wochenende nicht wissen, was Sie tun sollen, kommen Sie einfach mal nach Wolfsburg.

Wir haben viel zu bieten, von dem man bisher wenig gehört hat. Es lohnt sich, nach Wolfsburg zu kommen. Herzlichen Dank!



»Mitten im Leben«,
dafür steht die AWO. Und wir
arbeiten Tag für Tag dafür,
dies allen Menschen
zu ermöglichen.

Gabriele Siebert-Paul **Präsidiumsvorsitzende des** **AWO Bezirksverbandes** **Braunschweig**

Füreinander, miteinander – AWO packt an! Unter diesem Motto, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde – und da Wilhelm es heute nicht gesagt hat, sage ich es –, liebe Genossinnen und Genossen, stand die diesjährige Bezirkskonferenz der Arbeiterwohlfahrt des Bezirksverbandes Braunschweig. Ich bin der festen Überzeugung, dass dieses Motto nicht nur für die Aktivitäten in der AWO zwischen Harz und Heide steht.

Füreinander, miteinander – AWO packt an! ist ein Motto, welches für die AWO in der gesamten Bundesrepublik stehen kann.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste!
In diesem Sinne begrüße ich Sie und Euch alle zur AWO-Bundeskonzferenz 2016 auf das Herzlichste im AWO Bezirksverband Braunschweig.

Ein besonderes Bedürfnis ist es auch aus Sicht des AWO Bezirksverbandes Braunschweig, dem Wolfsburger Oberbürgermeister Klaus Mohrs nochmals herzlich zu danken für die tatkräftige Unterstützung dieser Konferenz. Die Stadt Wolfsburg wird auch morgen Abend Mitausrichter unseres gemeinsamen bunten Abends sein.

Seien Sie mir alle herzlich willkommen in der Toskana des Nordens, in dem nördlichen Harz-Vorland. Einen besonderen Gruß richte ich an Wilhelm Schmidt, unseren Präsidenten des AWO Bundesverbandes. Lieber Wilhelm, es ist uns ein Vergnügen und eine Ehre, die Bundeskonferenz 2016 in deinem Heimatbezirk durchführen zu dürfen.

In diesem Zusammenhang danke ich auch Wolfgang Stadler und seinem Team für die gute Zusammenarbeit während der Vorbereitung zur Bundeskonferenz 2016. Wo es erforderlich war, haben wir Euch gerne zur Seite gestanden und werden Euch auch in den nächsten zwei Tagen mit zahlreichen Helferinnen und Helfern aus dem Bezirksverband Braunschweig, federführend unter unserem Verbandsreferat, mit unserem Verbandssekretär Falk Hensel an der Spitze, tatkräftig unterstützen.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste! Es lohnt sich, den AWO Bezirksverband Braunschweig näher kennenzulernen. Ich will mit einem ca. einminütigen Videospot Euch die Möglichkeit geben, einmal kurz hineinzuschnuppern in die vielfältigen Aufgaben der AWO Braunschweig – der AWO zwischen Harz und Heide.

»Mitten im Leben«, dafür steht die AWO. Und wir arbeiten Tag für Tag dafür, dies allen Menschen zu ermöglichen. »Mitten im Leben«, das ist das Motto, unter dem wir Hilfe zur Selbsthilfe anbieten. Wollt Ihr mehr erfahren? Den kompletten fünfminütigen Imagefilm könnt Ihr an unserem Stand in der Ausstellung sehen oder Ihr nutzt unseren YouTube-Kanal oder die ausgelegte Broschüre. Schaut doch einfach mal rein!

Liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde! Die Bundeskonferenz findet unter der Überschrift »Solidarität für alle« statt. Es ist ein Motto, welches in die Zeit passt und zugleich die Aufgaben der AWO gut beschreibt. Das Motto ist aber auch zugleich eine Aufforderung an die Gesellschaft – ähnlich so, wie es das Motto unserer Bezirkskonferenz war: Mehr füreinander einzutreten und im Miteinander Ziele zu entwickeln, diese zu gestalten und schlussendlich auch zu erreichen.

Wir können die aktuellen und die zukünftigen Herausforderungen nur miteinander bewältigen. Diesen Weg wollen wir hier aus dem Bezirk Braunschweig heraus begleiten, und wir wollen auch gemeinsam mit Euch allen helfen und gestalten. Einige Weichen dafür werden wir auf dieser Konferenz in den nächsten Tagen stellen.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, einen Punkt möchte ich besonders hervorheben, vor dem wir keineswegs die Augen verschließen dürfen und alle Kraft aufwenden müssen, damit die AWO ihren Grundwerten und ihrer originär mitgliederbasierten Struktur auch in Zukunft treu bleibt. Der Mitgliederverband muss gestärkt werden. Die AWO bleibt sich nur mit funktionierenden ehrenamtlichen Strukturen treu. Die Mitgliederverluste, die auch bei uns stark spürbar sind, müssen aufgefangen werden. Die Mitgliedergewinnung und –bindung muss weiterhin und verstärkt gefördert werden. Bitte helft alle mit, dass sich die AWO in ihren Grundwerten und ihrem Grundprinzip treu bleibt. Es geht um nichts Geringeres als um die Zukunft unserer fast hundertjährigen AWO.

Ich freue mich nun auf eine hoffentlich sehr konstruktive Konferenz und darf nochmals alle Delegierten und Gäste herzlich willkommen heißen! Glück auf!



Stephan Weil Niedersächsischer Ministerpräsident

Lieber Wilhelm, liebe Freundinnen, liebe Freunde der AWO. Herzlich willkommen bei uns in Niedersachsen! Wir freuen uns wirklich sehr, dass wir wieder einmal den AWO Bundesverband nach so langer Zeit begrüßen dürfen. Es ist schon richtig, was Wilhelm gesagt hat: Die AWO in Niedersachsen sorgt ununterbrochen dafür, dass wir sie nicht vergessen. Man kann buchstäblich vom fast ersten Tag bis zum letzten Tag seines Lebens sich bei uns in Niedersachsen von der AWO begleiten lassen, vom ersten Tag in der Krippe bis zum Aufenthalt in einem Pflegezentrum in der letzten Phase des Lebens. Dazwischen gibt es viele, viele andere Angebote, die die AWO für Menschen macht. Aber ich will mal ganz ausdrücklich für Niedersachsen sagen: Wir empfinden die AWO als eine Säule der sozialen Infrastruktur. Wenn es die AWO nicht gäbe, man müsste sie neu erfinden.

Es kommt im Alltag so selbstverständlich daher. Wir sind ja gewissermaßen daran gewöhnt, dass die AWO, aber ich will auch die anderen brüderlich und schwesterlich verbundenen Organisationen hier erwähnen, einfach da ist in einer wirklich großartigen Mischung von Haupt- und Ehrenamtlichkeit, von Profis, die eine Fachausbildung haben, und von vielen Bürgerinnen und Bürgern, die einfach so mit anpacken innerhalb der AWO. Das kommt so selbstverständlich daher, weil es Teil unseres Sozialstaats ist.

Aber vielleicht geht es Euch so wie mir. In diesem Jahr bin ich wirklich immer wieder daran erinnert worden: Es ist eben nicht selbstverständlich, woran wir uns gewöhnt haben in einer offenen, freien, demokratischen und sozialen Gesellschaft. Dafür werden wir viel mehr als in der Vergangenheit kämpfen müssen.

**Es ist eben nicht selbstverständlich,
woran wir uns gewöhnt haben
in einer offenen, freien, demokratischen
und sozialen Gesellschaft.
Dafür werden wir viel mehr als in
der Vergangenheit kämpfen müssen.**

Leider muss man konstatieren: 2016 war das Jahr des Rechtspopulismus. Der Brexit, die Wahl von Donald Trump – das waren nun wirklich spektakuläre Ereignisse. Und wir in Deutschland wissen ja leider auch, wovon wir da reden, wenn wir an die Wahlergebnisse denken, die die AfD bei diversen Wahlen erzielt hat in diesem Lande.

Ich will einmal sagen, worum es mir im Kern geht. Im Kern steht diese Welle von Rechtspopulismus, von Verdrossenheit, auch von Hass, von dieser systematischen Art und Weise, Angst und Unsicherheit zu schüren, Aggressionen auf Minderheiten zu lenken. Im Kern steht dieser Rechtspopulismus gegen alles, was das Menschenbild der AWO, der SPD und vieler anderer Organisationen und Menschen in dieser Gesellschaft ausmacht.

Für uns aber ist es essenziell, dass in unserer Gesellschaft das Grundgesetz ernst genommen wird. Und dieses Grundgesetz, das beginnt bekanntlich mit einem Satz, der – wenn man ihn für sich alleine liest – steht wie ein Felsen: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Daraus leiten wir ab: Humanität und Solidarität. Daran zu erinnern, ist heute wichtiger, als es viele Jahre lang gewesen ist.

Aber es ist mehr als Empörung nötig. Es wäre übrigens auch ganz falsch, wollten wir die Menschen, die jetzt zum Beispiel die AfD gewählt haben, einfach nur ein bisschen beschimpfen und dann zur Tagesordnung übergehen. Um es klar zu sagen: Ich bin für eine knallharte Auseinandersetzung mit rechten, rechtsextremen Organisationen. Ich bin für eine knallharte Diskussion und Auseinandersetzung mit der AfD. Aber ich bin strikt dagegen, dass wir die Gründe hinten runterfallen lassen, die viele Menschen dazu bringen, so zu wählen. Dann würden wir es uns wesentlich zu leicht machen.

Was muss geschehen? Ich denke, es geht um zweierlei: Erstens, wir müssen unsere Werte verteidigen. Und wir müssen die Menschen, die an diese Werte glauben und sie vertreten, darin bestärken, dies auch zu tun. Ich will Euch ein praktisches Beispiel geben. Wir hatten vor wenigen Wochen in Niedersachsen Kommunalwahlen. Da haben 7,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler die AfD gewählt. Aber 92,5 Prozent der Wählerinnen und Wähler haben sich mit ihren Stimmabgaben bekannt zu Parteien, die unsere Art und Weise, zu leben und unsere Gesellschaft zu organisieren, verteidigen, die das auch so sehen. 92,5 zu 7,5 Prozent. Wir sollten miteinander größten Wert darauf legen, diese

Relation klarzumachen. Wir sind das Volk, liebe Freundinnen und liebe Freunde. Wir sind das Volk, nicht die anderen!

Wie kann man solche Werte am glaubwürdigsten verteidigen? Indem man sie lebt. Ihr erinnert Euch bestimmt noch an die Situation heute vor einem Jahr. Ich behaupte mal, der Herbst 2015, den wird niemand von uns in seinem oder ihrem ganzen Leben vergessen. Da gab es die Situation, dass wir alleine in Niedersachsen jeden Tag tausend Menschen aufnehmen mussten. Jeden Tag tausend. Ich weiß wirklich noch, dass wir manche Tage hatten, wo wir nicht wussten, wie es eigentlich in 72 Stunden weitergehen soll. Das habe ich als eine echte Grenzsituation empfunden.

Wir empfinden die AWO als eine Säule der sozialen Infrastruktur. Wenn es die AWO nicht gäbe, man müsste sie neu erfinden.

Aber was mir ebenso mein Leben lang in Erinnerung bleiben wird, ist, was in dieser Zeit in Niedersachsen – und sicherlich auch in allen anderen Ländern – stattgefunden hat: eine unglaubliche Bewegung in der Gesellschaft, dass man die Menschen, die zu uns gekommen sind, nicht sich selbst überlässt, sondern ihnen so gut wie möglich hilft. Eine unglaubliche Welle der Hilfsbereitschaft! Wir müssen immer wieder daran erinnern: Vor gut einem Jahr hat unsere Gesellschaft gezeigt, wie sie tickt. Darauf können wir miteinander stolz sein, und darauf können wir auch stolz verweisen.

Ich nehme deswegen diese Konferenz gerne zum Anlass, mich bei all denen herzlich zu bedanken. Hier sind sicher viele im Raum, die damals mit angepackt haben und die auch noch bis heute anpacken. Ich empfinde dieses Engagement als das Beste für unsere Gesellschaft, das ich mir vorstellen kann. Auf diese und natürlich auch auf andere Art und Weise wird mit diesem sozialen Engagement immer wieder deutlich, wie wir eigentlich leben wollen, wie wir uns unsere Gesellschaft vorstellen.

Wenn ich in Niedersachsen – das ist ja wirklich ein großes Flächenland – herumkomme, dann frage ich überall die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister: Wie viele Flüchtlinge habt ihr? Dann bekomme ich eine bestimmte Zahl gesagt. Ich frage dann weiter: Wie viele Bürgerinnen und Bürger

helfen auf die eine oder andere Weise mit? Dann bekomme ich die zweite Zahl genannt. Die schlechteste Relation, die ich bis jetzt gehört habe, war eins zu vier. Ein Bürger/eine Bürgerin, vier Flüchtlinge. Aber ganz oft eins zu drei, eins zu zwei bis hin zu eins zu eins. Und das bis heute! Ein Jahr nach dem Herbst 2015.

Ich sage das deswegen, weil es mir fürchterlich auf die Nerven geht, dass dieses alltägliche Engagement für eine solidarische Gesellschaft nirgendwo öffentlich so richtig seinen Niederschlag findet. Diese Menschen sind für mich wirklich die besten Botschafter des Grundgesetzes. Die haben es wirklich verdient, in den Mittelpunkt gestellt zu werden: bei der AWO und überall sonst.

Wir werden dieses bürgerschaftliche Engagement auch weiter brauchen. Ich weiß, dass die AWO gerade im Bereich der Hilfe für Migrantinnen und Migranten ganz außerordentlich aktiv ist. Ich bedanke mich ausdrücklich für diesen Schwerpunkt.

Ich komme aus der Kommunalpolitik wie viele von Euch auch. Wer durch diese Schule gegangen ist, weiß: Integration ist leicht gesagt und schwer getan. Integration ist, wenn man ehrlich ist, ein Generationenprojekt. Ich kann mir das doch bei mir selber vorstellen. Müsste ich jetzt auf irgendeine Weise aus irgendeinem Grunde gezwungen werden, Deutschland zu verlassen, woanders völlig neu anzufangen – ich würde doch niemals meine alte Heimat aus dem Kopf kriegen können. Heimat ist Heimat.

Wir brauchen eine Gesellschaft, die mit ausgestreckter Hand auf Menschen zugeht, die auf uns zugekommen sind.

Das ist aber auch gar nicht der Punkt. Es kommt darauf an, dass wir lernen, sehr schnell und sehr gut, wirklich miteinander zu leben, zu arbeiten, Sprachförderung voranzutreiben. Lasst es mich ganz deutlich sagen: Wer sich dabei nur auf den Staat verlässt, wird schlechte Erfahrungen machen. Wir müssen das wirklich als große gemeinsame Kraftanstrengung von Staat und Gesellschaft angehen. In Niedersachsen tun wir das. Wir haben das große Bündnis »Niedersachsen packt an«. Da ist selbstverständlich die AWO mit dabei, aber auch alles, was ansonsten in unserem Land Gesellschaft

und größere Teile der Bürgerinnen und Bürger ausmacht. Alle Kirchen, alle Glaubensgemeinschaften, die Sozialpartner, die kommunalen Spitzenverbände, alle Verbände von fast allen größeren Gruppen. Das ist, was tatsächlich passieren muss. Wir brauchen eine Gesellschaft, die mit ausgestreckter Hand auf die Menschen zugeht, die zu uns gekommen sind. Nicht nur in deren Interesse, sondern auch im Interesse unserer Gesellschaft müssen wir es schaffen, möglichst schnell möglichst gut zusammenzukommen. Dafür brauchen wir die Hilfe von ganz vielen Bürgerinnen und Bürgern, von Mitgliedern der AWO vorneweg. Ich möchte Euch herzlich bitten, mit diesem Engagement wirklich intensiv fortzuführen.

Aber Werte zu leben und zu verteidigen, das ist das eine. Es geht schon auch noch um etwas anderes. Wenn man sich nämlich die vorliegenden Untersuchungen genau anguckt, dann stellt man fest: Nicht das geringste Motiv, sich auf die eine oder andere Weise dem Rechtspopulismus anzunähern, ist das Gefühl, in dieser Gesellschaft laufe etwas schief. In dieser Gesellschaft, das ist der Eindruck von ganz vielen Menschen, ziehen die einen die Sahne ab und die anderen können gucken, wo sie bleiben. Sie fühlen sich teilweise heute schon abgehängt, oder sie fürchten, abgehängt zu werden. Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist auch für die politische Linke – zu der darf ich die AWO vielleicht zählen – ein Tritt ins eigene Hinterteil. Der Kampf gegen Ungleichheit in unserer Gesellschaft, den dürfen wir doch wohl nicht den Rechten überlassen. Das ist der Auftrag, den wir sehr viel ernster nehmen müssen als in der Vergangenheit. Da bin ich absolut sicher.

Wo man da ansetzen muss? Da habe ich hier ja lauter Expertinnen und Experten vor mir. Es gibt wirklich etliche Beispiele: zum Beispiel die Pflege. Das ist doch kein Randthema. Da reden wir nicht nur über die Menschen, die pflegebedürftig sind. Wir reden über eine große, große Zahl von Beschäftigten, die in der Pflege tätig sind. Menschen, die einen harten Job machen, der kein besonders hohes Ansehen in der Gesellschaft genießt, der bescheiden bezahlt wird – um mich einmal zurückhaltend auszudrücken. Aber wir reden auch über Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die das Ganze in ihrer Familie erleben, die fürchten, selbst einmal pflegebedürftig zu werden, oder die entweder überlastet oder mit einem Sack voll schlechten Gewissens durch den Alltag gehen, weil sie fürchten, sie würden ihren Eltern nicht gerecht werden. Pflege ist wirklich

ein gesellschaftliches Querschnittsthema. Das ist kein Nischenthema.

Ich finde, es ist wirklich Zeit dafür, dass wir das sehr grundsätzlich ändern müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass Pflegekräfte anständig bezahlt werden. Dass wir zu einer Tarifbindung kommen. Und wenn das immer noch verhindert wird, dann muss man eben auch stärker zum Mittel der Allgemeinverbindlichkeit greifen. Es ist unerträglich, dass eine große Gruppe von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an dieser Stelle keinen tarifvertraglichen Schutz genießt. Das heißt aber auch: Wir werden die Refinanzierung sichern müssen. Es besteht also gesellschaftlicher Handlungsbedarf. Ich mache gar kein Hehl daraus: Ich wünsche mir sehr, dass auf der Basis eines starken, konsequenten Konzepts meine Partei die Pflege zu einem der Hauptthemen im Bundestagswahlkampf 2017 macht. Liebe Freundinnen und Freunde, das Thema ist wirklich wichtig genug!

Oder lasst mich ein anderes Beispiel erwähnen. Armut. Wir sind eine der wohlhabendsten Gesellschaften der Welt. Gar keine Frage, und der Abstand zwischen Arm und Reich wird eher noch größer als kleiner. Aber ebenso wenig kann doch ernsthaft bezweifelt werden, dass es eine unerträglich große Gruppe in unserer Gesellschaft gibt, die sich nicht nur arm fühlt, sondern die arm ist. Ich will ausdrücklich sagen, die Einführung des Mindestlohns war wirklich ein großer sozialpolitischer Erfolg, der dringend notwendig gewesen ist, um diese zum Himmel schreienden Ausbeutungsverhältnisse zu beenden. Ich finde, diejenigen, die das durchgesetzt haben, denen gehört auch Dank an dieser Stelle, wenn ich das mal so sagen darf. Das war wirklich eine Maßnahme, die auf einen Schlag Millionen von Menschen deutlich mehr Geld verschafft hat in den ziemlich leeren Geldbeuteln.

Oder die Rente nach 45 Versicherungsjahren. Es war doch unerträglich, dass gerade diejenigen, die ein besonders hartes Berufsleben hinter sich gebracht haben, am Ende mit einem Rentenabschlag sicher kalkulieren konnten. Das ist doch nicht in Ordnung! Und wenn immer von der Rente mit 63 gesprochen wird, dann ist das ein polemischer Kampfbegriff. Es ist eine Rente nach 45 Versicherungsjahren, und so muss man das auch nennen.

Aber mit diesen wirklich großen Erfolgen, für die ich ausgesprochen dankbar bin, ist die richtige Richtung beschrieben. Aber der Weg ist noch lange

nicht zu Ende gegangen. Wir haben in vielen Bereichen deutliche Mängel im System, zum Beispiel müssen wir das Schulbedarfspaket, mit dem Eltern von ABC-Schützen überhaupt erst mal ihre Kinder für die Schule ausstatten, auf 150 Euro erhöhen, weil wir einfach wissen: Mit dem, was im Moment zur Verfügung steht, kommen diese Eltern nicht aus.

Pflege ist wirklich ein gesellschaftliches Querschnittsthema. Das ist kein Nischenthema.

Aber das Kernthema ist ganz sicher: Armut und vor allen Dingen Altersarmut. Die Bundessozialministerin hat gestern ein bemerkenswertes Rentenkonzept auf den Tisch gelegt. Das, was ich am bemerkenswertesten finde, das ist gar nicht einmal das, was heute in den Schlagzeilen dominiert: die Frage, wie hoch wird in zehn Jahren das Beitragsniveau sein? Wie hoch wird das Rentenniveau sein? Das ist unglaublich wichtig. Aber eigentlich geht es auch noch um etwas anderes.

Auch da greife ich zurück auf meine kommunalen Erfahrungen. Ich habe als Oberbürgermeister von Hannover, ebenso wie Klaus Mohrs das sicherlich in Wolfsburg macht, regelmäßig meine Bürgersprechstunden gehabt. Da sind sehr oft ältere Menschen zu mir gekommen, haben mir gewissermaßen ihren Lebenslauf erzählt, dass sie immer gearbeitet haben, dass sie aber dann mit der Grundsicherung selbst bei äußerster Sparsamkeit nicht mehr durchkommen. Ich finde, es ist eine Schande für unser Land, wenn solche Menschen in die Suppenküchen gehen müssen. Das ist nicht in Ordnung, wenn Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, im Alter in die Suppenküchen müssen.

Wenn man sich das dann anschaut, was stellt man dann fest? Das sind immer wieder unterbrochene Erwerbsbiografien gewesen. Das waren vor allen Dingen Frauen, Frauen, die immer wieder aus Gründen, die wir alle kennen, mal raus aus dem Job, mal rein in den Job sind, und dann natürlich keine gut bezahlten und keine mit Karriereperspektiven verbundenen Jobs. Andrea Nahles hat gestern einen nationalen Aktionsplan verlangt. Einen nationalen Aktionsplan, der durchgehend durch alle Phasen unserer Gesellschaft klarmacht: Die Leute müssen genug Geld verdienen, damit sie auch etwas für ihre Alterssicherung tun können. Wenn sie das

nicht in ihrer aktiven Zeit tun können, dann müssen sie doch im Alter in Armut geraten. Deswegen ist Rentenpolitik eben nicht ein Fachthema. Rentenpolitik ist kein Fachthema, sondern Rentenpolitik ist das Ergebnis von einer Gesamtpolitik, die entweder gut ist oder nicht gut ist.

Wir haben im Moment eindeutig großen Handlungsbedarf zum Beispiel bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wie viele alleinerziehende Mütter und Väter können deswegen nichts für die Absicherung im Alter tun, weil sie das nicht mit den Verpflichtungen ihrem Kind oder ihren Kindern gegenüber verknüpfen können. Es ist sicher viel geschehen, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung. Aber es muss noch viel mehr passieren. Wir wissen, dass wir die AWO an dieser Stelle dringend auch als Unterstützung brauchen. Aber eben nicht nur täglich und vor Ort mit den Kindertagesstätten, sondern wir brauchen auch eine starke AWO, die mit den anderen starken sozialen Organisationen immer wieder darauf aufmerksam macht:

Altersarmut entsteht nicht mit dem 65. Lebensjahr. Altersarmut entsteht dann, wenn ab dem 25. Lebensjahr nicht dauerhaft und gut etwas für die Alterssicherung getan werden kann. Das ist auch eine gesellschaftliche Aufgabe. Das müssen wir uns, das müssen sich die Regierungen, das müssen sich die gesellschaftlichen Organisationen, das muss sich die AWO und das muss sich die SPD wirklich hinter die Ohren schreiben: Sorgen wir dafür, dass die Menschen anständige Arbeit zu anständigen Bedingungen haben. Dann reduzieren sich die Sorgen im Alter beträchtlich. Andersherum kann es nicht funktionieren, liebe Freundinnen und liebe Freunde!

Ich empfehle allen sehr, sich dieses herausragend gute Konzept in Ruhe anzuschauen. Wer das getan hat, wird sehen, dass es auch gar kein Bruch ist, jetzt von der Rente zur frühkindlichen Förderung zu kommen. Das ist zwar umgekehrt zu unserem Lebensweg, aber es hat eine Logik. Wenn wir nicht am Anfang dafür sorgen, dass alle Kinder ihre Talente entfalten können, dann haben wir hinterher einen ganzen Rattenschwanz von Problemen. Mit anderen Worten: Der alte Grundsatz »Vorsorge ist besser als Heilen« gilt eben gerade für die Sozialpolitik.

Frühkindliche Förderung ist deswegen der dritte Punkt, den ich hier ansprechen möchte, übrigens bei uns in Niedersachsen ein Schwerpunkt unserer Landespolitik. Rein in Zahlen gesagt: Als wir 2013 die Regierungsverantwortung übernommen haben,

da hat dieses Land 400 Millionen Euro für frühkindliche Förderung ausgegeben. Jetzt sind es 800 Millionen. Tendenz deutlich weiter steigend. Wir haben zum Beispiel die dritte Kraft in den Krippen eingeführt, also da, wo die ganz Kleinen sind. Dass auch eine gut ausgebildete Fachkraft irgendwann an ihre Grenzen stößt, wenn sie alleine für zehn oder mehr Kinder verantwortlich ist, das leuchtet eindeutig ein. Deswegen haben wir an dieser Stelle mit einer dritten Kraft in allen Krippen sehr klargemacht, wie und wo wir die Prioritäten setzen. Und so wird das auch weitergehen.

Wir müssen dafür sorgen, dass alle Kinder von Anfang an die besten Chancen erhalten – nicht nur aus Fragen der Gerechtigkeit.

Wir müssen Schluss machen damit, dass schon in der ersten Stufe unseres Bildungssystems, den Tagesstätten, Kinder mit guten und schlechten Chancen unterschiedliche Wege gehen. Wir müssen dafür sorgen, dass alle Kinder von Anfang an die besten Chancen erhalten – nicht nur als Frage der Gerechtigkeit, das auch, sondern gerade deswegen, weil damit alles andere in der Schule, in der Ausbildung, im Arbeitsleben wesentlich leichter wird. Damit schaffen wir die besten Voraussetzungen dafür, dass aus diesen Kindern einmal Leistungsträgerinnen und –träger werden und nicht Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger.

Das ist gut für alle Menschen und gut für unsere Gesellschaft. Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir das Thema Betreuungsqualität weiter nach vorne treiben. Aber auch ein zweites: Das Menschenbild, das zum Beispiel AWO und SPD miteinander verbindet, zeichnet sich auch dadurch aus, dass wir Bildung als Menschenrecht definieren. Deswegen ist es nicht in Ordnung, wenn man für Bildung Geld zahlen muss. Deswegen bin ich auch für eine Kostenfreiheit im Kita-Bereich. Dafür werden wir auch die Unterstützung des Bundes brauchen.

Ich könnte noch über weitere wichtige Themen sprechen. Über das Bundesteilhabegesetz zum Beispiel, über Inklusion – ein ganz wichtiges Thema. Wir sind jetzt in einer ganz entscheidenden Phase. Es gibt viel Kritik an dem ersten Gesetzesentwurf aus dem Bundesarbeitsministerium. Auch der Bundesrat, wo die 16 Länder sich äußern können, hat über einhundert Änderungsanträge gestellt. Ich

glaube, wir sind jetzt miteinander auf einem guten Weg. Das Teilhabegesetz soll insbesondere von den Menschen mit Behinderung empfunden werden als ein Vorteil. Wir müssen insbesondere auch sehr sensibel auf die Befürchtung eingehen, damit würdigen Menschen aus dem System fallen. Ich glaube, dass diese Botschaft in Berlin sehr deutlich angekommen ist. Deswegen sehe ich der weiteren Diskussion zum Gesetzentwurf doch mit deutlich mehr Zuversicht entgegen, als das noch vor einigen Wochen der Fall gewesen wäre. Es ist noch nicht zu Ende, aber einstweilen bin ich ganz zuversichtlich.

Was uns miteinander verbindet, ist ein Kernanliegen. Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft, und wir wissen: Die fällt nicht vom Himmel. Dafür muss es viel geben, was in der Politik, aber was vor allen Dingen auch in der Praxis vorangebracht wird. Aber dieser Sozialstaat ist meines Erachtens nicht Teil des Problems, sondern er ist Teil der Lösung. Dieser Sozialstaat ist etwas, worauf wir in Deutschland wirklich stolz sein können, was wir verteidigen müssen und was wir weiterentwickeln müssen, wenn es mit unserem Land gut weitergehen soll.

Deswegen empfinde ich das Jahr 2016 in mancherlei Hinsicht als einen Weckruf. Aber vor allen Dingen auch als Aufforderung, noch sehr viel stärker als bisher in Erinnerung zu rufen, was unsere Gesellschaft braucht: nicht weniger, sondern mehr soziale Gerechtigkeit. Nicht weniger, sondern mehr Zusammenstehen. Und nicht weniger, sondern noch viel mehr Bürgerschaftliches Engagement.

Wir wollen eine sozial gerechte Gesellschaft!

2006 fand – unter anderem auch in Niedersachsen – die Fußballweltmeisterschaft statt. Das Motto der WM lautete: Zu Gast bei Freunden. Bitte fühlt Euch so. Herzlich willkommen in Wolfsburg und in Niedersachsen. Ich freue mich, dass Ihr da seid.



Sigmar Gabriel SPD-Parteivorsitzender

Lieber Wilhelm, liebe Freundinnen und Freunde von der Arbeiterwohlfahrt, und für die, die es sind unter Euch, liebe Genossinnen und Genossen!

Wenn jetzt schon die AWO beschließt, was die SPD im Wahlkampf machen soll, dann spart uns das erst mal einen Haufen Zeit, oder? Nein! Dann zeigt das, dass wir zusammengehören. Viele von Euch werden ja nicht SPD-Mitglied sein. Übrigens, Wilhelm: Wir müssen eins wieder schaffen: dass jedes AWO-Mitglied in der SPD ist. Aber vorher müssen alle SPD-Mitglieder in der AWO Mitglied sein.

Ich bin länger in der Arbeiterwohlfahrt als in der SPD. Und noch länger bin ich bei den Falken. Das hilft auch, manches zu ertragen, liebe Genossinnen und Genossen. Aber Ihr wisst: Wir haben eine gemeinsame Herkunft und auch eine gemeinsame Gegenwart und Zukunft. Die Arbeiterwohlfahrt heißt nicht ohne Grund »Arbeiterwohlfahrt«. Sie hatte immer das Ziel, dass diejenigen, die hart dafür arbeiten, dass der Wohlstand im Land entsteht, einen gerechten Anteil am Haben und übrigens auch am Sagen in der Gesellschaft haben. Und dass sie dort, wo sie in Schwierigkeiten geraten, Hilfe und Solidarität und Begleitung finden. Und übrigens: Der Sozialstaat, der aus solchen Ideen gewachsen ist, den gäbe es ohne Sozialdemokratie und Arbeiterwohlfahrt gar nicht. Die Idee des Sozialstaats ist nicht Hilfe für die Schwächsten. Das ist viel mehr. Das ist die Solidarität aller mit allen. Das heißt, die gerechte Teilhabe am Haben und am Sagen für alle die, die die Werte in unserer Gesellschaft schaffen. Und die sitzen in der Regel nicht als selbst ernannte

**Die Idee des Sozialstaats
ist nicht Hilfe für die Schwächsten.
Das ist viel mehr. Das ist
die Solidarität aller mit allen.**

Eliten in den Banktürmen dieser Gesellschaft, sondern gehen hier um die Ecke arbeiten bei Volkswagen, im Pflegeheim, im Krankenhaus, bei der Polizei, Verkäuferinnen und Verkäufer, Handwerksgesellen. Für die sind wir da. Und die gehören in den Mittelpunkt unserer Arbeit.

Ich glaube, dass das im Kern die Botschaft ist, die wir mit dem, was wir Solidarpakt genannt haben, aussenden müssen. Denn immer mehr Menschen haben den Eindruck, dass sie irgendwie aus dem Blick geraten sind. Das sind nicht nur die mit Schwierigkeiten in der Gesellschaft, sondern es sind auch viele Menschen, die irgendwie ganz normal arbeiten gehen, aber merken, dass du selbst mit einem guten Einkommen dir in Großstädten keine anständige Wohnung mehr leisten kannst. Das sind die, die jeden Tag arbeiten gehen, aber merken, dass am Ende immer weniger für sie übrig bleibt, um sich die kleinen Dinge, die Wünsche zu erfüllen, die sich ihre Eltern und Großeltern selbst vorgestellt haben oder sich für ihre Kinder und Enkel vorgestellt haben.

Ich weiß nicht, wie Euch das geht. Ich habe immer zwei Sprüche meiner Eltern gehört, die ich irgendwie nicht mehr hören konnte, aber geahnt habe, dass da was dran sein könnte. Der erste Spruch war: Streng dich an, dann wird was aus dir. Der zweite Spruch ist: Du sollst es mal besser haben als wir. – Das war der Wunsch unserer Eltern und Großeltern und übrigens auch die Aufforderung, sich auf den Hosenboden zu setzen, damit es hinterher besser wird. Viele von uns haben ja gemerkt: Ja, da ist was dran! Keine paradiesischen Zustände, aber Stück für Stück wurde das besser.

Heute gibt es viele Eltern und Großeltern, die Angst haben, dass es ihren Kindern und Enkeln schlechter geht, als es ihnen selber gegangen ist.

Was müssen wir machen, um die wieder mehr in den Blick zu nehmen? Es ist ein bisschen eine seltsame Lage in unserer Gesellschaft. Auf der einen Seite sind wir ein wohlhabendes Land – übrigens auch mit deutlich besseren Bedingungen als im Rest Europas. Wir haben in diesem Jahr 43,5 Millionen Beschäftigte, nächstes Jahr 44 Millionen – so viel wie noch nie in der Geschichte unseres Landes. Und anders, als manche behaupten, nicht etwa wegen steigender prekärer Beschäftigungsverhältnisse, sondern die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu und die prekäre Arbeit nimmt ab. Wir haben seit drei Jahren

nach 15, 20 Jahren eine echte Reallohnsteigerung. Wir haben gerade die höchste Rentenerhöhung seit 20 Jahren hinter uns. Auch im nächsten Jahr wird es eine anständige Rentenerhöhung geben. Und wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 26 Jahren.

Die Arbeiterwohlfahrt heißt nicht ohne Grund »Arbeiterwohlfahrt«.

Das heißt nicht, dass es nicht viele gibt, an denen das vorbeigeht. Das heißt nicht, dass es noch viel zu viele in Leiharbeit und Zeitarbeit gibt, Alleinerziehende, die nicht wissen, wie sie klarkommen – Thema Unterhaltsvorschuss. Dazu will ich gleich am Anfang etwas sagen.

Ich habe im Sommer eine Studie von der Bertelsmannstiftung gelesen. Die sagen: Die Hälfte der Kinderarmut kommt daher, dass Unterhaltspflichtige ihren Unterhalt nicht zahlen. Gott sei Dank, das muss man auch sagen: Die überwiegende Mehrheit der Unterhaltspflichtigen in Deutschland zahlt ihren Unterhalt. Aber wenn die Hälfte der Kinderarmut dadurch entsteht, dass Unterhaltspflichtige nicht zahlen – das sind in der Regel Männer –, dann, ich war entsetzt, muss man da etwas tun. Ich gebe zu, ich bin ein bisschen persönlich engagiert dabei. Ich kenne noch eine Zeit, da saß meine Mutter – ich war vielleicht elf, zwölf Jahre – in der Küche und weinte. Sie war Krankenschwester, ging Schichtdienst arbeiten, zwei Kinder, und sagt den Satz: Vielleicht ist es besser, ich hänge mich auf, dann geht's euch vielleicht besser. Weil der Alte natürlich nicht gezahlt hat. Damals, das war vor der Gesetzgebung von Willy Brandt und Hans-Jochen Vogel für die Verbesserung des Unterhaltsrechts, die Veränderung des Scheidungsrechts und all das, was die Sozialdemokratie damals tat, um Frauen in eine faire Situation gegenüber ihren Ehemännern zu bringen, wenn das schiefgegangen war. Bei uns war das alles, bloß nicht fair.

Ich hab gedacht, das sei vorbei. Jetzt lesen wir, dass es wieder Mütter gibt, die auf solche schrecklichen Ideen kommen. Ich habe das nie vergessen als Kind. Nie! Bis heute nicht. Deswegen sage ich: Es muss möglich sein, dass der Unterhaltsvorschuss länger gezahlt wird als nur sechs Jahre, und die Grenze bei 14 Jahren muss auch weg. Das sind die beiden Dinge, die wir schaffen müssen.

Der Unterhaltsvorschuss ist übrigens für die Kinder da. Nicht für irgendetwas anderes. Darauf kann man auch nicht verzichten, sondern der muss gezahlt werden. Und was wir auch machen müssen, ist, dass die Frauen in eine andere Lage kommen. Meistens sind es Frauen. Denn was passiert heute? Sie werden in ein Gerichtsverfahren gezwungen, das sie selber anstrengen müssen. Das macht keiner für sie, das müssen sie selber machen. Dann wird einen Monat gezahlt. Und dann geht der »Spaß« von vorne los. Ich finde, das muss doch so sein, dass da, wo der Unterhaltspflichtige zahlen kann, aber nicht zahlen will, die Frauen das nicht alleine durchsetzen müssen, sondern dass der Staat das für sie durchsetzt und sie nicht vor Gericht ziehen müssen.

Natürlich wollen wir etwas dafür tun, dass auch die Erwerbstätigkeit besser wird. Dafür brauchen wir übrigens mehr Betreuungsangebote. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Frauen mit Kindern wieder arbeiten gehen können.

Ich wollte das nur sagen, weil mich das persönlich wirklich aufregt, wie über diese Frage in Deutschland debattiert wird. Ich würde mir wünschen, dass wir, statt wieder mal über alle möglichen Steuersenkungen für Leute zu reden, die es nicht nötig haben, lieber das Geld nutzen, um die Kindertagesstättengebühren überall abzuschaffen, damit da die Familien entlastet werden, wo es wirklich gebraucht wird.

Also eigentlich eine gute Lage im Land. Aber es gibt noch genug zu tun. Und obwohl es uns wirtschaftlich ganz gut geht, wächst die Unsicherheit im Land – auch bei denen, die gute Arbeit haben, auch bei denen, die guten Lohn haben. Was passiert da? Was ist da los?

Ich glaube, dass ganz viel dazu beiträgt, dass Menschen merken, dass die Welt gerade neu vermessen wird. Vor ein paar Jahren kam ein Buch heraus, das sich mit Alexander von Humboldt und seinen Reisen durch die Welt, mit Carl Friedrich Gauß, dem Mathematiker, beschäftigte. Das Buch hieß »Die Vermessung der Welt« von Daniel Kehlmann. Ich glaube, wir sind Zeitzeugen einer Neuvermessung der Welt. Ich glaube, dass unsere Welt gerade neu vermessen wird in ganz unterschiedlicher Hinsicht. Die Menschen wissen das nicht alles ganz genau. Tucholsky hat einmal gesagt: Die meisten Menschen wissen nicht alles ganz genau, aber sie fühlen das meiste genau. Die Menschen fühlen, dass das,

was wir zum Beispiel in der Digitalisierung erleben, die Welt dramatisch verändern wird, in ganz unterschiedlicher Weise.

Und obwohl es uns wirtschaftlich ganz gut geht, wächst die Unsicherheit im Land – auch bei denen, die gute Arbeit haben, auch bei denen, die guten Lohn haben.

Nebenan ist ein mittelständischer Automobilhersteller. Der verlässt sich bislang darauf, dass junge Leute zum Autohändler gehen, weil sie ein Auto besitzen wollen. Es gibt aber eine Menge junger Leute, die wollen in Zukunft Mobilität besitzen. Die gehen auf eine Plattform im Internet. Google weiß über deren Mobilitätswünsche mehr als Volkswagen, Daimler und BMW zusammen.

Was verändert eigentlich dabei die Arbeitsprozesse? Jetzt wollen wir alle Elektroautos haben. Dafür braucht man aber nur 50 Prozent der Zuliefererteile, die wir bisher haben. Was wird eigentlich aus den Menschen, die bei Bosch, bei ZF oder hier in der Region in Braunschweig Komponenten für Getriebe herstellen oder in Salzgitter Motoren?

Die Menschen merken: Da verändert sich etwas. Die Welt verschiebt sich auch in ihren Gewichten. Bislang war Europa wichtig. Jetzt nimmt Europa an Bevölkerung ab. Aber Asien wächst. China wächst. Indien wächst. Und die Länder wollen nicht mehr nur Orte, Marktplätze sein, wo wir unsere Produkte verkaufen, sondern sie wollen selber Technologie exportieren. Sie verändern ihre ganze Politik. Die Gewichte verschieben sich von Europa weg. In ein paar Jahren wird in Amerika die Mehrzahl der Bevölkerung keine europäischen Vorfahren mehr haben, sondern chinesische, lateinamerikanische, afrikanische. Der Blick Amerikas wird sich immer weiter wegwenden von Europa. Die Amerikaner werden sagen: »Warum sollen wir für die Sicherheit in Europa zur Verfügung stehen? Europa ist genauso reich wie wir, das sollen die mal selber machen.«

Wir sagen: »Die Amerikaner sollen einmal aufhören, im Nahen Osten zu intervenieren.« Aber wer kümmert sich dann eigentlich? Wer geht rein in das Vakuum? Die Menschen merken, dass viel in Bewegung ist. Und es gibt eine Neuvermessung in der Frage der Politik. Die Demokratien, die liberalen, die

sozialen Demokratien sind oft in der Defensive. Die autoritären Antworten in der Welt sind in der Offensive, und zwar nicht nur in den USA mit Herrn Trump. Meine größte Sorge ist, dass sich Trump und Putin zu gut verstehen. Herr Erdogan! Mitten in Europa haben wir die Gefahr, dass es nicht ausgeschlossen ist, dass in Frankreich eine rechtsradikale Frau Präsidentin Frankreichs wird. In Dänemark sitzen die Rechtsradikalen in der Regierung. In Finnland auch. Das heißt, auch politisch wird gerade die Welt neu vermessen zwischen sozialen und liberalen Demokratien auf der einen Seite und autoritären Antworten auf der anderen Seite.

Das alles spüren die Menschen und suchen nach Orientierung. Bislang haben sie Orientierung bekommen, die sie nicht zufriedenstellt. Sie hören seit dreißig Jahren: »Die Globalisierung, die ist eben so. Passt euch an. Das geht eben nicht mehr mit der sicheren Rente und den hohen Löhnen. Wir sind im Wettbewerb.« Anpassung – das haben wir dreißig Jahre lang gehört. Sie merken auf einmal: Die Versprechen, dass es am Ende allen gut geht, die finden nicht statt. Sie sehen, dass sich ein paar Milliardäre in der Welt bereichern, dass ein paar Menschen sich den vierten Bugatti in die Garage fahren. Und ansonsten sie Flüchtlinge in der Turnhalle um die Ecke haben. Sie merken auf einmal, dass die Versprechungen mit der Globalisierung nicht stattfinden. Sie stellen fest, ihre Kinder haben eine gute Ausbildung, dafür haben sie sich krummgelegt. Aber es gibt trotzdem keinen festen Arbeitsplatz, sondern nur Zeitarbeitsangebote und Leiharbeitsangebote.

Sie stellen fest, dass diejenigen, die ihnen immer versprochen haben, dass wir in Deutschland eine soziale Marktwirtschaft haben, auf einmal erleben, dass ein Teil superreich und gierig ist. Ein paar anderen wird dann immer gesagt, für die Sanierung ihrer Schule sei kein Geld da, oder für eine anständige Rente sei kein Geld da. Aber wenn die Banken in Krisen geraten, dann kriegen sie Hunderte von Milliarden hinterhergeworfen. Auf einmal ist für alles Geld da.

Ich will gar nicht sagen, ob man Banken retten muss oder nicht. Aber die Menschen gucken auf die Welt und stellen fest: Hier ist ganz viel aus den Fugen geraten. Jetzt suchen sie nach Orientierung. Orientierung, die manchmal die falsche ist.

Übrigens: Das ist ein guter Slogan. Aber passt auf: Nicht jeder, der der AfD hinterherrennt, ist ein

Rassist. Auch die Sozialdemokratie muss aufpassen, dass sie nicht auf Menschen herabschaut. Denn die Menschen, die zu uns schauen, haben oftmals den Eindruck: »Die da oben, wir hier unten.«

Ich mache mal ein Beispiel: Ich fahre häufig nach Usedom in Urlaub. Da haben die jetzt mit 40 Prozent AfD gewählt. Ich habe zu meiner Frau gesagt: Da fahren wir nicht mehr hin. – Dann haben wir mal geguckt: Was sind eigentlich die Gründe? Ich wollte das einmal wissen. Da stellt man fest: In Usedom ist das passiert, was in vielen Teilen Deutschlands passiert. Wir haben nämlich immer klare Regeln: Wie viele Einwohner gibt es, damit es ein Amtsgericht gibt? Wie viele Geburten gibt es, damit es eine geburtshilfliche Abteilung im Krankenhaus gibt? Wann ist ein Krankenhaus da? Wann ist ein Finanzamt da? Und in Usedom haben diese Parameter alle nicht mehr gestimmt. Da haben sie zuerst das Amtsgericht dichtgemacht. Dann noch eins. Am Ende haben sie das Krankenhaus mit der geburtshilflichen Abteilung zugemacht – und zwar SPD und CDU in der Landesregierung. Nun ratet mal, was die machen, die darüber stinksauer sind, die den Eindruck haben: »Ihr habt uns vergessen! Wir existieren für euch gar nicht mehr.« Die haben gesagt: Die einzige Chance, sich dagegen zu wehren, ist AfD.

Ich glaube, wir sind Zeitzeugen einer Neuvermessung der Welt.

Ich glaube nicht, dass es vernünftig ist, die nun alle zu Rassisten zu erklären. In der AfD gibt es Rassisten. Klar. Die Führung der AfD will in die Zeit vor Willy Brandt zurück. Ein Teil will sogar noch in die Zeit vor Konrad Adenauer zurück. Das stimmt. Aber die FAZ hat gerade geschrieben: Eigentlich ist es nicht richtig, sich nur darüber aufzuregen, dass die Zurückgelassenen Ressentiments haben, sondern eigentlich muss man sich aufregen, dass es Zurückgelassene gibt.

Ich finde, wir müssen aufpassen, dass wir die, die da Anführer sind, die richtige Rechtsradikale, echte Rassisten sind, nicht verwechseln mit denen, die manchmal den Eindruck haben: Die da oben hören uns sowieso nicht zu, und deswegen so wählen. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, denen zu zeigen, dass wir sie kennen, dass wir ihr Leben kennen und dass wir sie ernst nehmen. Das ist von großer Bedeutung.

Es gibt zwei riesige Aufgaben in den nächsten Jahren. Die eine ist, in den Großstädten endlich dafür zu sorgen, dass Leute mit normalen Einkommen anständige Wohnungen finden, die sie bezahlen können. Die Wohnungsnot ist gigantisch in diesen Städten. Aber es gibt eine zweite Aufgabe: in den ländlichen Regionen dafür zu sorgen, dass man da auch leben kann und eine angemessene Daseinsvorsorge vorfindet, und nicht, wenn der nächste Kindergarten geschlossen werden soll, die NPD kommt und denen sagt: »Wir erhalten das aufrecht.« Sondern dass der Staat in der Lage ist, das sicherzustellen.

Ich glaube, dass »Heimat« ein ganz wichtiger Begriff ist. Der ist nicht aus dem letzten Jahrhundert. In einer Welt, in der sich alles schneller zu drehen scheint, in einer Welt, wo die Menschen den Eindruck haben: Jeden Tag ändert sich das, und das in einer Welt, wo sie wissen, dass die Änderungen auch weitergehen werden, wünschen sich Menschen auch sicheren Grund unter den Füßen, wo sie sich gut aufgehoben fühlen. Das sind ihre Dörfer, ihre Gemeinden, ihre Städte, ihre Stadtteile, wo Jugendförderung existiert, wo soziale Angebote sind, wo ältere Menschen Hilfe und Begleitung erfahren, wenn sie es brauchen, Eltern, die arbeiten, Kindertagesstätten haben. Das ist da, wo nicht nur die Kirche im Dorf bleiben muss, sondern auch die Grundschule. Dafür werden wir Geld brauchen. Das muss uns etwas wert sein, im wahrsten Sinne des Wortes.

Es ist in den Großstädten endlich dafür zu sorgen, dass Leute mit normalen Einkommen anständige Wohnungen finden, die sie bezahlen können.

Ich glaube deshalb, dass wir ganz viel dafür tun müssen, dass Menschen sich beheimatet fühlen. Am liebsten würde ich den Bundestagswahlkampf unter die Überschrift stellen: Deutschland muss Heimat bleiben und Europa wieder Heimat werden. Das ist keine folkloristische Auffassung von Heimat, sondern dass man in einem geordneten Gemeinwesen lebt.

Verwaorloste Städte und Gemeinden produzieren verwaorloste Köpfe und Seelen. Darum geht es. Wir müssen zeigen, dass wir die Menschen sehen. Dazu zählt übrigens auch, Menschen in den sozialen Dienstleistungen anständig zu bezahlen. Die haben doch oftmals auch den Eindruck, dass wir ihr Leben gar nicht kennen, wenn wir da Elitendialoge führen über CETA und andere Themen. Am Ende des Tages müssen wir jungen Menschen, die zum Beispiel in der Altenpflege arbeiten, zeigen, dass wir wissen, dass das eine harte Arbeit ist. Eine Arbeit, die gesellschaftlich unglaublich notwendig ist. Ich plädiere seit langer Zeit dafür, dass wir diese Berufe endlich herausholen aus den Schulgesetzen, rein ins Berufsbildungsgesetz mit einem anständigen Ausbildungsvertrag und mit einer Ausbildungsvergütung, statt Schulgeld in einigen dieser Berufe zu bezahlen.

Da geht doch die Benachteiligung von Frauen los. In den wenigsten Fällen ist es so, dass im Betrieb die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt wird bei Männern und Frauen; das gibt es auch, ja. Aber meistens kommt es doch daher, dass die gewerblichen und technischen Berufe in der Industriegesellschaft wichtig waren, deswegen sind sie immer gut bezahlt worden. Und die sozialen Berufe? Meine Mutter hat noch gelernt: Krankenschwester, so nannte man das damals, wird man für Gottes Lohn. Fand sie nicht. Ist in die ÖTV eingetreten.

Die müssen natürlich auch anständig für ihre Arbeit bezahlt werden. Wilhelm, Du kannst sicher sein: Mit der Union ging nur das, was wir jetzt machen konnten beim Thema Allgemeinverbindlichkeit für Tarifverträge. Nach der nächsten Bundestagswahl muss mehr gehen. Wir müssen es schaffen, wieder mehr Unternehmen unter Tarifverträge zu bekommen. Der Mindestlohn ist doch kein guter Lohn! Den haben wir doch nur eingeführt, damit es nicht immer weiter nach unten geht. Was wir wollen, sind anständige Tariflöhne. Und das heißt dann: Ja, dafür müssen wir auch Geld zur Verfügung stellen. Das ist so! Für Pflegekräfte allemal.

Es hat keinen Sinn, den Leuten zu sagen: 10 Euro in der Stunde, und zu wissen, dass ein Großteil der Jobs in der Gastronomie in Nordostdeutschland oder im Erzgebirge in der Schwarzarbeit verschwindet. Für die Abteilung »Wünsch dir was« bin ich nicht zu haben.

Aber das trifft natürlich nicht zu für die Bereiche, die wir endlich wieder in die Tarifverträge bekommen müssen. Dazu zählen die sozialen Dienstleistungen allemal. Ich glaube auch, dass das der Gesellschaft etwas wert sein muss. Es gibt zwei Dinge, an denen man den Anstand der Gesellschaft ganz gut messen kann. Was tun wir für Kinder? Was tun wir für ältere Menschen, die am Ende ihres Lebens Hilfe und Begleitung brauchen? In beiden Fällen kann Deutschland deutlich anständiger werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde.

Was ist jetzt unsere Antwort auf diese Verunsicherungen, wo die Menschen merken: Die Welt wird neu vermessen. Keine Ahnung, ob die da oben eigentlich wissen, dass es mich gibt. – Ihnen zeigen, dass es sie gibt! Das bedeutet, sich auseinanderzusetzen mit manchen, die Sorgen haben. Wisst ihr, wenn ich manchmal so höre, wie über Menschen geredet wird. Kann man bei uns eigentlich in der Ortsvereinsversammlung aufstehen und sagen: Ich gucke RTL? Warum nennen wir das »Unterschichtfernsehen« in unseren Debatten? Kann man bei uns noch aufstehen und sagen: Ich bin übrigens Raucher? Ich sage das nicht ohne Grund. Dürfen Menschen aufstehen und sagen: Ich habe Sorge vor diesen vielen Flüchtlingen? Geht das eigentlich gut? Die sind nicht sofort Rassisten. Wir treiben sie aber in deren Arme, wenn das bei uns keiner sagen darf. Ich rate uns, ganz viel zuzuhören. Ganz viel zu zeigen, dass wir Menschen in ihren Lebenslagen kennen und dass wir sie wertschätzen.

Wir haben manchmal so Ideen in uns entwickelt, die einmal super waren, und glauben, dass sie auch heute noch passen. Zum Beispiel die Geschichte Aufstieg durch Bildung. Ich gehöre dazu. Ich habe das erlebt. Bei mir im Stadtteil, wo ich aufgewachsen bin, da durfte man maximal Volksschule machen, und zwar mit dem Argument der Eltern: Nach neun Jahren ist genug, es muss Geld ins Haus kommen. Ich war der Einzige, den meine Mutter auf die Mittelschule, so hieß das, schickte. Die nach uns hatten wenigstens Mädels in der Klasse. Dann war ich der Einzige, der in meinem Stadtteil aufs Gymnasium gehen konnte. Viele andere meiner

Schulkameraden, Fußballfreunde, die haben das viel schwerer gemacht: über den zweiten Bildungsweg. Das war eine gute Erzählung.

Wir müssen es schaffen, wieder mehr Unternehmen unter Tarifverträge zu bekommen. Der Mindestlohn ist doch kein guter Lohn!

Aber wenn wir heute über Aufstieg durch Bildung reden, müssen wir aufpassen, dass die Verkäuferin oder die Altenpflegerin nicht den Eindruck hat, sie hat etwas falsch gemacht in ihrem Leben. Berufliche Bildung ist nicht weniger wert als akademische Bildung. Im Gegenteil. Ich sage euch, die SPD gehört auch dazu. Wir kämpfen immer für Studiengebührenfreiheit an den Unis. Das haben wir erreicht. Ich fände es gut, wir wären auch dafür, dass wir die Gebühren für die klassischen Frauenberufe – Physiotherapeutin etc. – abschaffen und auch die Meister- und Technikergebühren abschaffen, damit wir zeigen, wofür wir da sind.

Die Gesellschaft zusammenzuhalten, wird nur gelingen, wenn die Parteien nicht alle als Vollsortimente daherkommen. Ich sage euch in aller Offenheit: Für 15.000 Verkäuferinnen, Leiharbeiter, Gabelstaplerfahrer zu kämpfen – das finde ich anständig. Das gehört sich so. Und die, die dagegen sind und mit abstraktem Wettbewerb kommen – es geht übrigens um 1 Prozent beim Wettbewerb –, das sind meistens gut verdienende Professoren im öffentlichen Dienst, die schlaue Reden über Wettbewerbsrecht halten. Das ist nicht die Gruppe, für die wir Politik machen.

Aber dafür zu sorgen, dass im politischen Wettbewerb die unterschiedlichen Parteien nicht immer so tun, als sei alles gleich viel wert, und dann in den Parteien keiner mehr richtig weiß, wofür sie stehen, sondern sich auch dazu zu bekennen, dass vieles in der Gesellschaft wichtig ist, aber einzelne Parteien einzelne, besondere Schwerpunktaufgaben haben.

Ich bin einmal Umweltminister gewesen. Ich bin bestimmt nicht gegen Klimaschutz und Umweltschutz. Aber ich weiß, dass die Sozialdemokratische Partei zuallererst die unmittelbaren Lebensinteressen der Menschen in Deutschland vertreten muss, die jeden Tag arbeiten gehen, oder die Interessen derjenigen,

die nicht arbeiten können. Die Grünen haben eine andere Aufgabe, die Union hat eine andere Aufgabe. Ich habe große Angst davor, dass die Stahlarbeiter, wenn wir nicht aufpassen, die nächsten sind, die sich überlegen, ob sie eigentlich im politischen Betrieb Deutschlands noch Ansprechpartner in den Volksparteien haben, wenn wir nämlich zulassen, dass Billigexporte deren Jobs rasieren, weil wir alle erklären: »Wir brauchen einen offenen Markt, Dumpingstahl aus China.« Oder weil wir an unseren Klimaschutzzielen selbst die besten 10 Prozent noch mit Auflagen versehen, statt sich darum zu kümmern, dass die anderen 90 Prozent endlich besser werden.

Ich finde, bei alledem, was in der Energiewende – ich mache das mit großer Überzeugung – gemacht wird, kann man nicht jeden Tag rufen: »Raus aus der Kohle!«, bevor man nicht geklärt hat: Wo finden die Familien, die da nicht nur sichere, sondern übrigens auch anständig bezahlte Jobs im Tarifvertrag haben, morgen ihre Arbeit? Da gibt es nur eine Partei, die sich darum kümmern muss: Das ist die deutsche Sozialdemokratie. Die ist dafür da.

Das heißt nicht: Verbraucherschutz kleinschreiben. Das heißt nicht: Umweltschutz vernachlässigen. Aber klarzumachen, wen wir vertreten, wen die Grünen, die Linkspartei und die Union vertreten, und uns nicht gegenseitig ständig nachzumachen. Sondern dass die Menschen die Möglichkeit haben zu wissen: Wofür stehen wir? Die Sozialdemokratie muss stehen für die, die die Werte dieses Landes schaffen, für die, die sie erarbeiten. Und sie muss dafür sorgen, dass sie einen fairen und gerechten Anspruch am Haben und am Sagen in diesem Land haben. Darum geht es in den kommenden Jahren, liebe Freundinnen und Freunde.

Dazu zählt, dass einer, der arbeiten geht und vierzig Jahre gearbeitet hat, eine höhere Rente braucht als einer, der nicht gearbeitet hat. Wir haben keine Rente mit 63 eingeführt. Wir haben eine Rente nach 45 Versicherungsjahren eingeführt. Die reden uns ständig ein, wir hätten eine Rente mit 63 eingeführt, das sei doch absurd. Nein, wir haben eine Rente für die ohne Abzüge eingeführt, die 45 Jahre gearbeitet haben. Das muss doch wohl möglich sein in einem der reichsten Länder dieser Erde!

Jetzt kommen die Ersten und sagen: Alle bis 70 arbeiten! Solche Vorschläge machen immer Leute, die in Jobs sitzen, wo man viel Geld verdient und am liebsten noch mit 80 dasitzt. Das macht kein Handwerksgehilfe, keine Krankenschwester. Wir müssen flexible Übergänge schaffen. Und am Ende muss eine Rente stehen, bei der man seinen Lebensstandard halten kann. Andrea Nahles hat zu Recht gesagt: Wir dürfen das Rentenniveau nicht weiter abstürzen lassen. Dass die CDU das nicht richtig findet, das muss ein Problem der CDU bleiben. Es ist richtig. Wir können das Rentenniveau nicht immer weiter nach unten drücken. 41 oder 43 Prozent Rentenniveau heißt doch, dass keiner mehr in diese Rentenversicherung einzahlen will, weil er weiß, dass ihm das am Ende im Alter überhaupt nicht hilft. Deswegen muss es ein Sicherungsniveau geben, wie wir das heute haben.

Dazu zählt, dass einer, der arbeiten geht und vierzig Jahre gearbeitet hat, eine höhere Rente braucht als einer, der nicht gearbeitet hat.

Und wir müssen uns darum kümmern, dass die Erwerbsminderungsrente besser wird. Wir müssen dafür sorgen, dass diejenigen, die lange gearbeitet haben, mehr haben als nur die Grundsicherung. Wir müssen uns darum kümmern, dass betriebliche Altersvorsorge dort attraktiv wird, wo wir ihnen sagen: »Geht mal in die Tarifverträge und seht zu, dass ihr da reinkommt.« Dann fördern wir das auch. Und wer da nicht reingeht, da helfen wir den Arbeitgebern nicht, sondern nur denen, die in Tarifverträge gehen.

Die Absurdität der Pflegeversicherung ist klar: Beide bekommen die gleiche Leistung, bloß bei einem ist es ein kleiner Beitrag, beim anderen ist er größer, weil der eine sich das gute »Risiko« aussuchen kann bei den Besserverdienenden. Es muss doch möglich sein, dass wir in Deutschland in der Pflege und in der Krankenversicherung etwas haben, wo alle, egal, wie viel sie verdienen, die gleiche Qualität medizinischer Leistung und Pflege bekommen. Deswegen muss es eine Bürgerversicherung in diesem Land geben. Ich wüsste gar nicht, wie das anders gehen soll.

Es gehört mit dazu, dass die Menschen merken, dass wir sie kennen und dass wir uns ihrer Alltags-sorgen bewusst sind. Dass jemand, der wenig verdient, gesetzlich krankenversichert ist, auf einen Facharzt drei, vier, fünf, sechs Wochen warten muss und derjenige, der privat versichert ist, noch nicht mal einen Tag warten muss, das merken doch Menschen, dass das zu Tode ungerecht ist. Es darf doch nicht von den Beziehungen abhängen, ob man in Deutschland eine gute und schnelle medizinische Versorgung bekommt. Deswegen gehört das mit auf die Agenda der Veränderungen in der Republik.

Das alles meine ich, wenn es darum geht, Menschen zu zeigen: Wir wissen, es gibt euch. Ihr seid etwas wert. Ihr seid nicht Objekte in diesem Land. Ihr seid Subjekte, die etwas zum Wohlstand beigetragen haben. Ihnen wollen wir einen fairen Anteil davon geben, auch wenn sie alt und pflegebedürftig werden.

Also: Meine Antwort auf diese Verunsicherungen, die die Menschen haben, ist, sie schlicht und ergreifend, so einfach sich das anhört, einfach mal wieder mehr zur Kenntnis zu nehmen und auch an die unangenehmen Orte, wo es schwierig ist, zu gehen. Da, wo es in den Stadtteilen unangenehm ist, da, wo du komische Fragen gestellt bekommst, da, wo Menschen nicht in der gleichen Art und Weise sprechen wie bei uns. Es darf nicht die Voraussetzung sein, dass man die Gender-Sprache beherrscht, dass man mit uns mal ins Gespräch kommt. Jemand, der den Satz: Menschen mit Migrationshintergrund nicht aussprechen kann, sondern von Ausländern spricht, mit dem muss man in Deutschland auch noch reden dürfen, ohne gleich zum Rechtsradikalen erklärt zu werden. Wenn wir mit denen nicht reden, wenn die nicht merken, dass wir sie kennen und uns um sie kümmern, dann bleibt denen nur eine Alternative, und das ist die falsche.

Deswegen plädiere ich in meiner Partei und bei allen, mit denen ich darüber rede: Lasst uns dafür sorgen, dass wir diesen Solidarpakt schmieden, von dem Wilhelm Schmidt vorhin gesprochen hat. Alle in diesem Land, die, die aus Not und Elend zu uns kommen, und die, die schon lange hier leben, müssen wissen, dass sie hier ihren Platz haben. Dass sie alle gleichberechtigt sind. Dass wir nicht nach Rasse, Religion, Hautfarbe, Geschlecht oder Einkommen unterscheiden. So ist die Idee von Sozialdemokratie und AWO von Anfang an. Wir sind ja nicht deshalb stark und langlebig geworden, weil wir immer das Richtige getan haben – außer der

Es muss doch möglich sein, dass wir in Deutschland in der Pflege und in der Krankenversicherung etwas haben, wo alle, egal, wie viel sie verdienen, die gleiche Qualität medizinischer Leistung und Pflege bekommen.

AWO natürlich. Es soll auch bei uns Fehler gegeben haben. Aber die SPD trägt ihren Namen schon so lange, seit 1891, weil wir nie etwas gemacht haben, für das wir uns so sehr hätten schämen müssen, dass wir unseren Namen verändern müssten.

Die Idee, die dahintersteckt, warum es uns gibt, das ist die Idee von Freiheit. Nicht nur Freiheit von Not und Unterdrückung, sondern das ist die Idee von Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben. Dass es nicht abhängt vom Einkommen und anderen Fragen, was aus dem Leben wird. Ein gelungenes Leben, das muss jeder selber führen. Das kann die AWO nicht für ihn machen, die SPD nicht, der Staat nicht. Aber man muss Bedingungen schaffen in einer Gesellschaft, in der jedes Leben gelingen kann. Das ist unsere Aufgabe. Das müssen wir auch im Zeitalter der Globalisierung schaffen. Das gelingende Leben für alle wieder in den Blick zu nehmen, nicht an diesen Elitendialogen ständig teilzunehmen, sondern am Alltag der Menschen teilzunehmen, das ist unsere große Aufgabe. Dann werden wir die Rechtspopulisten und die Unsicherheiten, die sie sich zunutze machen, zurückdrängen. Wenn wir die zurückdrängen wollen, dann müssen wir den Menschen wieder mehr Sicherheit und mehr sozialen Zusammenhalt geben.

Es gibt viele Aufgaben, die der Staat machen muss – übrigens auch für innere Sicherheit sorgen. Aber es gibt auch ein paar Dinge, die muss jeder selbst tun: Für Respekt und Anstand in der Gesellschaft zu sorgen, das ist eine Jedermannspflicht in einem aufgeklärten demokratischen Staat. Das beginnt bei der Sprache. Das Internet ist ja oftmals kein soziales Netzwerk, sondern was die Sprache und die Gewalt dort angeht, eher ein asoziales Netzwerk.

Für Respekt und Anstand in der Gesellschaft zu sorgen, das ist eine Jedermannspflicht in einem aufgeklärten demokratischen Staat.

Sich dagegenzustellen, im Alltag dafür zu sorgen, dass die, die sich anders verhalten, auf Widerspruch stoßen. Es geht übrigens los, sich mal an die eigene Erziehung zu erinnern. Wenn in der Straßenbahn ein junger Mensch sitzt, dass der aufstehen muss, wenn ein älterer reinkommt. Das ist keine Schande, das haben wir alle mal so gelernt.

Diese Jedermannspflicht, für Anstand und Respekt in diesem Land zu werben, dafür einzutreten, selber so zu leben, sich nicht radikalieren zu lassen im Umgang, auch im politischen Umgang, das ist auch etwas, was dazugehört, um Menschen wieder zurückzugewinnen. Das weiß die AWO mit einem offenen Herzen mindestens so gut wie die Sozialdemokratie. Lasst es uns andere auch wieder lernen. Das hier ist ein Land, in dem nicht alles in Ordnung ist. Aber es ist auch ein tolles Land. Bei alledem, was wir kritisieren – es gibt kein Land der Erde oder fast keines, in dem man so frei, so demokratisch und auch so sozial sicher leben kann wie in unserem Land. Das heißt nicht, dass es nicht Dinge zu verbessern gibt.

Aber es geht auch darum, Menschen wieder stolz auf dieses Land zu machen, denn sie haben es selber erarbeitet. Die Deutschen sind nicht so, wie diese seltsamen Typen am rechten Rand es darstellen. Es sind Leute, die gehen arbeiten, die lesen am Abend ihren Kindern an der Bettkante eine Geschichte vor, die gehen zur Arbeiterwohl-

fahrt, in den Sportverein, zur Feuerwehr, ins DRK, kümmern sich um Jugendliche, um Leute, die Hilfe brauchen, beleben dieses Land, halten das Land jeden Tag zusammen. Das ist Deutschland. Und die Menschen, die das tun, die dürfen auch stolz darauf sein, dass sie das machen. Und die anderen, die uns das Gegenteil einreden wollen, das sind nicht die anständigen, sondern die unanständigen Deutschen. Auch darum muss es in Deutschland gehen, dass diese Mitte der Gesellschaft wieder das Land prägt und nicht diejenigen, die andere am Rand der Gesellschaft gegeneinander aufhetzen.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit!



Dr. Angela Merkel Videobotschaft der Bundeskanzlerin

Sehr geehrter Herr Schmidt, liebe Delegierte und Gäste der AWO-Bundeskonferenz,

seit bald einhundert Jahren gibt es die Arbeiterwohlfahrt. Die Zeiten haben sich geändert, Ihr Antrieb und Ziel jedoch nicht. Und das ist der soziale Zusammenhalt in unserem Land. Wer Unterstützung braucht, der soll sie bekommen. Das Wort dafür ist Solidarität. Es beschreibt, was eine verantwortungsbewusste, menschliche Gesellschaft ausmacht. Das ist Gemeinsinn. Das ist die Bereitschaft, füreinander da zu sein, einander in der Not beizustehen und miteinander neue Chancen im Leben zu erkennen und zu nutzen.


Wohl für die allermeisten mag das selbstverständlich klingen; aber das ist es keineswegs. Sozialen Zusammenhalt gilt es immer wieder zu stärken, stets aufs Neue mit Leben zu erfüllen.

Im vergangenen Jahr hat sich einmal mehr gezeigt, was mitmenschliche Verantwortung bedeutet, als viele Männer und Frauen und Kinder zu uns nach Deutschland kamen, um hier Schutz vor Krieg und Verfolgung zu finden. Die Welle der Hilfsbereitschaft war beeindruckend. Auch die Arbeiterwohlfahrt hat sich tatkräftig eingebracht und ist immer noch dabei. Dafür bin ich Ihnen von Herzen dankbar. Die Arbeiterwohlfahrt dient dem sozialen Zusammenhalt in Tausenden von Einrichtungen im ganzen Land: in Beratungsstellen, Kitas und Pflegeheimen, Frauenhäusern, Werkstätten und Tagesstätten für Jüngere und Ältere. Diese und viele andere Beispiele zeigen, wie unverzichtbar das Engagement der Arbeiterwohlfahrt für ein gutes Miteinander in unserem Land ist.

Daher sende ich Ihnen nicht nur herzliche Grüße nach Wolfsburg, sondern danke Ihnen vor allem auch für Ihren unermüdlichen Einsatz.

Auf Ihrer Bundeskonferenz stecken Sie nun die Leitlinien Ihrer Arbeit für die nächsten Jahre ab. Dazu wünsche ich Ihnen ebenso anregende wie gewinnbringende Diskussionen.

Alles Gute und viel Erfolg!



»Seit bald einhundert Jahren gibt es die Arbeiterwohlfahrt. Die Zeiten haben sich geändert, Ihr Antrieb und Ziel jedoch nicht. Und das ist der soziale Zusammenhalt in unserem Land.«



Prof. Dr. Rolf Rosenbrock Präsident der BAGFW

Lieber Wilhelm Schmidt, lieber Wolfgang Stadler, liebe Brigitte Döcker, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Arbeiterwohlfahrt, liebe Gäste!

Es ist mir wirklich eine sehr große Freude und eine besondere Ehre, hier im Namen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die herzlichen Glückwünsche für Ihre Bundeskonferenz überbringen zu dürfen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände, das sind ja die sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege, also neben der Arbeiterwohlfahrt die Caritas, der Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, die Diakonie und die Zentrale Wohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

Wir sind zusammen eine starke und wachsende Kraft in Deutschland. Mehr als 1,5 Millionen Haupt- und ca. 3 Millionen Ehrenamtliche arbeiten in den Organisationen und Gliederungen der Freien Wohlfahrtspflege auf allen Feldern der Sozialen Arbeit, tätig in der Jugend- und Familienhilfe, der Altenhilfe, der Hilfe für Menschen mit Behinderung, der Pflege, der sozialen und psychosozialen Versorgung, der Migrantenhilfe, der Drogen- und Suchtkrankenhilfe, der Hilfe für Arbeitslose und auch für Straffällige, der Bildung, der Gesundheitsförderung und Krankenversorgung, der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe und, aktuell im Fokus, der Hilfe für Geflüchtete.

Die Freie Wohlfahrtspflege und ihre Organisationen und Gliederungen, das ist das feinste Nervensystem gerade zu den dunklen Ecken und zu den Bruchkanten der Gesellschaft. Genau das befähigt uns auch zu durchaus nicht immer spektakulärer, aber dauernder sozialer Innovation, weil wir täglich dran sind am Problem und den betroffenen Menschen und weil wir auf unsere Klientinnen auch hören. Und: Es ermächtigt uns zum Wächteramt. Wir bringen ans Licht, was die zunehmende Spaltung der Gesellschaft für Nöte und Notlagen hervorbringt und was

Die Freie Wohlfahrtspflege und ihre Organisationen und Gliederungen, das ist das feinste Nervensystem gerade zu den dunklen Ecken und zu den Bruchkanten der Gesellschaft.

man dagegen tun sollte. Damit geben wir denen eine Stimme, die sonst oft nicht gehört werden.

Wir sind alle gemeinnützig, deutlicher gesagt: Wir arbeiten *not for profit* und wir sind *proud to be not for profit*. Wir gehören zum Dritten Sektor. Wir tun das, was der Staat nicht soll oder kann und was der Markt nicht soll oder kann. Damit ist die Freie Wohlfahrtspflege Teil der Zivilgesellschaft, und damit stehen wir auch für eigene Maximen und eigene Werte, die andere Maximen und Werte sind als die Maximen des Staates und des Marktes. Der Staat repräsentiert die Ziele Sicherheit, Ordnung und Rahmenbedingungen. Die gewerbliche Wirtschaft steht für Kosteneffizienz, Gewinn und Wachstum.

Wir – wofür stehen wir? Letztlich stehen wir für das, ohne das das alles nicht geht, ohne das weder Gesellschaft noch Ökonomie noch Staat funktionieren können. Wir stehen für das soziale Bindegewebe der Gesellschaft – für nicht mehr und nicht weniger als das gute Zusammenleben aller Menschen. Aller Menschen!

In der etwas gespreizten Sprache unseres Selbstverständnisdokuments heißt es dazu: Den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege ist gemeinsam, dass sie nicht nur Träger sozialer Dienste und Einrichtungen repräsentieren. Sie motivieren darüber hinaus Menschen zum Einsatz für das Gemeinwohl und verstehen sich als Anwälte für Hilfsbedürftige, dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet. Das kann man natürlich verschieden begründen, und das begründen wir auch verschieden. Das kann man religiös begründen mit Transzendentalbezug, ohne Transzendentalbezug. Das kann man historisch, ethisch und auch ganz pragmatisch begründen. Das tut jeder Verband aus seiner Geschichte – und wir tun das seit 1924. Denn es gibt uns schon 92 Jahre.

Wir arbeiten für diese Ziele in der Vielfalt unserer Ansätze und in gegenseitiger Anerkennung und dem Respekt vor den je eigenen Wertehorizonten der Kollegialverbände und bewahren dabei unsere Eigenständigkeit. In der Sprache des Marketings – sie passt nicht so ganz, aber sie ist hier ganz griffig: Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege ist das Markendach, aber nicht die Dachmarke der Freien Wohlfahrtspflege.

Die Arbeiterwohlfahrt mit ihren Wurzeln in der Arbeiterbewegung steht dabei für den Zentralwert der Solidarität. Ich freue mich sehr, dass Sie »Solidarität für alle.« als Motto Ihrer diesjährigen Bundeskonferenz gewählt haben.

Heute ist im Kreise der Freien Wohlfahrtspflege die Arbeiterwohlfahrt eine Organisation für alle sozial bedrängten und bedürftigen Menschen, unabhängig von Herkunft und Konfession. Die Arbeiterwohlfahrt verbindet Hilfe für den Einzelnen stets mit dem Engagement für eine Politik der gesellschaftlichen Reformen und der sozialen Demokratie.

Wir stehen für das soziale Bindegewebe der Gesellschaft – für nicht mehr und nicht weniger als das gute Zusammenleben aller Menschen. Aller Menschen!

Solche gelebten Werte begründen eine Haltung zum Mitmenschen, zur Gesellschaft und auch zu sich selbst. Gerade in bedrohlichen und oft auch wirklich bedrückenden Zeiten, wie wir sie derzeit erleben, gibt eine solche Haltung auch Halt – inneren und äußeren Halt. Und Haltung und damit auch Halt ergeben eine Kraft. Es kann gut sein, dass wir in den vor uns liegenden Zeiten noch sehr, sehr viel Kraft brauchen und dass wir gut beraten sind, unsere Kräfte besonders zu bündeln.

In diesem Geiste ist die Zusammenarbeit zwischen den sechs Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege durchweg hochproduktiv und solidarisch und auch effektiv und effizient.

Mein Vorgänger Wolfgang Stadler hat mich in seiner Zeit als Präsident der BAGFW 2013/14 erst mal zwei Jahre als Vizepräsidenten angelernt – stets freundlich, empathisch unterstützend. Als Azubi kann man sich überhaupt nichts Besseres wünschen. Wir haben die beiden letzten Jahre im Präsidium eng und konstruktiv und fast immer auch fröhlich kooperiert. Dafür an dieser Stelle mein ganz persönlicher Dank! Für die BAGFW danke ich dem Arbeiterwohlfahrt Bundesverband und all seinen Gliederungen für die vertrauensvolle und unterstützende Zusammenarbeit, die sich aktuell auch wieder brennpunktartig, aber bei vollem Weiterbetrieb aller anderen Felder, in der gemeinsamen Arbeit mit Flüchtlingen und in der gemeinsamen Vertretung der damit verbundenen Anliegen gegenüber Öffentlichkeit, Gesetzgeber und Regierung hervorragend bewährt: zum Nutzen der Wohlfahrt unseres Landes, zum Nutzen von uns allen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen für Ihre Bundeskonferenz produktive Beratungen, erfreuliche Begegnungen und perspektivenstiftende Ergebnisse. Ich danke Ihnen.



Wir wollen Benachteiligungen beseitigen, um ein gelingendes Leben für alle Menschen zu ermöglichen.

Erich Fenninger **Bundesgeschäftsführer** **Volkshilfe Österreich**

Liebe Freundinnen und Freunde! Es ist mir eine große Ehre und ich freue mich riesig, bei Eurer großen Konferenz dabei sein zu dürfen. Danke für die Einladung.

Wir, die Volkshilfe, fühlen uns sehr verbunden mit der AWO. Wir sehen uns sozusagen als Eure kleine Schwester bzw. sehen wir Euch als unsere große Schwester. Vermutlich ist es aber sogar mehr als eine Schwester. In einer Familie kann es ja vorkommen, dass man sich mit der biologischen Schwester oder mit dem biologischen Bruder nicht so gut versteht. Somit würde ich die AWO als die selbst gewählte Schwester der Volkshilfe bezeichnen. Als sehr gute Freundin. Wir könnten uns keine bessere Freundin vorstellen als die AWO. Ich möchte diesen Anlass dafür nutzen, mich herzlichst für diese tiefe Verbundenheit mit Wolfgang Stadler, Wilhelm Schmidt und Euch zu bedanken. Es ist neben einer Kooperation, einer intellektuellen Zusammenarbeit und

der praktischen, internationalen Hilfe auch eine Freundschaft, die uns stark verbindet. Dafür gilt mein besonderer, aufrichtiger Dank.

Ich möchte das Grußwort nicht missbrauchen. Aber ich möchte einen Gedankengang einbringen, der mich im Vorfeld der Veranstaltung sehr beschäftigt hat. Wir, die Volkshilfe und die AWO, haben dieselbe Gründungsgenese. Beim Betrachten unserer 70-jährigen Geschichte zeigt sich ein ganz klares Ziel, das sich bis heute als Leitidee durchzieht: Wir wollen Benachteiligungen beseitigen, um ein gelingendes Leben für alle Menschen zu ermöglichen. Gestern wie heute ist diese Idee, dieses Leitmotiv aktuell. Aber wir leben in einer unglaublich – meiner Meinung nach – gefährlichen Zeit. In einer Zeit, in der vor 30 Jahren nach Europa gebrachte Neoliberalismus unglaublich negative Wirkung entfacht. Wenn man sich zurückerinnert, hat Margaret Thatcher nicht nur gesagt, es gäbe keine Alternative zum Neoliberalismus. Sie hat auch gesagt: Neoliberalismus ist nicht in erster Linie eine Ökonomie, sondern eine Ideologie, mit der wir die Herzen der Menschen erreichen wollen. Und das ist gelungen.

Wir leben in einer entsolidarisierten Welt, in einer individualisierten Welt. Wir koppeln Menschen ab. Sie werden brutal ausgeschlossen und wir lassen das zu. Wir glauben, die Freiheit im Gegeneinander zu gewinnen statt im Miteinander. Der Zwang zum rücksichtslosen Wettbewerb, der nur einen Gewinner und viele Verlierer kennt, treibt die Menschen in die freiwillige Selbstentäußerung. Die Freiheit wurde kolonialisiert. Es gibt sie nicht mehr.

Unter Recht wird nur noch das Recht des Stärkeren verstanden. Die globalisierte Welt neoliberaler Prägung hat die Kräfte zu ihren Gunsten noch weiter verschoben. »One guy – one vote« (Ein Mensch – Eine Stimme) ist schon seit langer Zeit außer Kraft gesetzt. Menschen, die man zu den sogenannten Eliten zählt, haben mehr Gewicht als andere, um ökonomische und politische Entscheidungen zu beeinflussen und herbeizuführen. Weltweit besitzen acht Menschen so viel Vermögen, wie die Hälfte der einkommensschwächeren Weltbevölkerung: 3,7 Milliarden Menschen. Diese Entwicklung stellt eine der größten Bedrohungen der Menschheit dar. Immer mehr können kein gutes Leben mehr leben, da ihnen die notwendigen Voraussetzungen vorenthalten und geraubt werden. Menschen werden durch Armut, niedrige Löhne, Mehrfachjobs, unsichere Arbeitsplätze prekarisiert, um andere reich zu machen.

Das Positive: Wir als Familie der Sozial Arbeitenden haben die Kraft, einen sozialen Wandel zu organisieren. Die Geschichte der Welt wurde von Menschen gemacht. Deshalb ist das Gegebene niemals unveränderlich. Die ökonomischen und politischen Verhältnisse sind nicht alternativlos. Selbst dann nicht, wenn diejenigen, die von diesen Bedingungen profitieren, es uns mit allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten vermitteln, um uns die Veränderlichkeit auszureden. Ich möchte an Kant erinnern, der sagt: Der Mensch ist Zweck an sich. Er muss noch nichts leisten, um ein Recht zu haben, auf dieser Welt zu leben. Vom großen Hegel haben wir auch gelernt, dass Freiheit nicht die Freiheit vom anderen bedeutet, sondern dass Freiheit bedeutet: Durch die Beziehung zum anderen wird unsere Freiheit erweitert. Für diese Werte und Ideale setzen wir uns ein. Für diese Ideale kämpfen wir.

Es sind die besseren Ideale, weil sie stärker sind. Wir orientieren uns an der Gemeinsamkeit und nicht am Trennenden, um gemeinschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Wir sehen in der Kooperation und nicht in der Konkurrenz die Lösung für eine bessere Welt und ein gutes Miteinander. Wir haben die Kraft, die Zukunft zu gestalten: Solidarität mit jenen, die als Abwärtsgesellschaft bezeichnet werden. Wir müssen sie wertschätzen, andernfalls betreten sie die offenen Türen der Rechtspopulisten, die allerdings auch für jene, die der erodierenden Mittelschicht angehören, weit geöffnet sind. Wir werden nicht nur mit dem Antifaschismus reagieren können. Wir müssen agieren, indem wir die Lebensbedingungen der Menschen zum Positiven verändern. Die Soziale Arbeit, die Sozial Arbeitenden fördern gesellschaftliche Veränderung, soziale Entwicklung und sozialen Zusammenhalt und verändern so die Lebensbedingungen für alle Menschen zum Besseren. Soziale Arbeit muss in ihr die Kraft der Veränderung sehen.

Ernst Bloch hat gesagt: Die Zukunft ist in der Gegenwart angelegt. Es liegt nur an uns, wie das Morgen aussieht. Ich vertraue auf unsere Solidarität, auf unsere Kraft und auf die Kraft der AWO. Danke!



Kapitän Klaus Vogel **Gründer und Präsident SOS** **MEDITERRANEE in Partnerschaft** **mit AWO International e.V.** **»Seenotrettung Mittelmeer«**

Vielen Dank, lieber Herr Schmidt, vielen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie mich eingeladen haben. Meinem Vorredner vielen Dank! Liebe Frau Siebert-Paul, liebe Frau Döcker, liebe Frau Lebherz, ich freue mich sehr, dass ich heute hier bin. Ich muss sagen: Die AWO, das fühlt sich ein bisschen wie Zuhause an. Für dieses Zuhause-Gefühl danke ich Ihnen ganz besonders.

Es ist eine große Ehre für mich, Ihnen heute unser kleines Projekt SOS MEDITERRANEE vorzustellen. Ich selbst bin bis vor zwei Jahren große Containerschiffe gefahren, habe also weder mit Veranstaltungen wie dieser noch mit der Gründung einer NGO sonderliche Erfahrung. Es ging einfach darum, vor zwei Jahren, als die italienische Seenotoperation Mare Nostrum so plötzlich beendet wurde, irgendetwas zu tun, was nicht einfach nur ein hilfloses Zeichen ist, mit einem Schild auf der Straße auf und ab zu gehen und zu sagen: Wir müssen diese Menschen retten, sondern ein europäisches ziviles Rettungsprojekt zu begründen. Nicht nur in Deutschland, sondern über Deutschland hinaus gemeinsam mit unseren europäischen Freunden etwas auf den Weg zu bringen, was ausreicht, um ein bisschen mehr zu sein als der Tropfen auf dem heißen Stein – wobei das mit dem Tropfen beim Mittelmeer als Metapher vielleicht nicht ganz passt –, was also reicht, um Menschen tatsächlich zu helfen, auch wenn wir nicht alle Menschen, die dort unterwegs sind, retten können.

Sie wissen vielleicht, dass die Operation Mare Nostrum in dem einen Jahr ihres Bestehens 150.000 Menschen aus Seenot gerettet hat zwischen Libyen und Sizilien. Deswegen war es so erschütternd, als im

Es ist ein kleines Projekt.
Aber vielleicht können auch kleine Projekte
etwas Größeres bewirken.
Das wünschen wir uns natürlich.

November vor zwei Jahren die italienische Regierung beschloss, dieses Seenotrettungsprojekt zu beenden. Und die europäischen Regierungen und die europäischen Bürger haben nicht aufgeschrien und gesagt: Das müssen wir jetzt weitermachen. Sondern es war Stille im Lande. Es gab ein paar Erklärungen, aber es ist eigentlich nichts passiert.

Das war der Grund, warum wir – zuerst ich selbst mit meiner Frau und dann mit unseren Freunden und dann mit Freunden von Freunden – uns zusammengenommen haben, über Deutschland hinaus in Frankreich und in Italien, und SOS MEDITERRANEE gegründet haben im letzten Mai und dann angefangen haben zu sammeln für ein großes Schiff: 77 Meter, um von Deutschland – hier haben wir es gefunden – und dann vom Mittelmeer aus an die Küste von Libyen zu fahren, dort vor Ort zu sein und tatsächlich Menschen zu retten.

Ich möchte Ihnen ein paar Bilder zeigen, damit Sie einen Eindruck bekommen (Abb. 1): Der Gedanke, eine zivile europäische Organisation zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer: Das Schiff haben wir im Dezember letzten Jahres chartern können und sind dann im Januar aus Saßnitz losgefahren. Seit Ende Februar retten wir im Mittelmeer Menschen: die »Aquarius«, 77 Meter lang, ein ehemaliges Fischereischutzboot, das viele Jahre lang im Nordatlantik im Einsatz gewesen ist, ganzjährig, auch bei schwerem Wetter gut unterwegs und als Rettungsschiff hervorragend geeignet ist.

Ich zeige Ihnen ein weiteres Bild (Abb. 2): Dieses Holzboot hat mehr als 400 Menschen an Bord. Das kann man sich nicht vorstellen, wie viele Menschen auch unter Deck, in Deckshöhen von 60 cm, eingepfercht sind. Und man weiß bis zum letzten Moment nicht, ob alle leben. Es sind Männer, Frauen, Kinder, Babys, die wir retten. Und alle diese Boote und alle diese Menschen in diesen Booten sind in höchster Lebensgefahr von dem Moment an, wo sie die libysche Küste verlassen. Wir dürfen sie erst retten ab 12 Meilen. 12 Meilen sind 20 Kilometer. Eine weite Strecke. Einige dieser Boote schaffen es nicht bis dorthin.

Wir haben Verletzte dabei. In Einzelfällen werden sie vom Hubschrauber geborgen. Die Krankenschwestern von Médecins du Monde, die uns in den ersten dreieinhalb Monaten begleitet haben, seit 1. Mai arbeiten wir zusammen mit dem medizinischen Team von Ärzten ohne Grenzen. Auf diesem Bild sehen Sie etwas von dem Schrecken, den die Menschen in Libyen und auf dem Weg durch



Abb. 1: Das Team der »Aquarius« – Menschen aus der ganzen Welt.



Abb. 2: Dieses überladene Holzboot hatte mehr als 400 Menschen an Bord. Die Rettungsteams erbringen während solcher Einsätze Höchstleistungen.

die Sahara erlebt haben. Erst einmal sind die Menschen erleichtert, dass sie leben.

Ich will Ihnen noch eine kleine Geschichte vorführen. Vor 14 Tagen sind meine Frau und ich nach Eisenhüttenstadt gefahren und haben dort ein Ehepaar besucht, dessen kleiner Sohn Alex vor fünfeinhalb Monaten Ende Mai auf der Aquarius zur Welt gekommen ist. Alex wurde am 23. Mai dieses Jahres auf der Aquarius geboren. Wir mögen uns nicht vorstellen, was passiert wäre, wenn dort kein Rettungsschiff gewesen wäre.

Ich könnte Ihnen noch viel mehr erzählen. Ich muss jetzt aufhören. Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und vor allem danke ich Ihnen für Ihre starke Unterstützung als Organisation und jedem Einzelnen ganz persönlich. Bleiben Sie uns gewogen. Unterstützen Sie SOS MEDITERRANEE – zusammen mit AWO International, unserem Partner. Wie gesagt: Es ist ein kleines Projekt. Aber vielleicht können auch kleine Projekte etwas Größeres bewirken. Das wünschen wir uns natürlich.

Vielen Dank.



Konstituierung der Bundeskonferenz



Konferenzpräsidium

Nils Opitz-Leifheit
Gabriel Siebert-Paul
Gerwin Stöcken

Antragskommission

Prof. Dr. Thomas Beyer (Vorsitz)
Brigitte Döcker
Renate Drewke
Rifat Fersahoglu-Weber
Rudi Frick
Barbara König
Sebastian Kunze
Nils Opitz-Leifheit
Christiane Reckmann
Wolfgang Stadler

Zählkommission

Wilfried Bartmann
Regina Besch
Georg Förster
Gundula Hädicke
Peter Kuleßa
Selvi Naidu
Jan Scharnitzki
Celine Thiemann
Gary Tidwell





Berichte

Wilhelm Schmidt

Wolfgang Stadler

Axel Heiner Dabitz,

Richard Skribelka und

Johannes Schemann

Manfred Klaßen

Christoph Götz und

Anna Pfeiffer

Michael Scheffler



Menschenwürde, Menschenrechte, soziale Absicherung, soziale Finanzierungsgrundlagen, praktizierte Solidarität und Hilfe – manches davon war in der deutschen Öffentlichkeit ziemlich verschüttet.

Wilhelm Schmidt Bericht des Vorsitzenden des Präsidiums

Die AWO-Wahlperiode 2012 bis 2016 hat uns alle ziemlich gefordert. Der Verband hat sich über alle Gliederungen als Anbieter von sozialen Dienstleistungen enorm weiterentwickelt. Der Mitgliederverband stagniert trotz intensiver Anstrengungen. Der Bundesverband und auch ich selbst haben die Verbandsentwicklung als Kernaufgabe wahrgenommen – leider noch nicht überall mit großer Resonanz.

Gern denke ich an die gemeinsame Konferenz mit dem Jugendwerk 2014 zurück, das war ein wichtiger Impuls. Und wir haben uns 2014 im solidarischen Diskurs ein neues Statut gegeben und damit gezeigt, dass wir Wert auf einheitliche Grundsätze legen.

Meine vielen Besuche in den Kreis-, Bezirks- und Landesverbänden, auf Fachkonferenzen und meine Begegnungen mit Partnern in Verbänden, Organisationen und Stiftungen sowie in der Politik haben für uns alle viele wichtige Kenntnisse und Kontakte geschaffen.

Die AWO-Spitze hat viel Verantwortung getragen und Solidarität bewiesen. Ich habe – auch aus verbandspolitischer Sicht und um Zeichen zu setzen – den Vorsitz in mehreren Gremien selbst übernommen (Kommission gegen Rechtsextremismus, Ethikrat, Ad-hoc-Kommission Compliance, Verbandskommission, Grundsatzkommission). Ich bin sehr dankbar dafür, dass meine Stellvertreter Iris Spranger (Finanzbeirat), Rudi Frick (AWO International, ISS, Solidar, Satzungskommission), Thomas Beyer (Fachausschuss Soziales, Nationale Armutskonferenz) und Michael Scheffler (Historische Kommission) ebenfalls viel zur guten Aufgabenerfüllung beigetragen haben. Dazu gehören auch Christiane Reckmann (als Vorsitzende des Zukunftsforums Familie und des Fachausschusses Jugend, Familie und Frauen) und Gerwin Stöcken (als Vorsitzender der Gemeinsamen Kommission von AWO und Jugendwerk). Insgesamt hat sich das Präsidium, vor allem aber der Präsidialausschuss, als hervorragendes Team erwiesen. Dafür bin ich dankbar.

Die Mitarbeit vieler Vertreter*innen aus den AWO-Gliederungen an unserer Arbeit ist enorm und außerordentlich hilfreich. Danke!

Unser Vorstand leistet exzellente Arbeit. Immer neue Aufgaben insbesondere bei der Interessenvertretung in der Politik und in den Partnerorganisationen sorgen für enorme Belastungen. Ein besonderer Dank an Wolfgang Stadler und Brigitte Döcker und an das Team der Bundesgeschäftsstelle. Ihr leistet Vorbildliches!

Im politischen Raum ist es gut, dass wir bei der SPD seit über 20 Jahren unsere einmalige AWO-Parlamentariergruppe haben, die unser Netzwerk effizient unterstützt. Danke an den engagierten Vorsitzenden Michael Groß, MdB aus Marl/Westfalen.

Unsere Kräfte setzen wir darüber hinaus auch in den Dachorganisationen ein. Manchmal sagen wir wohl auch etwas zu selten »Nein« auf entsprechende Anfragen. Wolfgang Stadler war ein beispielloser Präsident der BAGFW, der dieser Dachorganisation neues Leben eingehaucht und gezeigt hat, was Solidarität über Verbandsgrenzen hinweg sein kann. Er gestaltet jetzt auch im Deutschen Verein mehrere Gremien und Aufgaben mit ähnlicher Energie. Das gilt auch für Brigitte Döcker und Thomas Beyer. Ich habe drei Jahre sehr viel Zeit und Gehirnschmalz in die 7. Altenberichtscommission gesteckt – es hat sich ebenso gelohnt wie die acht Jahre als Präsident des Deutschen Vereins. Jetzt fordert das Engagement im ZDF-Fernsehrat viel Einsatz, seit einigen Wochen

als Erster Stellvertretender Vorsitzender dieses Fernsehparlaments.

Das führe ich nur aus, um allen Genannten und den vielen nicht Genannten Dank sagen zu können. Alles andere ist im Detail den vielen schriftlich vorgelegten Berichten zu entnehmen.

Ich nutze die Gelegenheit dieser Bundeskonferenz in politisch turbulenten und unsicheren Zeiten, um Euch einige grundsätzliche Überlegungen vorzutragen. Denn wir können und sollten in der AWO nicht so tun, als lösten wir unsere vielfältigen Aufgaben im sozialen Sektor und im Verband und der Rest ginge uns nichts an. Alles hat nämlich so oder so miteinander zu tun!

Wir leben in einer Welt voller Kriege, Gewalt, Armut, Krankheiten, Hunger, Klimaveränderungen und Katastrophen, in der mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht sind. Mehr als eine Million hat seit Spätsommer 2015 auf zum großen Teil gefährlichen Wegen nach Deutschland gefunden.

Was hat das in Deutschland und Europa – in einer der reichsten Regionen weltweit – ausgelöst? Eine enorme Welle der Hilfsbereitschaft einerseits, eine unfassbare Ablehnung, gepaart mit unverhohlener Radikalisierung und Gewalt andererseits.

Wenn wir nur einen ungeschönten Blick auf Deutschland werfen, stellen wir (ebenso wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung in diesen Tagen (»Gespaltene Mitte –feindselige Zustände«)) fest: Wir sind mehr denn je eine konfliktbeladene Gesellschaft. Den »Sachsen-Monitor« vom Anfang dieser Woche will ich nicht weiter zitieren und kommentieren, denn da könnte man fast depressiv werden. Nur zwei von zwei Dutzend Befunden als Beispiele: Nur ein Drittel der Befragten vertraut dem Bundestag, 69 Prozent haben tiefe Ressentiments gegenüber Muslimen.

Neben den neuen und intensiven Auseinandersetzungen, die eine solche Spaltung hervorbringt, schärft sie aber auch das Bewusstsein. Menschenwürde, Menschenrechte, soziale Absicherung, soziale Finanzierungsgrundlagen, praktizierte Solidarität und Hilfe – manches davon war in der deutschen Öffentlichkeit ziemlich verschüttet. Oder?

Ein Blick in die Geschichte der AWO zeigt gerade den engagierten Menschen in der AWO, in der SPD und in den Gewerkschaften, dass auch in Deutsch-

land in vielen Epochen Flucht und Vertreibung erlitten wurde. Und immer gab es massive Widerstände versus massive Hilfsbereitschaft bei der Integration.

Das lehrt uns:

Aus menschlicher Überzeugung, aus Achtung vor unseren Grundwerten und weil Solidarität für uns ein konkreter Auftrag ist, setzen wir uns mit dem großen Einsatz Tausender Freiwilliger und Hauptberuflicher in zahllosen AWO- und Partnerprojekten für die Aufnahme und Integration von geflüchteten Menschen ein.

Wir erwarten im politischen Raum:

- Kein Gezerre und Geschiebe um die Mitfinanzierung von Bund und Ländern, viel Unterstützung der Projekte, dauerhafte Finanzierung, Vernetzung im Quartier.
- Wir erwarten, dass die soziale Infrastruktur für alle Menschen in Deutschland nach dem objektiven Bedarf ausgebaut und gesichert wird. Das gilt für Kinder, Jugendliche, ältere Menschen, Behinderte, Beratungseinrichtungen jeder Art, das Gesundheits- und das Bildungswesen, um nur einiges zu nennen.
- Wir erwarten, dass alle Menschen in bezahlbarem Wohnraum leben und alle sozialen Angebote erreichen können.

Wer die mit der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen verbundenen Aufgaben betrachtet, weiß, dass es eine Fülle von sozialen und gesellschaftlichen Problemen schon »vor dieser Zeit« gegeben hat, die nicht oder unzureichend gelöst waren. Ich will etwas zur Armut, zu den Bildungsbenachteiligungen, zur Engagementbereitschaft und zu Populismus und Radikalität in der Gesellschaft sagen.

Es ist eine fatale Entwicklung, wenn in einem reichen Land wie Deutschland die Armut bzw. Armutsgefährdung von einem Sechstel der Bevölkerung festgestellt werden muss. Von den noch schlimmeren Befunden in den anderen Ländern Europas und der Welt will ich nur im Ansatz sprechen.

Ausgangspunkt für die Armut ist nach Erkenntnissen der AWO, des ISS und vieler anderer wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Organisationen die ungleiche Verteilung von Vermögen und Einkommen, die große Schere in den Einkommen, das Versperren von Bildungszugängen, Ungerechtigkeiten bei Besteuerung und Sozialabgaben, um nur die wichtigsten Gründe zu nennen.

Weltweit wird seit Jahrzehnten, auch in Deutschland, eine Politik für wenige und zulasten der großen Mehrheit der Bevölkerung gemacht. Nicht immer vorsätzlich, meist fahrlässig, sind politische Grundsatzentscheidungen getroffen worden (übrigens wegen der vermeintlichen »Sachzwänge« in der rot-grünen Koalition ab 1998 auch mit meiner aktiven Beteiligung), die vielen Menschen letztlich nicht geholfen haben. Der dominante Ökonomismus hat einen Druck entwickelt, der viel Einfluss gehabt hat und noch heute hat. Ich schenke mir jetzt weitere Einzelheiten.

Wir rufen aus Grundüberzeugung und vor dem Hintergrund unserer geschichtlichen Erfahrungen dazu auf, endlich gemeinsam in der Gesellschaft, in der Politik, in der Wirtschaft und in den Medien aufzustehen und gegen jede Form von Radikalität, Extremismus, Respektlosigkeit, Menschenverachtung, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt laut Einspruch zu erheben!

Aber klar ist: Wenn man wegen nicht vorhandener Mehrheiten nicht die Minimalregelungen für eine gerechte Sozialversicherung (keine Zwei-Klassen-Systeme!) und für ein gerechtes Steuersystem (nicht nur in der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung, sondern auch bei der Einkommens- und Unternehmensbesteuerung, bei der Schließung von Steuerschlupflöchern) hibekommt und wenn dann andererseits bei der Familien- und Bildungsförderung viele Elemente von Entlastung nicht gelingen, dann kann man sich über Millionen armer Menschen, vor allem Alleinerziehender mit Kindern, nicht wundern. Es wird wirklich Zeit, über eine Ablösung der unüberschaubaren und oft fehlsteuernden Familienleistungen durch eine Kindergrundsicherung ernsthaft nachzudenken! Und die Prognosen über eine sich weiter verbreitende Altersarmut müssen schon jetzt schon als deutliches Warnsignal verstanden werden!

Das und vieles mehr schafft Unsicherheit bei den Menschen und sorgt für Vertrauensverlust in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft und – viel schlimmer noch – sogar gegenüber der Demokratie.

Das wird von uns nicht hingenommen!
 Noch weniger hingenommen wird von uns, dass sich weltweit, aber auch in Deutschland, die Populisten und Radikalen diese Stimmung und diese Entwicklung zunutze machen. Und dabei werden einzelne Gruppen in der Gesellschaft verunglimpft und zur Stimmungsmache missbraucht, ob das die Arbeitslosen, die Flüchtlinge, die Migrantinnen und Migranten, die Homosexuellen, Menschen mit Behinderung oder andere sind. Unfassbar, was sich heute – und das nicht nur am Stammtisch oder am Wohnzimmer – in dieser Hinsicht abspielt.

Und die Wirkung spüren wir tagtäglich alle. Viele Hemmschwellen fallen. »Das wird man ja noch mal sagen dürfen« wird zum Einfallstor für Menschenverachtung, die politisch schrittweise salonfähig wird. Nationalismus und Rechtsextremismus finden einen Nährboden. Diese Wirkungen kennen wir aus der Geschichte leider nur zu gut. In der Bismarck- und Kaiserzeit wurde die Arbeiterbewegung verfolgt, von den Nazis wurde das auf die Spitze getrieben. Verfolgung, Einkerkelung und Ermordung von Juden, Homosexuellen, Behinderten, Sinti und Roma, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafts- und AWO-Mitgliedern waren die üble Folge.

Wer das in der Familie, im Bekanntenkreis, im Kreis der AWO-, Gewerkschafts- oder der SPD-Mitglieder vermittelt bekommen hat, kann nicht untätig bleiben. Wir wollen uns nicht auch in einigen Jahren vorhalten lassen, was Erich Kästner 1954 etwa so formuliert hat: »Eigentlich haben wir schon 1927 ahnen können, was mit den Nazis auf uns zukommt – und trotzdem hat es keinen entscheidenden Widerstand gegeben!«

Wenn man in Deutschland die immer noch vorhandenen Neonazi-Gruppen und die Wahlerfolge der AfD fast überall, vor allem aber kürzlich in Mecklenburg-Vorpommern (zweitstärkste Partei!!), sieht, wenn man die Populisten und Nationalisten in Großbritannien sieht, die den Brexit herbeigefaselt haben, wenn man Trump und seinen Wahlsieg in den USA sieht – dann müssen wir alle und eigentlich auch die Letzten wach werden!

Als Vertreter der AWO im ZDF-Fernsehrat und damit im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen sehe ich auch eine Mitverantwortung der Medien. In den Dreißigerjahren war es Hugenberg, der mit seinem Medienimperium aktiv die Nazis unterstützt hat.

So etwas gibt es heute glücklicherweise nicht. Aber den rechtsnationalen Populismus und seine Establishment-Kritik interessant zu machen (»Die geben es denen da oben«) und dabei nicht auf die mangelnde oder widersprüchliche Lösungsrhetorik der Populisten hinzuweisen, kann genauso gefährliche Entwicklungen befördern. Und die Verbreitung und Brutalität von Parolen im Internet ist eine zusätzliche Gefahrenquelle. Meine eigene Test-Plattform auf Facebook zeigt mir das überdeutlich.

Wir rufen aus Grundüberzeugung und vor dem Hintergrund unserer geschichtlichen Erfahrungen dazu auf, endlich gemeinsam in der Gesellschaft, in der Politik, in der Wirtschaft und in den Medien aufzustehen und gegen jede Form von Radikalität, Extremismus, Respektlosigkeit, Menschenverachtung, Homophobie, Rassismus, Antisemitismus und Gewalt laut Einspruch zu erheben! Und das nicht nur auf Anti-Pegida-Demos oder einmal im Jahr in der »Woche gegen Rassismus« (wo die AWO in diesem Jahr mit über 1000 Aktionen Vorbildliches geleistet hat), sondern immer und überall!

Dazu braucht man Mut. Wer ehrlich und selbstkritisch mit sich selbst umgeht, der wird das bestätigen, mir geht das manchmal auch so. Und dann denke ich an meinen Großvater, der von den Nazis ins KZ gebracht wurde und glücklicherweise überlebt hat. Nie wieder! Und wehret den Anfängen! Das dürfen keine leeren Parolen bleiben, sondern Auftrag zum gesellschaftlichen Widerstand! Die AWO soll noch mehr als bisher als treibende Kraft gegen Rassismus und Gewalt wahrgenommen werden.

Mindestens genauso wichtig ist es, diesen radikalen Entwicklungen den Boden zu entziehen und den Menschen wieder das Vertrauen in das gesellschaftliche Miteinander und in die Politik zurückzugeben.

Mindestens genauso wichtig ist es, diesen radikalen Entwicklungen den Boden zu entziehen und den Menschen wieder das Vertrauen in das gesellschaftliche Miteinander und in die Politik zurückzugeben. Das ist eine Riesenaufgabe und trotzdem müssen wir sie angehen. Dabei gilt die alte Losung der Arbeiterbewegung mehr denn je: »Gemeinsam sind wir stark!«

Auch hierfür sind unsere Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz und Solidarität eine gute Orientierung. Diese Bundeskonferenz wird in vielen Anträgen darüber beraten und Vorschläge an die Politik im Bund, in den Ländern und in den Kommunen erarbeiten. Wenn es nicht schrittweise, aber spürbar gelingt, die Ungerechtigkeiten in der Wirtschaft, in der Arbeitswelt, in der Steuerpolitik, in der Familienförderung, in der Bildungsstruktur und in der örtlichen Gemeinschaft abzubauen, dann wird es schwer sein, das vorher genannte Ziel zu erreichen.

Zum Beispiel: Es ist und bleibt unser Anliegen, dass Kindern und Familien, vor allem den Alleinerziehenden, jede Möglichkeit geboten wird, alle Bildungschancen zu erreichen. Nichts darf vom Geldbeutel der Eltern abhängen! Beitragsfreiheit von der Kinderkrippe bis zum Studium muss das Ziel unserer Bemühungen sein – und das ohne Abstriche bei der Qualität! »Bildung ist Menschenrecht« hat die große Jutta Limbach vor ein paar Jahren in einem Interview unseres Verbandsmagazins gesagt. Das war deutlich und gilt immer!

Was wurde in den Jahren seit der Wende – manchmal fehlgeleitet, aber doch vom Volumen her richtig – in den Aufbau und die Modernisierung von Strukturen in den neuen Bundesländern gesteckt. Trotzdem ist hier noch viel zu tun, auch mit Blick auf die Folgen des demografischen Wandels. Was ist an Milliarden/ Billionen aufgebracht worden, um Ende des vorigen Jahrzehnts die Bankenkrise zu bewältigen und Banken zu retten. Trotzdem sind in allen Bereichen Deutschlands Strukturdefizite entstanden (in Bildungs-, Gesundheits-, Altenhilfeeinrichtungen, im Wohnungs- und Verkehrsbereich, um nur einiges anzudeuten).

Darum ist es richtig, was ich schon seit längerem gefordert habe und was jetzt grundsätzlich von der Großen Koalition auch umgesetzt worden ist: Der Solidarzuschlag bleibt bestehen und wird als Strukturhilfe-Instrument des Bundes, der Länder und der Kommunen eingesetzt. Und wenn die EU wieder an Akzeptanz gewinnen möchte, wird sie den ESF, EFRE und andere Förderinstrumente ausbauen und noch mehr als bisher für den Menschen in der EU erschließbar gestalten.

Die staatlichen Regeln (Mindestlohn, Schwarzarbeit, Leih- und Zeitarbeit u.a.) sind in dieser Wahlperiode dank des Einflusses der SPD besser geworden. Nun muss dem auch noch das Handeln in der Wirtschaft

Der Solidarzuschlag bleibt bestehen und wird als Strukturhilfe-Instrument des Bundes, der Länder und der Kommunen eingesetzt.

folgen. Missbrauch, Lohndumping, Tariffucht werden wir immer wieder öffentlich anprangern. Das muss weg aus unserem Lande, weil es bei der Armutsbekämpfung hilft und weil es menschlich ist.

Übrigens: Das Sozialstaatsgebot ist ein unveränderbares Prinzip im Grundgesetz. Dass damit die Daseinsvorsorge abzusichern ist, versteht sich. Eine »Schwarze Null«, die das oberste Gebot des Bundesfinanzministers ist, steht damit nicht im Einklang!

Aber wir müssen auch selbst anpacken, wir in der AWO, jede und jeder Einzelne. Solidarität für alle!!! Das heißt nach Johannes Rau: »Solidarität, das ist doch nicht der aufmunternde Zuruf an die Schwachen, sie möchten beieinanderbleiben, sondern das ist die Bereitschaft der Starken, mitzutragen, damit die Schwachen nicht so viel zu tragen haben.« Und: »Dass die Starken und Schwachen zusammengehören, muss wieder zum politischen Prinzip werden und darf nicht aus Haushaltsgründen verabschiedet werden.«

Solidarität ist Chancengleichheit und Gerechtigkeit. Wir lassen das durch niemanden mit dem Begriff der Gleichmacherei in Misskredit bringen!

Wir werden uns aktiv zur Vorbeugung und zum Abbau von Armut einsetzen, wir werden weiter nachdrücklich eintreten für eine gerechte Struktur und Finanzierung in allen Zweigen der Sozialversicherung. Ich verweise auf unseren Initiativantrag zu dieser Konferenz, der unsere Forderungen zur Bundestagswahl 2017 kurz, knapp und zuspitzend aufführt.

Das von Johannes Rau schon eingeforderte aktive Mitwirken entspricht der Geschichte der AWO, die nach beiden Weltkriegen als Selbsthilfeorganisation der Arbeiterbewegung und als solidarischer Dienst für die Menschen gegründet bzw. wiedergegründet worden ist. Das ist die Grundlage für all unser Tun – auch wenn uns marktwirtschaftlich basierte sozialökonomische Angebote immer intensiver beschäftigen. Immer muss der Mensch im Mittelpunkt stehen, der unsere Hilfe braucht – auch das stammt von Marie Juchacz.

350.000 Mitglieder in 4000 Ortsvereinen, mehr als 400 Kreisverbänden und 30 Landes- und Bezirksverbänden, 17.000 Sozialeinrichtungen mit 215.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – das und mehr ist die AWO heute. Wir haben – bis auf wenige unrühmliche Ausnahmen – unseren Wertekanon und unsere Leitsätze verinnerlicht. Und wir sind alle stolz auf diese Entwicklung und das damit einhergehende freiwillige und berufliche Engagement und die umfangreiche Hilfe für Millionen Menschen. Und morgen werden wir berichten, dass wir diesen Stolz im nächsten Jahr in Form eines längst überfälligen Denkmals für unsere Gründerin Marie Juchacz am Mehringplatz in Berlin-Kreuzberg für alle Zeiten in Stahl gemeißelt festhalten werden!

Aber:

Erreichen wir noch alle unter unserem Dach mit unseren Botschaften? Wie können wir neue Mitglieder und Leistungsträger motivieren? Was ist mit neuen und alten Partnern im Umfeld der »Arbeiterbewegung« und darüber hinaus? Gibt es wirklich einen Stolz, der uns dazu bringt, positiv und aktiv auf andere zuzugehen und sie mit unseren Themen zu gewinnen?

Wenn ich die aktuelle Lage – wie vorhin skizziert – betrachte, dann habe ich manchmal ein wenig Angst um unser Land und seine Menschen. Aber das kann und darf kein Merkmal unseres Einsatzes sein – und die, die hier sind, kennen solche Bedenken aufgrund ihres eigenen jahrzehntelangen Einsatzes sowieso nicht.

Wir dürfen nicht zur aktiven Minderheit in einer ansonsten schweigenden, selbstgerechten und unsozialistischen Gesellschaft werden! Viele Menschen in unserem Lande und weltweit könnten einfach zu viel dadurch verlieren.

Wir werden uns aktiv zur Vorbeugung und zum Abbau von Armut einsetzen, wir werden weiter nachdrücklich eintreten für eine gerechte Struktur und Finanzierung in allen Zweigen der Sozialversicherung.

Als einer, der seit mehr als 50 Jahren aktiv in der Sozialdemokratie mitarbeitet, finde ich, dass in jeder SPD-Generation Fehler gemacht worden sind. Das Verhältnis zwischen AWO und SPD war dabei nicht

immer spannungsfrei. Ich will aber aus meiner Sicht feststellen, dass der Kompass gestimmt hat und unverändert stimmt. Das offene SPD-Forum »Wir schreiben Zukunft – die Kräfte des Landes bündeln, Orientierung geben, Vertrauen schaffen« hat dazu vor wenigen Tagen viele kluge Beiträge zusammengetragen. Und dass wir zum AWO-Jubiläum 2019 einen Bundespräsidenten haben werden, der nicht zufällig AWO- (und auch SPD-)Mitglied ist, finde ich außerordentlich motivierend. Dank an Sigmar Gabriel und Frank-Walter Steinmeier! Darauf werde ich morgen bei der Begrüßung von Sigmar noch einmal eingehen.

Wir alle sind aufgefordert, als AWO gemeinsam die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu erkennen und aktiv anzunehmen. Da mir die Aufgabe trotz mancher unnötiger Schwierigkeiten immer Freude bereitet hat und ich mich fit für weitere »Taten« fühle, habe ich dem Wunsch, noch einmal als Präsidiumsvorsitzender zu kandidieren, gern entsprochen. Den Generationswechsel verschieben wir noch einmal – und bis dahin wird kräftig gemeinsam auf allen AWO-Ebenen angepackt!

In diesem Sinne: »Solidarität für alle. Die AWO.«
»Glück auf!« und »Freundschaft!«

Uns allen eine gute Bundeskonferenz in Wolfsburg und positive Jahre auf dem Weg zum Jubiläumsjahr 2019!



Wolfgang Stadler Bericht* des Vorsitzenden des Vorstands

Ich möchte mit einer Zeitreise beginnen. Es geht zehn Jahre zurück in eine Phase, in der die gesamte Arbeiterwohlfahrt zahlreiche Tagungen, Regionalkonferenzen und Strategiedebatten führte, deren Ergebnisse dann in einer Sonderkonferenz im Jahr 2007 mündeten. Es geht um die berühmten »Magdeburger Beschlüsse« – viel zitiert, oft erwähnt, heiß diskutiert und am Ende so verabschiedet.

Die Ziele von Magdeburg

Noch als Geschäftsführer eines Bezirksverbandes hatte ich seinerzeit mit großer Euphorie und mit hohen Erwartungen diesen Prozess verfolgt. Die Vorgaben im Vorfeld fand ich schlüssig, schließlich war man angetreten, um die AWO einerseits moderner zu machen. Man wollte sie für die veränderten Rahmenbedingungen, die neuen Marktgesetze und Konkurrenzen fit bekommen. Andererseits sollten aber die Werteorientierung und der traditionelle Kern der AWO, das Ehrenamt, gestärkt werden. Wer konnte da dagegen sein?

Ich denke, es ist notwendig, dass wir uns heute vor Augen führen, dass diese Epoche auch Ergebnis eines großen Unbehagens in der AWO war: Die Ausgliederungswelle hatte längst begonnen, der unternehmerische Bereich wurde größer, das Ehrenamt war ansatzweise verunsichert. Genau diesem Ehrenamt Sicherheit zu geben, war ein Ziel. Zugleich sollten jedoch die »notwendigen« unternehmerischen Schritte nicht verbaut werden. Und so stellten wir am Ende zwanzig Grundsätze auf, zehn für den Verband, zehn für das Unternehmen. Beide Teile sollten eine Einheit bilden. Beispielhaft für die bisweilen anspruchsvollen Formulierungen will ich

Die AWO verfolgt gleichrangig verbands- und unternehmenspolitische Aufgaben. Die Entflechtung der Verantwortung für Führung und Kontrolle darf die Einheit der AWO nicht gefährden.

den Grundsatz 6 zitieren. Dort heißt es: »Die AWO verfolgt gleichrangig verbands- und unternehmenspolitische Aufgaben. Die Entflechtung der Verantwortung für Führung und Kontrolle darf die Einheit der AWO nicht gefährden.« Ich mache keinen Hehl aus der Tatsache, dass ich seinerzeit die Logik des Prozesses und auch das Ergebnis nachvollziehen konnte. Zu präsent waren mir die Themen »Haftung« und »Verantwortung für das Tagesgeschäft« als Geschäftsführer, als dass ich die Probleme der Zeit nicht sah. Und auch spürte ich wie viele von uns früh, dass der Verband neuen Schwung benötigte. Im Verband sanken die Mitgliederzahlen, während der Altersdurchschnitt stieg, und neue Formen des Engagements wurden nicht ausreichend beachtet.

Bilanz ziehen nach Magdeburg

Und heute? Wie fällt unsere Bilanz mit Blick auf Magdeburg aus? Ich weiß, man muss differenzieren, regionale Besonderheiten berücksichtigen und wichtige Ausnahmen hervorheben, und dennoch: Ich glaube, dass wir unterm Strich das ursprüngliche Ziel, nämlich beide Bereiche gleichermaßen zu stärken, nicht erreicht haben. Zu unterschiedlich entwickelten sich hierfür Unternehmen und Verband. Wer die Umsätze, die Entwicklung der Mitarbeiterzahlen und die Breite an unternehmerischen Aktivitäten versuchte zu verfolgen, der konnte kaum mehr Schritt halten. Schritt halten konnte mit diesen zweifellos erfolgreichen und hervorragenden Entwicklungen vor allem einer nicht: der Verband. Er war und ist an vielen Stellen derart geschwächt, dass von einer Einheit beider Bereiche nur schwer zu sprechen ist. Die politische Arbeit kann an der einen oder anderen Stelle genauso wie die Aufsichtsfunktion nicht mehr angemessen wahrgenommen werden. Im Ergebnis haben wir seit Magdeburg zwei unterschiedliche Geschwindigkeiten in der AWO. Das rasante Unternehmen hier, den schwächelnden Verband dort – und das halte ich für eine Gefahr.

Ist Magdeburg also gescheitert? Nein, ich bin überzeugt, wir haben nur mit unterschiedlicher Intensität die Grundsätze und Ziele verfolgt. Nicht nur der Bundesverband, auch die meisten Gliederungen konzentrierten, ja stürzten sich einseitig auf den Unternehmensbereich. Was gab es für Strategiekonferenzen, für Handbücher, für Handreichungen und teilweise wüste Empfehlungen für die Unternehmen. Es ging um Optimierung, um Ausweitung, um Effizienz, all die schönen Begriffe der neoliberalen Ära. Es ging auch um die Vermittlung von »unternehmerischem« Handwerkszeug mit dem Ziel, Personalkosten zu senken oder unliebsame

Betriebsratsstrukturen zu verhindern. Instrumente, die wir nach außen politisch bekämpften, wie die Leiharbeit, waren auf einmal hoffähig im eigenen Verband. Was aber taten wir, um den Verband zu stärken? Wir wollten der ADAC der Wohlfahrtspflege werden! Agenturen versprachen uns das Blaue vom Himmel: Ich sehe noch in den Kurven, die uns präsentiert wurden, den berühmten Break-Even-Point, bei dem die Millionen Vorinvestitionen in Werbekampagnen endlich in Gewinne umgeschlagen wären. Was für Mitglieder brauchten wir? Vor allem: Beitragszahler*innen, gerne auch Förder*innen, am besten solche, deren Daten man an irgendwelche Unternehmen verschreiben kann, damit sie ihre Produkte besser verkaufen können – ich überspitze bewusst. Natürlich bemühten wir uns alle, neue Mitglieder anzuwerben. Teilweise konnte man das Schrumpfen stoppen, doch in erster Linie haben die Agenturen an uns verdient. In alter sozialistischer Tradition hatten wir eine Zielmarke gesetzt: Im Jahr 2010 sollten es 1.000.000 Mitglieder sein.

Es ging und geht um nicht weniger als darum, alle Kräfte zu mobilisieren, um auf allen Gliederungsebenen die verbandlichen Aspekte zu stärken.

Die AWO der zwei Geschwindigkeiten

Es lag, um es kurz zu sagen, einiges im Argen. Ich meine aber, dass wir rechtzeitig auf die richtige Spur gewechselt sind.

Um im Bild der zwei Geschwindigkeiten zu bleiben, haben wir auf der Buko 2012 mit dem Antrag zur Stärkung des Mitgliederverbandes versucht, die andere, die verbandliche Seite zu stärken. Der Knoten platzte aus meiner Sicht im Januar 2014 auf einer Tagung in Springe. Selten hat der Bundesverband eine Tagung in den letzten Jahren durchgeführt, die so gut besucht und intensiv begleitet wurde, bei der es so hitzig und intensiv zugeht und die man tatsächlich als nachhaltig bezeichnen kann. Es folgte die Sozialkonferenz in Altötting, und spätestens mit dem Start des Projekts »Stärkung des Mitgliederverbandes« waren die Weichen gestellt. Das Präsidium hat den Vorstand im Sommer 2014 beauftragt, dieses Projekt einzuleiten. Es ging und geht um nicht weniger als darum, alle Kräfte zu mobilisieren, um auf allen Gliederungsebenen die verbandlichen Aspekte zu stärken. Lasst es mich etwas legerer formulieren: Wir lassen wirklich nichts aus in dem Projekt, alle Fragestellungen und Ideen, den Verband zu stärken, werden aufgegriffen.

Und ich will es aber hier schon ankündigen: Das Programm wird am Ende seinen Erfolg nicht im Erreichen der anvisierten 1.000.000 Mitglieder zeigen, es wird seinen Erfolg nicht nur in Beitragszahler*innen oder Förder*innen offenbaren.

Das Programm wird sich daran messen lassen müssen, ob wir auch neue Mitglieder haben,

- die sozialpolitisch denken,
- die unsere Haltung als Verband des demokratischen Sozialismus teilen,
- die Zivilcourage haben,
- die den Mut besitzen, Neues aufzubauen, ohne Altes einzureißen,
- die Qualität vor Quantität setzen und die vor allem – und das ist mir besonders wichtig –,
- die das wollen, wofür wir alle streiten: eine sozial gerechte Gesellschaft.

Das Programm wird sich aber auch daran messen lassen, inwieweit es uns gelingt, die Basisstrukturen der AWO, die Ortsvereine, zu stärken und weiterzuentwickeln. Selbstverständlich bleibt der Ortsverein das Kernstück unserer Arbeit vor Ort. Was ist aber, wenn sich ein Ortsverein auflöst oder bestimmte Zielgruppen nicht erreicht? Wie können wir das auffangen, welche Alternativen gibt es? Über solche Dinge denken wir intensiv in dem Programm nach. Deshalb bin ich und das gesamte Präsidium überzeugt, dass wir diesen Weg weitergehen müssen. Ich kann schon jetzt voller Stolz sagen, dass viele Gliederungen dabei sind. Ideen werden bereits umgesetzt, und wer mit ihnen spricht, der spürt, da tut sich was. Und natürlich muss auch vor Ort Geld in die Hand genommen werden, keine Frage.

Es geht um eine AWO der gleichen Geschwindigkeit, es geht um eine Symbiose von Ehrenamt und Hauptamt.

Ich bin sicher, wir machen mit diesem Programm etwas sehr Richtiges und Alternativloses. Und was wäre die Alternative gewesen für die AWO in zwanzig Jahren?

Ein reines, von mir aus wertebundenes Unternehmen mit dem Geburtsjahr 1919. Eine effiziente, dynamische und den Rahmenbedingungen angepasste Organisation, die keinen Satz mehr spricht, ohne quantitativ seine Wirkung, seine Innovation und seine Gewinne zu erwähnen, dabei aber die

sozialpolitische Dimension vernachlässigt. Ich bin sicher, das würden wir schaffen, aber das, liebe Freund*innen der AWO, das wäre nicht die Entwicklung gewesen, die wir uns vorgestellt hätten und mit der wir in unser 100-jähriges Gründungsjahr gehen wollen.

Und lasst mich noch eines ergänzen: Sieben Jahre ist es her, dass ich ins »politische« Berlin gekommen bin. Und eines habe ich gelernt und immer wieder gespürt: Wir als AWO werden gehört, aber wir sollten nicht eine Sekunde dem Gedanken anheimfallen, dass wir auch nur eine Minute bei Merkels Flüchtlingsgipfel sitzen würden oder im Arbeitsministerium angehört würden oder Manuela Schwesig auch nur überlegen würde, zu unseren Veranstaltungen zu erscheinen, wenn nicht neben unseren erfolgreichen Unternehmen ein Mitgliederverband stehen würde. Denn mit unserem Ehrenamt, mit unserer Lobbyarbeit und mit dem Potenzial, das wir wenn nötig mobilisieren können im ganzen Land, verschaffen wir uns Gehör. Dienstleistungen alleine, da müssen wir uns gerademachen, das können viele.

Und damit rede ich nicht unsere Arbeit unserer Unternehmen klein, keinesfalls. Das will ich deutlich sagen.

Es geht um eine AWO der gleichen Geschwindigkeit, es geht um eine Symbiose von Ehrenamt und Hauptamt. Diese Symbiose zwischen Ehrenamt und Hauptamt haben wir auch in unserer fachlichen Arbeit in der jüngsten Zeit immer weiter vorantreiben wollen.

Die Symbiose zwischen Haupt- und Ehrenamt ist unsere Stärke

Wenn ich auf das Thema Ehren- und Hauptamt komme, muss man vor dem Hintergrund des zurückliegenden Jahres auf die Migrations- und Flüchtlingsarbeit zu sprechen kommen. Diese Arbeit steht natürlich nur beispielhaft für die zahlreichen anderen Arbeitsfelder der AWO. Doch besonders hier kann ich mit Stolz sagen, dass wir mit unseren Positionen und mit unserer Arbeit auf der richtigen Seite standen und stehen: auf der Seite der Solidarität, liebe Freundinnen und Freunde der AWO. Denn hier ist die AWO zu Hause.

Wir haben letztes Jahr im September schnell reagiert und haben versucht, durch ein Flüchtlingstreffen in Berlin dem enormen Anlauf auf unsere Beratungsstellen und unsere Unterkünfte gerecht zu werden. Wir haben mit einer Projektgruppe im Bundesverband

und mit der Berufung von Landeskoordinator*innen aus dem gesamten Verband zusätzlich Ressourcen in Bewegung gesetzt. Ohne den enormen zusätzlichen Kraftakt, den wir als gesamter Verband in Bewegung gesetzt haben, hätten wir es nicht geschafft. Auch das ist etwas, worauf wir stolz sein können.

Unsere Zukunft liegt in unseren Händen. Also, packen wir es an!

In dieser Zeit hat sich aber noch etwas gezeigt: unsere Haltung. Wir haben wo es nur ging immer wieder gesagt, dass es keine extra Soziale Arbeit für Geflüchtete geben kann. Es gibt keine Menschen erster und zweiter Klasse, und so kann es für uns keine Alternative geben zu einer Integration aller Geflüchteten in unsere Regeleinrichtungen. Dass diese Position nie zur Debatte stand, auch das macht mich stolz, Teil dieses Verbandes zu sein, liebe Freundinnen und Freunde der AWO.

Ich habe an vielen Orten im Verband gesehen, wie wir Ehrenamtliche in unsere Arbeit mit Geflüchteten eingebunden haben. Beispielsweise: An über 60 Standorten wurden Ehrenamtliche, die Flüchtlinge unterstützen, begleitet und stabile Strukturen etabliert. An vielen Stellen im Verband hat also auch das Ehrenamt in der Flüchtlingsarbeit aktiv mitgeholfen, aber an anderer Stelle waren wir doch verhältnismäßig langsam.

Es hat sich in dieser Zeit aus meiner Sicht aber auch gezeigt, dass in manchen übergeordneten Zielsetzungen unsere Unternehmen deutlich weiter sind als der Verband. Das Thema Interkulturelle Öffnung zählt zweifellos dazu. Während wir in unseren Einrichtungen das Thema in den letzten Jahren fest verankert haben, muss man deutlich ansprechen, dass unser Verband sich hier noch weiter öffnen muss.

Wer sagt, dass nicht später einmal die Menschen, die 2016 in unseren Einrichtungen der Flüchtlingshilfe waren, in ein paar Jahren einen Vorsitz in einem Ortsverein haben? Mich jedenfalls, mich würde es freuen.

Ich habe zu Beginn gesagt, dass ich glaube, dass infolge der Magdeburger Beschlüsse die AWO zu sehr den Blick auf das Unternehmen gerichtet hatte. Im Ergebnis nahm eine Entwicklung hier ihren Lauf, die mich heute von einer AWO der zwei Geschwindigkeiten sprechen lässt.

Mir ging und geht es darum, die notwendige Symbiose zwischen beiden Systemen zu betonen, die Hand in Hand erst das ermöglicht, was wir ja auch sind: eine Interessenvertretung. Ich bin überzeugt, dass unsere drei Säulen Unternehmen, Verband und Interessenvertretung nicht nebeneinanderstehen dürfen, nein, sie müssen miteinander »leben«.

Für eine AWO der einen Geschwindigkeit

In dieser Überzeugung habe ich in den zurückliegenden sieben Jahren versucht – gemeinsam mit Euch –, sowohl in der fachlichen Arbeit als auch in der Verbandsarbeit alle Bereiche der AWO zu stärken. Mit unserem Projekt zur Stärkung des Mitgliederverbandes sind wir auf dem richtigen Weg. Ich bin überzeugt, wir werden wieder eine AWO der einen Geschwindigkeit aufbauen und damit am Ende auch das Ziel der Magdeburger Beschlüsse erreichen: die Arbeiterwohlfahrt zu einen. Und wenn mich jemand fragt, ob wir das wirklich schaffen, dann lautet meine klare Antwort, ohne zu zögern: »Ja«. Denn eines ist klar: Unsere Zukunft liegt in unseren Händen. Also, packen wir es an! Ich freu mich drauf.

Axel Heiner Dabitz, Richard Skribelka und Johannes Schemann Bericht der Verbands- revisoren

Unsere Aufgabe als Verbandsrevisoren der AWO ist es, auf der Grundlage der Satzung und des Verbandsstatuts sowie der Beschlüsse von Organen die Führung der Geschäfte, das Rechnungswesen sowie die wirtschaftlichen Verhältnisse zu überprüfen. Dabei können wir uns auf die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfung, die Berichte der Innenrevision und die Berichte anderer Prüfinstanzen oder Aufsichtsorgane stützen.

Wir haben an den Sitzungen des Bundesausschusses, des Präsidiums, des Fachausschusses Finanzen sowie an den Jahresabschlussgesprächen mit den Wirtschaftsprüfern teilgenommen.

Für den Berichtszeitraum 2012 bis 2015 können wir Folgendes feststellen:

Jahresabschlüsse 2012 bis 2015

Die Jahresabschlüsse für den Bundesverband e. V. sowie die denen zugrundeliegende Buchführung und die jeweiligen Lageberichte wurden von der CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfungen haben für alle Geschäftsjahre des Berichtszeitraums zu keinen Einwendungen geführt – nach Beurteilung der Wirtschaftsprüfer entsprechen alle Jahresabschlüsse den gesetzlichen Vorschriften. Außerdem heißt es stets, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Verbandes geordnet sind – die Liquiditätslage war und ist solide.

Die Berichte wurden von den Wirtschaftsprüfern in den Präsidiumssitzungen und vorab im Fachausschuss Finanzen erläutert – jedwede Frage wurde zufriedenstellend beantwortet. Für alle Geschäftsjahre wurde von den Wirtschaftsprüfern ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt. Die Lageberichte stehen – so die Wirtschaftsprüfer weiter – in Einklang mit den Jahresabschlüssen; sie vermitteln insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellen die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berichte über die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz (HGrG)

Die CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat sich auch mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach § 53 HGrG befasst. Gegenstand einer solchen Prüfung ist, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, das heißt mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und der Geschäftsanweisung für die gesetzlichen Vertreter, geführt worden sind.

Die dazu erstellten Berichte wurden eingehend erörtert. Wir Verbandsrevisoren begleiten – soweit erforderlich – die Umsetzung der von den Wirtschaftsprüfern erfolgten Anregungen vor allem im Bereich »Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen« sowie im Bereich »Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling«. Manchmal haben wir an der Umsetzung auch selbst unmittelbar mitgewirkt – so an der systematischen Erfassung der mietvertraglichen Verhandlungsergebnisse und Vereinbarungen des Bundesverbandes gerade zu Beginn des Berichtszeitraums 2012 und 2013 – ebenso an der Erarbeitung eines Entwurfs einer Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung.

Innenrevision

Wir Verbandsrevisoren gehören nicht zur Innenrevision – wir sind unabhängig, an Weisungen nicht gebunden und allein der Mitgliederversammlung, also der Bundeskonferenz bzw. dem Bundesausschuss, gegenüber verantwortlich. Die Innenrevision fällt in den Verantwortungsbereich des Vorstands.

Die CURACON GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hält wegen der Größe des Bundesverbandes mit um die 120 Vollkräften eine separate Stelle für eine interne Revision grundsätzlich für nicht erforderlich. Eine Vergabe von Prüfungsaufgaben im Einzelfall sei ausreichend – angesichts der Umsätze und der Komplexität der Geschäftsvorfälle sei ein Prüfungsumfang von ca. 40 bis 80 Stunden an drei Terminen pro Jahr angemessen. Die Themenbereiche einer internen Revision werden im Fachausschuss Finanzen einvernehmlich festgelegt – für 2016 sind Schwerpunktthemen die »ZMAV« und das »Fördermittelmanagement«.

Interne Revision kann aus unserer Sicht als Verbandsrevisoren Prüfung bedeuten, aber auch als begleitende Beratung geschehen – und gerade eine solche begleitende Beratung empfiehlt sich

aus unserer Sicht zum »Fördermittelmanagement« und so hat es der Fachausschuss Finanzen auch beschlossen.

Beschlusskontrolle

Es wird in jeder Präsidiumssitzung eine Beschlusskontrolle vorgenommen – so ist gewährleistet, dass die Beschlüsse der Bundeskonferenz und des Bundesausschusses beachtet und ausgeführt werden.

Bundesjugendwerk

Satzungsgemäß sind wir Verbandsrevisoren verpflichtet, die Prüfung des Bundesjugendwerks mit dessen Revisorinnen und Revisoren durchzuführen. Uns lagen die Berichte der Revisorinnen und Revisoren des Bundesjugendwerks für die Geschäftsjahre 2012 bis 2015 vor – und zwar die Gesamtberichte zu den Jahresabschlüssen 2012/2013 und 2014/2015. Diese Berichte waren eingehend, in sich schlüssig und enthielten auch – soweit erforderlich – kritische Empfehlungen der Revision an den Vorstand des Bundesjugendwerks. Aus unserer Sicht bestand damit kein Anlass für eine darüber hinausgehende Prüfung der Geschäftsjahre 2012 bis 2015.

Daneben haben wir das Bundesjugendwerk bei der Erarbeitung des Entwurfs einer Revisionsordnung begleitet – wir waren in die Diskussion hierüber mit einbezogen.

Stellungnahmen und Mitarbeit in sonstigen Bereichen

Neben unserer originären Aufgabe als Verbandsrevisoren haben wir Stellungnahmen erarbeitet – und zwar zu folgenden Themen:

- Mietvertragliche Verpflichtungen des Bundesverbands
- Satzung AWO Bundesverband
- Checkliste zur Umsetzung von Nummer 13 des Statuts (Fassung 9.11.2014) in den Satzungen der AWO Kreis-, Bezirks- und Landesverbände

Außerdem konnten wir uns

- in die Satzungskommission zur Vorbereitung der Bundessonderkonferenz 2014 und
- im Fachausschuss Verbandspolitik einbringen.

Und – das möchten wir, Axel Heiner Dabitz und Richard Skribelka, erwähnen:

Unser Kollege Johannes Schemann ist mit außerordentlichem Engagement als Revisor beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Frankfurt am Main tätig gewesen.

Zusammenarbeit

Wir Verbandsrevisoren sind bei unserer Arbeit stets auf große Hilfsbereitschaft gestoßen – eine zeitnahe Umsetzung unserer Bitten war selbstverständlich – dafür möchten wir ausdrücklich vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Büro des Vorstands danken.

Die Arbeit mit dem Vorstand war immer zielorientiert. Die Atmosphäre war ohne jedwede Einschränkung vertrauensvoll – zu nennen sei in diesem Zusammenhang insbesondere Wolfgang Stadler als verlässlicher Ansprechpartner.

Die Arbeit im Präsidium war stets kollegial. Wir konnten uns engagiert beteiligen und jederzeit Stellung beziehen – das haben wir auch getan. Besten Dank vor allem an Wilhelm Schmidt.

Fazit

Wir Verbandsrevisoren regen an, die Bundeskonferenz möge beschließen, dem auf der Bundeskonferenz 2012 gewählten Präsidium für die Jahre 2012 bis 2015 uneingeschränkt Entlastung zu erteilen.

Manfred Klaßen

Bericht des Bundesschiedsgerichtes

Das Schiedsgericht wurde am 24.11.2012 gewählt. Es wurden folgende Personen in das Schiedsgericht gewählt:

- Manfred Klaßen
- Werner Sosalla
- Dr. Dieter Wiefelspütz
- Kaspar Apfelböck
- Heinz-Theo Tholen

Die konstituierende Sitzung des Schiedsgerichts fand am 26.02.2013 in Frankfurt/Main statt. In dieser Sitzung wurde eine Geschäftsordnung beschlossen und das Schiedsgericht in zwei Kammern aufgeteilt. Vorsitzende der Kammern wurden jeweils der Vorsitzende des Schiedsgerichts, RA Manfred Klaßen, und sein Stellvertreter, RA Werner Sosalla.

Zum Zeitpunkt der Konstituierung waren noch fünf Verfahren anhängig. Hierbei handelte es sich um Verfahren aus den Jahren 2007 bis 2009.

Leider gab es innerhalb des Schiedsgerichts erhebliche Kommunikationsprobleme, die zu der Situation geführt haben, dass vier Verfahren bis heute nicht förmlich abgeschlossen werden konnten.

Das sich neu zu konstituierende Schiedsgericht wird durch eine geänderte Geschäftsordnung dies für die Zukunft verhindern (müssen).

Die vom bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden des Schiedsgerichts, Manfred Klaßen, in diesem Zeitraum zu entscheidenden sieben Verfahren waren spätestens am 10.01.2010 abgeschlossen.

Zwei neue Verfahren wurden in der Zeit von 2012 bis 2016 anhängig.

Weitere Verfahren sind nicht hinzugekommen.



Das AWO-Herz wurde in letzter Zeit von Rechtsradikalen missbraucht. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir setzen etwas dagegen. Ein offenes Herz kennt keinen Rassismus!

Christoph Götz und Anna Pfeiffer **Bericht des Bundesjugendwerkes**

Liebe Freund*innen, wir freuen uns, heute hier zu sein. Wir sind Anna Pfeiffer aus dem Bezirksjugendwerk Niederrhein und Christoph Götz aus dem Landesjugendwerk Brandenburg. Seit Mai diesen Jahres bilden wir die Doppelspitze des Bundesjugendwerks der AWO.

Gerne berichten wir Euch über ausgewählte Schwerpunkte unserer Arbeit in den letzten vier Jahren. Wir wollen Euch in einem kurzweiligen Bericht die vielfältigen Aktivitäten unseres Verbandes sowie die positive Zusammenarbeit mit unserem Mutterverband, der AWO, darstellen.

Was wir als Bundesjugendwerk und unsere Mitgliedsorganisationen in den letzten vier Jahren veranstaltet haben, kann jede*r sehr gut auf unserer Homepage

oder unserer Facebook-Seite »Jugendwerk der AWO« nachvollziehen. Viele von Euch konnten unsere Arbeit in den Gremien wie dem Bundesausschuss, dem Präsidium der Geschäftsführer*innenkonferenz in den letzten Jahren verfolgen und begleiten.

Vier Jahre sind vergangen seit der letzten Bundeskonferenz der AWO. Vier Jahre, in denen viel passiert ist. In denen wir gemeinsam viel bewegt haben. Für einen ersten Eindruck haben wir Euch zwei kurze Filme mitgebracht, die in den letzten Jahren entstanden sind. Den ersten habt Ihr bereits gesehen. Der zweite kommt jetzt.

Wir haben mit verschiedenen Imagefilmen und einer neuen Homepage die öffentliche Wahrnehmung des Jugendwerkes weiter gestärkt.

Darüber hinaus ist eine unserer wichtigsten Aufgaben die Beratung der Landes- und Bezirksjugendwerke im Bereich der Verbandsentwicklung, bei Rechtsfragen, der Qualitätsentwicklung und der Gründung von neuen Jugendwerken.

Auch fungieren wir als Zentralstelle für die internationale Jugendarbeit. Wir freuen uns, in diesem Bereich einen gemeinsamen Antrag mit dem AWO Bundesverband auf den Weg gebracht zu haben. Die Bundestreffen, die wir alle zwei Jahre abhalten, wachsen und sind ein großer Erfolg. Im Jahr 2015 haben wir zusammen mit dem Landesjugendwerk Baden-Württemberg das Bundestreffen am Bodensee abgehalten mit ca. 450 jungen Menschen. Das nächste Bundestreffen 2017 findet im wunderschönen Bezirksjugendwerk Ostwestfalen-Lippe statt.

Auf Bundesebene merken wir besonders, dass sich etwas in dem gemeinsamen Umgang miteinander getan hat.

Die Qualitätsentwicklung im Bereich der Ferienfahrten war auch in den letzten vier Jahren ein wichtiger Schwerpunkt unserer Arbeit. Wir haben dazu einen Antrag eingebracht, der hier morgen verhandelt wird. Auch dies wiederum mit dem Präsidium der Arbeiterwohlfahrt gemeinsam. Wir haben uns im Bundesforum Kinder und Jugendreisen sehr stark eingebracht und unsere innerverbandliche Fach- und Planungstagung Ferienfahrten ausgebaut. Insgesamt konnten wir unsere Arbeit in den letzten Jahren weiter professionalisieren.

Ganz besonders stolz sind wir auf die verbandsübergreifende Gedenkstättenfahrt mit befreundeten Verbänden wie den Falken und der DGB-Jugend mit rund 1.000 jungen Menschen zur 70-jährigen Befreiung von Auschwitz im Jahr 2015. Wir konnten daran mit vielen aktiven Jugendwerker*innen vor Ort teilnehmen. Für uns bleibt der Titel dieser Kooperation handlungsleitend: »Dass Auschwitz nie wieder sei«.

Die wohl wichtigste Veranstaltung in den letzten vier Jahren war die erste gemeinsame Konferenz zwischen unseren beiden Verbänden im Jahre 2014. Vieles wurde dort angestoßen, und ein stärkeres Miteinander ist seitdem deutlich spürbar.

Besonders wichtig ist uns die Doppelmitgliedschaft. Es ist und bleibt ein Zukunftsprojekt, an dem wir, Jugendwerk und AWO, weiter gemeinsam aktiv arbeiten müssen. Wir wollen, dass viele Jugendwerker*innen nach ihrer Zeit im Jugendwerk eine Heimat für ihr Engagement in der AWO finden.

Mit großartiger Unterstützung der AWO konnten wir neue Jugendwerke gründen. Sachsen ist nun kein weißer Fleck mehr auf der Jugendwerks-Landkarte! In Dresden und in der Lausitz wurden Kreisjugendwerke gegründet. Damit sind wir nun in allen Bundesländern vertreten. Vielen Dank an den Landesverband der AWO Sachsen, der daran einen großen Anteil hat.

Auf Bundesebene merken wir besonders, dass sich etwas in dem gemeinsamen Umgang miteinander getan hat. Die Zusammenarbeit ist zu einer Selbstverständlichkeit geworden. Oder anders formuliert: Das Jugendwerk wird mitgedacht. Und wir denken an die AWO.

Unsere gute Zusammenarbeit hat sich insbesondere bei der Sozialkonferenz im März diesen Jahres gezeigt, wo wir gemeinsam über das neue Grundsatzprogramm der AWO diskutiert haben. Viele AWO-Gliederungen sind der Aufforderung von Bundesebene gefolgt und haben Jugendwerker*innen aus ihren Gliederungen mitgebracht. Das Ergebnis war eine lebhaft und fruchtbare Debatte auf Augenhöhe. Damit Ereignisse wie diese sich möglichst oft wiederholen, haben wir den Antrag »Quote junger Menschen in allen AWO-Gremien« eingebracht. Unsere Forderungen sind hoch angesetzt, aber wir wollen damit keinesfalls jemanden vor den Kopf stoßen, sondern auf den Missstand aufmerksam machen, dass nur 5 Prozent aller Mitglieder der AWO unter 30 Jahre alt sind! Wir verstehen die Arbeiterwohlfahrt



Aktion des Bundesjugendwerkes »Ein offenes Herz kennt keinen Rassismus«.

als Wohlfahrtsverband, der die Gesellschaft abbildet. Der Verbandsentwicklungsprozess, der angestoßen wurde, ist ein wichtiger und richtiger Schritt, der uns alle neben den finanziellen Mitteln auch viel Zeit und Kraft kostet. Aber wenn die AWO zukunftsfähig bleiben will, muss sie sich für die Zukunft öffnen. Dies kann nur gelingen, wenn offensiver junge Menschen angesprochen und für ein Engagement im Verband gewonnen werden können.

An dieser Stelle möchte ich allen AWO-Gliederungen danken, die auch zu diesem höchsten Gremium unseres Mutterverbandes Delegiertenplätze mit Jugendwerker*innen besetzt haben. Doch ich möchte auch erwähnen, dass dies nicht überall geklappt hat. Zum Teil, weil es einfach vergessen wurde, aber auch weil das Jugendwerk vereinzelt keine Delegierten stellen konnte. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Wir merken deutlich, wir sind zwar zwei Verbände, aber eine Bewegung, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir schauen auf vier Jahre zurück, die vieles in unserer Gesellschaft verändert haben. Und wir machen uns Sorgen, dass die Gesellschaft sich in eine Richtung entwickelt, die nicht unseren Werten entspricht.

Es ist wichtiger denn je, dass wir als Jugendverband bzw. Wohlfahrtsverband für alle Menschen in unserer Gesellschaft da sind und uns für sie einsetzen. Egal wie alt ein Mensch ist, welcher Konfession er sich zugehörig fühlt oder wie lange dieser Mensch schon in Deutschland wohnt. Insofern stimmen wir dem Motto der Veranstaltung heute »Solidarität für alle.« voll und ganz zu. In den letzten Jahren haben wir uns zweien unserer traditionellen Themen wieder stärker widmen müssen. Dem Kampf gegen rechts und eng damit verbunden dem »Willkommenheißen« Geflüchteter. Deutlich

wird dieser Eindruck, wenn Jugendwerker*innen Woche für Woche in vielen Städten auf die Straße gehen, um gegen Menschenfeinde zu demonstrieren.

Für die jungen Menschen auf der Bundeskonferenz des Jugendwerkes war im Mai diesen Jahres klar, dass Menschenfeinde, die für Ausgrenzung, Rassenhass und Hetze gegen Hilfsbedürftige stehen, keinen Platz in unserem Verband haben.

Deswegen haben wir auch in diese Buko die Resolution »Keine Menschenfeinde in der AWO« eingebracht, um die klare politische Haltung der Arbeiterwohlfahrt weiter zu untermauern. Gerade in unserer aktuellen politischen Lage muss die Solidarität mit Geflüchteten und die Integration in den Verband ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit sein. Wir sind kein Fähnchen im Wind! Wir zeigen Flagge gegen rechts. Hetzer*innen und Rassist*innen werden wir niemals das Feld überlassen. Bei uns ist Ausgrenzung kein Thema. Mit großer Beteiligung fand Anfang 2016 unsere erste Geflüchteten-Konferenz in Kooperation mit dem Landesjugendwerk Berlin statt. Das Fazit ist klar: In den Jugendwerken werden Menschen mit Fluchterfahrung aktiv eingebunden.

Dies zeigt sich beispielsweise, wenn im Bezirksjugendwerk Württemberg Menschen, die erst vor kurzer Zeit nach Deutschland geflohen sind, in den Vorstand gewählt werden oder wenn junge Geflüchtete im Landesjugendwerk Saarland zu Teamer*innen ausgebildet werden und Ferienfahren mit betreuen. Solidarität ist für uns nicht nur irgendein Wert, sondern gelebte Praxis.

Zum Schluss haben wir noch ein Geschenk mitgebracht, wie es sich in einer Familie gehört. Das AWO-Herz wurde in letzter Zeit von Rechtsradikalen missbraucht. Das lassen wir uns nicht gefallen. Wir setzen etwas dagegen. Ein offenes Herz kennt keinen Rassismus.

Dies ist als Ergänzung zu den bestehenden großartigen Aktionen wie »AWO gegen Rassismus« und politischem Handeln gedacht.

Kommt an unseren Stand zum Austauschen, um Fotos mit dem Slogan zu machen, und gerne würden wir hiermit in allen Einrichtungen zeigen, dass ein offenes Herz keinen Rassismus kennt. Denn Eure Arbeit gegen Rassismus ist auch unsere Arbeit. Euer Kampf ist auch unser Kampf. Lasst uns gemeinsam auch in den kommenden Jahren weiterhin eng zusammenarbeiten. In diesem Sinne: Glück auf!



In unserem Verband lebt die Überzeugung, dass, egal ob der eine jung, der andere alt ist, die eine studiert oder die andere gelernt hat, der eine neu oder die andere schon über 40 Jahre Mitglied der AWO ist, wir zuhören und auf Augenhöhe miteinander diskutieren.



Wilhelm Schmidt **Bericht über den** **Bearbeitungsstand des** **»Grundsatzprogrammes«**

Liebe Freundinnen und Freunde,
 ich möchte nun vom Prozess zum neuen Grund-
 satzprogramm berichten. Lasst mich, bevor ich
 zu den einzelnen vergangenen und geplanten
 Aktionen komme, ein paar Worte verlieren, die mir
 wichtig sind:

Ich erinnere mich noch gut, wie wir vor vier Jahren
 den Beschluss zur »Überarbeitung des neuen
 Grundsatzprogramms« gefasst haben. Und ich
 selbst kenne all die Vorbehalte, die gegenüber
 einem solchen Prozess gehegt werden.

Aber, liebe Freunde der AWO, ich bin heute noch
 überzeugter als vor vier Jahren, dass wir diesen
 Prozess mit aller Kraft gemeinsam weitergehen
 müssen. So ein Diskussionsprozess bringt ja alles
 mit sich: Freude und Frust, Einsichten und Wider-

sprüche, Klarheit und Kontroversen. Wir in der AWO, das habe ich immer erlebt und erlebe ich auch heute so, sind dabei von einer besonderen Haltung getragen:

In unserem Verband lebt die Überzeugung, dass, egal ob der eine jung, der andere alt ist, die eine studiert oder die andere gelernt hat, der eine neu oder die andere schon über 40 Jahre Mitglied der AWO ist, wir zuhören und auf Augenhöhe miteinander diskutieren. Darauf, liebe Freunde, darauf können wir auch stolz sein!

Ich weise auch deshalb so deutlich an dieser Stelle darauf hin, weil wir in politischen Diskussionen und Debatten immer mehr erleben müssen, wie die Freude an der Debatte mehr und mehr einer Freude an der Verschmähung des Gegenübers weicht. Ich kenne es eigentlich so, dass im Respekt des Gegenübers, im Zuhören, im Abwägen und auch am Ende darin, sich überzeugen lassen zu können, der Kern besteht. Was wir heute jedoch draußen im Land mehr und mehr erleben, sind Beleidigungen, Denunzierungen und einen Unwillen zum Kompromiss. Das tut auf Dauer einer Gesellschaft nicht gut.

Liebe Freundinnen und Freunde,
was hat das mit unserem Prozess zum neuen Grundsatzprogramm zu tun?

Ich bin überzeugt, dass wir, auch was die Kultur der politischen Debatte in diesem Land betrifft, eine Verantwortung tragen. Die Debatte auf Augenhöhe muss Räume finden und sie braucht Bürgerinnen und Bürger, die sie vorleben und die sie auch vermitteln.

Und genau darauf kommt es uns immer wieder an, wenn wir in der Grundsatzkommission darüber sprechen, wie wir das neue Programm erarbeiten wollen.

Wir möchten im Verband Räume für inhaltliche Auseinandersetzungen schaffen, die alles auf den Tisch legen, was in einer solchen Phase gesagt werden sollte. Wir wollen Debatten führen, die uns voranbringen; die unsere Fachlichkeit und unsere Grundwerte widerspiegeln und die am Ende eben auch eine Strahlkraft und ein Vorbild sein können für die politische Kultur da draußen.

Liebe Freundinnen und Freunde,
damit komme ich zur konkreten Ausgestaltung: Wir haben wie im Beschluss der Bundeskonferenz 2012 die Grundsatzkommission so zusammengesetzt, dass sich die unterschiedlichen Bereiche der AWO

wiederfinden: Geschäftsführerinnen sind genauso dabei wie Mitglieder der Fachausschüsse, aber auch das ZFF und AWO International sind mit an Bord. Das war uns wichtig, denn so stellen wir fortlaufend auch in der Kommission sicher, dass alle Bereiche vertreten sind.

Bereits auf unserer ersten Sitzung im Herbst 2014 hatten wir einen Zeitplan aufgestellt. Und diesen Zeitplan haben wir vom Ende her gedacht. Wir alle wissen, dass wir nun mit großen Schritten auf unser hundertjähriges Jubiläum zugehen, und unser Ziel ist es, dass wir im Rahmen der Festlichkeiten im Jahr 2019 das neue Grundsatzprogramm verabschieden. Damit wollen wir verdeutlichen, dass wir nicht nur die Vergangenheit wertschätzen und aus ihr Stärke ziehen, sondern wir auch Visionen für die Zukunft haben, die uns tragen. Aus dieser Überlegung heraus ist folgender Zeitplan entstanden, der hier nur in seinen Grundzügen dargestellt werden kann:

2015
Arbeit in den Gremien der Arbeiterwohlfahrt

2016
7. Sozialkonferenz

2017
Fachkonferenz
Regionalkonferenzen in Berlin

2018
Regionalkonferenzen

2019
Antragsphase
Verabschiedung

Im Jahr 2015 haben wir in den Gremien der Arbeiterwohlfahrt angefangen, fachlich und auch über die Grundwerte der AWO zu diskutieren. Im gesamten Jahr 2015 wurde zusammen in fast 60 Sitzungen das Thema Grundsatzprogramm aufgerufen. Aufgrund unserer kontinuierlichen fachlichen Arbeit in den Gremien konnten wir vor allem die fachlichen Kapitel schnell auf den neuesten Stand bringen. Wichtig ist mir dabei, zu benennen, dass wir bereits hier von Themen wie »Alter und Altern« bis hin zum Thema »Menschen mit Behinderungen« offen diskutiert haben. In all den Diskussionen sind neben den fachlichen Themen immer wieder über-

geordnete Themen zur Sprache gekommen. Diese Themen haben wir dann in der Grundsatzkommission diskutiert und sie spielen neben den fachlichen Themen auch eine gewichtige Rolle.

Ich bin überzeugt, dann werden wir 2019 ein neues Grundsatzprogramm haben, das Strahlkraft besitzt; hinein in den Verband UND hinaus über die Grenzen des Verbandes.

Das sind zum einen unsere Grundwerte, aber auch die Frage, wie wir uns als Verband weiterentwickeln wollen, welche Vision wir für eine Gesellschaft von morgen haben und wie wir fachübergreifend in allen Bereichen dem Menschen begegnen wollen.

Diese übergeordneten Themen haben wir im Februar 2016 auf der 7. Sozialkonferenz – viele von Euch waren dabei – diskutiert. Ich denke, dass diese Konferenz sinnbildlich für das Potenzial in der AWO steht. Mitglieder aus der Grundsatzkommission haben hier in kleinen Gruppen mit allen Teilnehmer*innen diskutiert. Die Ideen wurden aufgenommen und in der Folge die Kapitel überarbeitet. Dabei will ich eines herausheben: Das Jugendwerk war zahlreich auf der Sozialkonferenz vertreten, und ich denke, das hat gutgetan, und diesen Weg werden wir weitergehen. Stellvertretend sei dafür an dieser Stelle Christoph Götz gedankt, der Mitglied unserer Kommission ist und somit auch der verlängerte Arm in das Jugendwerk. Vielen Dank, Christoph.

Besonders wichtig ist, was nun ansteht: Wir werden im Sommer 2017 eine Fachveranstaltung in Berlin machen, wo wir mit befreundeten Organisationen wie Gewerkschaften, den Naturfreunden oder aber der SPD über den aktuellen Stand des Programms diskutieren.

Was wollen wir damit erreichen? Zwei Dinge: Zum einen wollen wir auch diesen Organisationen zeigen, was in uns steckt und wie breit wir aufgestellt sind. Zum anderen wollen wir auch erfahren, ob wir mit dem aktuellen Stand all das beachten haben, was die Fachwelt von uns erwartet.

Viel wichtiger ist uns jedoch, was danach folgt: die Regionalkonferenzen. Wir werden wie im Vorfeld der Buko 2012 in Nord, Süd, Ost und West

gemeinsam mit Euch Regionalkonferenzen auf die Beine stellen. Hier nehmen wir uns wie auf der Sozialkonferenz in Koblenz die Zeit und den Raum, um zu diskutieren. Und wir ermuntern Euch, zu diesen Regionalkonferenzen auch Interessierte einzuladen. Leute in Eurem Umfeld, die die Lebendigkeit unseres Verbandes kennenlernen sollen und die so auch an uns gebunden werden.

Wichtig ist uns, dass wir mit der Internetseite zum Grundsatzprogramm höchstmögliche Transparenz geschaffen haben. Ihr findet den genauen Verweis auch in den Unterlagen, in unserem Bericht. Auf dieser Internetseite könnt ihr auch Kommentare hinterlassen.

Das bietet jedem Ortsverein, jedem Kreisverband und jedem Bezirks- und Landesverband die Chance, vor Ort selbst über unsere Grundwerte oder Fachthemen zu sprechen. Sei es mit Engagierten, mit Mitgliedern, mit Mitarbeitenden. Denn klar ist auch eines: Dieser Prozess bietet viele Chancen, aber damit vor Ort aus dem Programm und aus der Debatte eine Bewegung wird, dafür brauchen wir Euch. Also, kommt auf uns zu, sprecht uns an, wenn Ihr Fragen habt. Lasst uns gemeinsam die Chance nutzen.

Wir sind als Grundsatzkommission überzeugt, dass uns die Entscheidung, das Programm im Jubiläumsjahr zu verabschieden, die Möglichkeit bietet, vor Ort Veranstaltungen durchzuführen und mitzudiskutieren.

Ich denke, dass wir mit diesem Prozess genau das erreichen können, was ich anfangs angesprochen habe und was insgesamt mehr und mehr verloren zu gehen droht: die sachliche Debatte, das gegenseitige Zuhören und dann auch die Bereitschaft zum Kompromiss.

Gelingt uns das, und davon bin ich überzeugt, dann werden wir 2019 ein neues Grundsatzprogramm haben, das Strahlkraft besitzt; hinein in den Verband UND hinaus über die Grenzen des Verbandes.

Zum Schluss gebührt mein Dank den Mitgliedern der Grundsatzkommission, die sich trotz eng gefasster Terminkalender immer wieder die Zeit nehmen, um zu formulieren und zu diskutieren. Vielen Dank Euch!

In diesem Sinne: Lasst uns gemeinsam weiter diskutieren. Glück auf!



Wir haben uns
bereits auf den Weg gemacht.

Michael Scheffler Vorsitzender der Historischen Kommission der AWO, Bericht »100 Jahre AWO 2019«

Liebe Freundinnen und Freunde,
sehr geehrter Herr Professor Dr. Mittag,
sehr geehrte Gäste,

die historische Arbeit auf der Bundesebene hat sich seit der letzten Bundeskonferenz intensiviert. Die Historische Kommission hat im Berichtszeitraum 2012–2016 zahlreiche Impulse zur historischen Arbeit in der Arbeiterwohlfahrt gegeben. Sie initiierte Veranstaltungen wie die 2. Historische Konferenz mit dem Titel »Werkstattkonferenz – Vermittlung von Ansätzen und Methoden der historischen Arbeit«, die Kommission plante Seminare, Gedenkveranstal-

tungen und war intensiv an der Vorbereitung der 6. AWO-Sozialkonferenz mit dem Thema »Vom Frauenwahlrecht zur Gleichstellungspolitik« beteiligt. Weiterhin brachte die Kommission viele Impulse in die Feierstunde »25 Jahre AWO-Wiedervereinigung« im vergangenen Jahr ein. Der Bundesverband und die Kommission haben sich intensiv mit der Sicherung und Erschließung der eigenen Archivbestände, insbesondere des Aktenbestandes im Archiv der sozialen Demokratie (AdSD) der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Bonn, befasst. Das Projekt zur Sichtung, Bewertung und Erschließung der Akten in Kooperation mit dem Bonner Archiv wurde fachlich begleitet. Der Prozess wird 2017 abgeschlossen sein. Somit ist ein weiterer Grundstein für die inhaltliche Vorbereitung des Verbandsjubiläums gelegt.

Bezüglich des Jubiläums 2019 haben der Bundesverband und die Historische Kommission diverse Projekte in die Wege geleitet. Im Buko-Antrag »Vorbereitung AWO-Verbandsjubiläum 2019« legen wir als Präsidium dar, dass wir uns bereits jetzt auf den Weg gemacht haben. Wir planen einen zentralen Festakt am 13. Dezember 2019, um den Gründungstag unseres Verbandes würdig zu feiern.

Zeitgleich möchten wir Euch ermuntern, vor Ort aktiv zu werden und eigene, dezentrale Aktivitäten und Projekte unter das Motto des Jubiläumsjahres zu stellen. Deshalb haben wir die »Ideensammlung für das AWO-Verbandsjubiläum vor Ort« entworfen, die wir auf der Internetseite zur Bundeskonferenz bereits zur Verfügung gestellt haben.

Zu einem späteren Zeitpunkt werden wir die Ideensammlung in einer gelayouteten digitalen Broschüre – versehen mit dem Motto für das Jubiläumsjahr 2019 – veröffentlichen. Mit dem Hinweis auf einen weiteren Meilenstein des Verbandsjubiläums möchte ich schließen.

In Kooperation mit Professor Dr. Jürgen Mittag und Dr. Philipp Kufferath hat die AWO ein Forschungs- und Buchprojekt zur »Geschichte der Arbeiterwohlfahrt 1919 bis 2019« angestoßen. Ich freue mich sehr, dass beide unsere Bundeskonferenz zum Anlass genommen haben, sich selbst und das Projekt vorzustellen.

Anträge und Beschlüsse

Nummer	Titel	Beschluss
1. Anträge Fachpolitik		
1.1 Sozialpolitik		
1.1.-01	Für mehr soziale Gerechtigkeit	Annahme
1.1.-02	Handelsabkommen transparent, fair und sozial gerecht verhandeln	Annahme
1.1.-03	Inklusion geht alle an, die Umsetzung muss vorangehen – Verankerung von Inklusion in den Organisationsstrukturen der AWO	Annahme
1.1.-04	Mehr soziales Europa wagen!	Annahme
1.1.-05	Schaffung sozialer Gerechtigkeit	Annahme
1.1.-06	Wolfsburger Erklärung	Annahme
1.1.-07	Unser Herz ist die Kraft für soziale Gerechtigkeit!	Annahme
1.1.-08	Armut bekämpfen	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.1.-01
1.1.-09	Weihnachtsbeihilfe	Annahme
1.1.-10	Keine Pauschalierung der Unterkunftskosten im SGB II	Annahme
1.1.-11	Abschaffung des verschärften Sanktionsinstrumentariums des SGB II für Leistungsberechtigte unter 25 Jahren	Annahme
1.1.-12	Wohnraum für alle – Sozialen Wohnungsbau als gemeinnützige Aufgabe verstehen	Annahme
1.1.-13	Resolution »Sozialer Mietwohnungsbau«	Annahme
1.1.-14	Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen gewähren und bürgerschaftliches Engagement stärken	Annahme
1.1.-16	Die Begleitung des digitalen Wandels der Gesellschaft durch die AWO	Annahme
1.1.-17	Sozialdateneigentum	Annahme
1.1.-18	Digitalisierung gestalten und zum Wohle der Menschen nutzen	Annahme und Material zum Antrag 1.1.-16
1.1.-19	Resolution: Kernforderungen der AWO zur Bundestagswahl 2017	Annahme
1.2 Altersarmut und Rentenpolitik		
1.2.-01	Altersarmut muss vermieden werden!	Annahme
1.2.-02	Für ein besseres Rentenniveau	Annahme

Nummer	Titel	Beschluss
1.2.-03	Maßnahmen gegen drohende Altersarmut	Annahme
1.2.-06	Absenkung der Regelaltersgrenzen	Annahme
1.2.-07	Abschaffung der Zwangsverrentung für SGB-II-Bezieher*innen ab dem 63. Lebensjahr	Annahme
1.2.-08	Altersarmut bekämpfen – Absenkung des Rentenniveaus stoppen	Annahme
1.2.-09	Appell zur Entwicklung der Renten	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.2.-02
1.3 Gesundheits- und Behindertenpolitik		
1.3.-01	Arbeit für Menschen mit Behinderungen möglich machen	Annahme
1.3.-02	Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen umsetzen	Annahme
1.3.-03	»Teilhabe ermöglichen, Barrieren abbauen und Gerechtigkeit schaffen – Menschen mit Behinderungen haben Rechte!« Mit Bundesteilhabegesetz gute Rahmenbedingungen für Behindertenhilfe schaffen	Annahme
1.3.-04	Erlangung eines Parkausweises für behinderte Menschen	Annahme
1.3.-05	Finanzierung der Betreuungsvereine kurzfristig absichern	Annahme
1.3.-06	Finanzierung der gesetzlichen Betreuungen	Annahme
1.3.-07	Einführung einer paritätischen und sozialen Kranken- und Pflegeversicherung	Annahme
1.3.-08	Paritätische Finanzierung der Krankenversicherung	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.3.-07
1.3.-09	Gesetzliche Krankenversicherung – Zurück zur echten paritätischen Finanzierung	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.3.-07
1.3.-10	Grundlohnsummenbezug schafft prekäre Arbeit	Annahme
1.3.-11	Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung in ländlichen Regionen	Annahme
1.3.-12	Präventionsgesetz	Annahme
1.3.-13	Familien stärken	Annahme
1.3.-14	Erforderliche optische Hilfen	Annahme
1.4 Altenhilfe- und Pflegepolitik		
1.4.-01	Weiterentwicklung des Pflegesystems	Annahme

Nummer	Titel	Beschluss
1.4.-02	Zukünftige Finanzierung der Pflege in Deutschland	Annahme
1.4.-03	Zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	Annahme
1.4.-04	Gesetz zur Reform der Pflegeberufe	Annahme
1.4.-05	Personalschlüssel in der Pflege neu gestalten	Annahme
1.4.-06	Eine nachhaltige Finanzierung der Pflege	Annahme der Zeilen 3-9
1.4.-07	Personalbemessung in Pflegeeinrichtungen	Annahme
1.4.-08	Die Zukunft der Pflege gestalten – Altenpflegeberufe aufwerten	Annahme
1.4.-10	Dynamisierung der Leistungen in der Pflegeversicherung	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.4.-01
1.4.-11	Einführung einer Bürgerversicherung	Annahme
1.4.-12	Pflegeversicherungsreform – Schnittstellen zwischen Pflege und Eingliederungshilfe klären	Annahme
1.4.-13	Investitionskosten in der Pflege	Annahme
1.4.-14	Finanzierung der stationären Pflege	Annahme
1.4.-15	Einheitliche Vergütungsregelung bei Überleitungs- und Kurzzeitpflege gemäß § 39c SGB V für den stationären Sektor	Annahme
1.4.-16	Finanzierung der Sterbebegleitung	Annahme
1.4.-17	Sterbebegleitung nach dem Hospiz- und Palliativgesetz (HPG)	Annahme
1.4.-19	Weiterentwicklung der Qualitätsdarstellung in der Pflege	Annahme
1.4.-20	Unterstützung für freie Hebammen	Annahme
1.4.-21	Quartiersentwicklung	Annahme
1.5 Arbeitsmarktpolitik		
1.5.-01	Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen	Annahme
1.5.-02	Flüchtlingshilfe: So soll Integration in den Arbeitsmarkt gelingen! Kein gegeneinander Auspielen von Hilfebedürftigen	Annahme
1.5.-03	Für einen sozialen Arbeitsmarkt und öffentlich geförderte Beschäftigung	Annahme
1.5.-04	Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote für Langzeitarbeitslose. Sozialer Arbeitsmarkt stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.5.-03

Nummer	Titel	Beschluss
1.5.-05	Stärkung eines kommunalen Beschäftigungsprogrammes	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.5.-03
1.5.-06	Neue Chance für langzeitarbeitslose Menschen durch bessere Integrationsleistungen	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.5.-03
1.5.-07	Jobcenter	Annahme
1.5.-08	Mehr altersgerechte Arbeit	Annahme
1.5.-09	Empfehlung, die Praxisintegrierte Ausbildung (PiA) von Erzieherinnen und Erziehern bundesweit vor Ort umzusetzen	Annahme
1.6 Bildungspolitik		
1.6.-01	Lebensbegleitendes Lernen unterstützen – Berufs- begleitende Fort- und Weiterbildung stärken	Annahme
1.6.-02	Chancengerechtigkeit durch Bildung – Chancengerechtigkeit in der Bildung	Annahme
1.6.-03	Chancengerechtigkeit im Bildungssystem	Annahme der Zeilen 3–13
1.7 Kinder- und Jugendpolitik		
1.7.-01	Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung – Umsetzung von Kinderrechten innerhalb der Arbeiterwohlfahrt	Annahme
1.7.-02	Demokratie braucht Partizipation – Herausforderungen für Jugendpolitik und Jugendhilfe	Annahme
1.7.-03	Klasse und Masse – wir brauchen mehr und bessere Angebote der Bildung, Betreuung und Erziehung	Annahme
1.7.-04	Kostenfreier Kindergarten	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.7.-03
1.7.-05	Gutes Essen in Kitas	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.7.-03
1.7.-06	Studie zu Auswirkungen der Verlagerung der Betreuungszeiten in Kitas (>24h-Kita<<)	Annahme
1.7.-07	Die Umsetzung des Kompetenzorientierten Qualifizierungshandbuchs für die Kindertagespflege gibt es nicht zum Nulltarif	Annahme
1.7.-08	Änderungsantrag 1.7.-08 – 1.7.-11 Reform des SGB VIII	Annahme
1.7.-09	Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.7.-08
1.7.-10	SGB-VIII-Reform	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.7.-08

Nummer	Titel	Beschluss
1.7.-11	Keine Standardabsenkung der Jugendhilfe / SGB VIII bei Leistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.7.-08
1.7.-12	Informationskampagne über Leistungen des SGB VIII für Flüchtlingskinder	Annahme
1.7.-13	Radikalisierungsprävention im Kinder- und Jugendhilfebereich stärken!	Annahme
1.7.-14	Ganztagsschulen gemeinsam stärken und ihre Qualität sichern	Annahme
1.7.-15	Schulsozialarbeit systematisch ausbauen und professionell organisieren	Annahme
1.7.-16	Schulsozialarbeit muss langfristig abgesichert und ausgebaut werden	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 1.7.-15
1.7.-17	Kinderarmut endlich beseitigen! Ein gutes und gesichertes Aufwachsen für alle Kinder	Annahme
1.7.-18	Kinderarmut bekämpfen – Grundsicherung einführen	Annahme
1.7.-19	Kinderarmut entgegenwirken und Bildungschancen erhöhen	Nichtbefassung, da erledigt durch Anträge 1.7.-03 und 1.7.-17
1.7.-20	Sofortige Abschaffung der Anrechnung des Elterngeldes auf Leistungen des SGB II, SGB XII und Kinderzuschlag nach § 6a BKGG	Annahme
1.7.-21	Internationale Jugendarbeit stärken – AWO fördert die internationale Öffnung der Kinder- und Jugendhilfe	Annahme
1.8 Familienpolitik		
1.8.-01	Familienbildung der Arbeiterwohlfahrt stärken	Annahme
1.8.-02	Zeit für Fürsorge	Annahme
1.8.-03	»Familienarbeitszeit als Modell der Zukunft« Flexible Lösungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf	Annahme
1.8.-04	Familie stärken	Annahme
1.9 Frauen- und Gleichstellungspolitik		
1.9.-01	Arbeiterwohlfahrt sichert Geschlechtergerechtigkeit	Annahme
1.9.-02	Umsetzung völkerrechtlicher Vorgaben zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen / Schutz vor Gewalt gegen Frauen als Querschnittsaufgabe	Annahme

Nummer	Titel	Beschluss
1.9.-03	Gleichstellung von Menschen unabhängig ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung	Annahme
1.9.-04	Eingetragene Lebensgemeinschaften gleichberechtigt fördern – Änderungen des § 52 Absatz 2 Ziffer 19 der Abgabenordnung	Annahme
1.10 Migrations- und Integrationspolitik		
1.10.-01	Menschen nach der Flucht – Solidarität ist unsere Stärke! Aufnahme von Flüchtlingen / Information und Orientierung als Grundlage / faire Asylverfahren / gelingende Integration	Annahme
1.10.-02	Für Menschen nach der Flucht. Miteinander in Würde	Annahme
1.10.-03	Besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen in AWO-Einrichtungen	Annahme
1.10.-04	Interkulturelle Öffnung als Gestaltungsauftrag der Einwanderungsgesellschaft	Annahme
1.10.-07	Die Wende der Flüchtlingspolitik von der Willkommenskultur zur Festung Europas	Annahme
1.10.-08	Uneingeschränkter Elternnachzug zu unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten	Annahme
1.10.-09	»Ein modernes Einwanderungsgesetz für alle!« Deutschland als Einwanderungsland mit Chancengleichheit und Teilhabe	Annahme
1.10.-10	»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« (Art. 1, Abs. 1, Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland)	Annahme
1.10.-11	Legale und gefahrenfreie Zugangswege für Schutzsuchende in die EU	Annahme
1.10.-12	Nachhaltige Sprachförderung ausbauen	Annahme
1.10.-13	Integration ist kein Spezialthema, sondern eine Querschnittsaufgabe. Bildungs- und Sozialpolitik für zusätzliche Aufgaben stärken!	Annahme
1.10.-14	Integration von Anfang an	Annahme
1.10.-16	Migrationsberatung für Erwachsene flächendeckend und bedarfsgerecht ausbauen	Annahme
1.10.-17	Bedarfsgerechter Ausbau der Jugendmigrationsdienste (JMD)	Annahme
1.10.-18	Verbesserung der rechtlichen Situation von Afghaninnen und Afghanen in Deutschland	Annahme

Nummer	Titel	Beschluss
1.11 Gewinnung von Fachkräften		
1.11.-01	Zukunft der Sozialen Berufe – Soziale Berufe der Zukunft	Annahme
2. Anträge Engagement- und Verbandspolitik		
2.1 Wertegebundenes Unternehmen		
2.1.-01	AWO als gute Arbeitgeberin – Werte im Führungshandeln	Annahme
2.1.-02	AWO als gute Arbeitgeberin – authentische und effektive PR-Maßnahmen zur Fachkraftgewinnung auf Bundesebene	Annahme
2.1.-03	Entwicklung einer Diversity-Strategie	Annahme
2.1.-04	Die AWO für Vielfalt	Annahme
2.1.-05	Arbeiterwohlfahrt und Religion	Annahme
2.1.-06	Branchentarifvertrag Soziales	Annahme
2.1.-07	Einführung eines Branchentarifvertrages Soziales und Pflege	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 2.1.-06
2.1.-08	Resolution – Für einen flächendeckenden Tarifvertrag Soziales – Hürden für Allgemeinverbindlichkeit abbauen!	Nichtbefassung, da erledigt durch Antrag 2.1.-06
2.1.-09	Grundsätze der Arbeiterwohlfahrt zu verantwortungsvoller Verbands- und Unternehmensführung innerhalb der AWO	Annahme
2.2 Grundsatzprogramm	– laufende Projekte – keine aktuellen Beschlüsse	
2.3 Bürgerschaftliches Engagement		
2.3.-01	Öffnung und Profilierung der AWO-Freiwilligendienste	Annahme
2.3.-02	Höhere Anerkennung für Freiwilligendienstleistende	Annahme
2.3.-03	Stärkung der Freiwilligendienste – Wir begeistern (junge) Menschen für die AWO	Annahme
2.4 AWO gegen Rechtsextremismus		
2.4.-01	AWO gegen Rassismus	Annahme
2.4.-02	AWO aktiv gegen menschenverachtende Einstellungen – Koordinationsstelle für Demokratieförderung und Extremismusprävention und gegen Menschenfeindlichkeit, Hass und Gewalt	Annahme
2.4.-03	Kommission Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	Annahme
2.4.-04	Für gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen Intoleranz, Menschenfeindlichkeit und Rassismus	Annahme

Nummer	Titel	Beschluss
2.4.-05	Praxis des »Racial Profiling« abschaffen	Annahme
2.4.-06	Haltung zeigen! Geschlossen gegen die AfD – Gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus	Annahme
2.5 Mitgliederentwicklung		
2.5.-01	Die AWO als Mitglieder- und Engagementverband stärken	Annahme
2.5.-02	Übergänge gestalten	Annahme
2.5.-03	Beitragsordnung	Annahme
2.5.-04	Beitragsordnung	Erledigt durch 2.5.-03
2.5.-05	Beitritts- und Änderungsmeldung (Mitgliedsformular)	Annahme
2.5.-07	Mitgliederverband in den Mittelpunkt des Handelns rücken	Annahme
2.5.-08	Resolution: Keine Menschenfeinde in der AWO	Annahme und Auftrag an das Präsidium, die Rechtslage zu überprüfen
2.5.-09	Quote junger Menschen in allen AWO-Gremien	Annahme
2.6 Qualitätsmanagement		
2.6.-01	AWO aus einer Hand	Annahme
2.6.-02	Bedeutung der Beratung für die AWO	Annahme
2.6.-03	Transparenz	Annahme
2.6.-04	Gemeinsame Qualitätsstandards für pädagogische Ferienfahrten (Jugendwerk und AWO)	Annahme
2.6.-05	Jederzeit wieder! Qualität der pädagogischen Ferienfahrten von Jugendwerk und AWO	Annahme
2.6.-07	Einfache bzw. leichte Sprache	Annahme
2.7 Organisationsfragen		
2.7.-01	Vorbereitung AWO-Verbandsjubiläum 2019	Annahme
2.7.-04	Befreiung der AWO-Gliederungen von den Gema-Gebühren	Annahme
2.8 Nachhaltigkeit		
2.8.-01	Bekanntnis zum Klimaschutz und zum 1,5-C-Ziel der Klimakonferenz von Paris 2015	Annahme



Lotte-Lemke-Preis



Solidarität meint auch, Sterbende nicht in Schmerz und Angst allein zu lassen. Der Humanistische Hospizdienst greift damit eine konkrete Aufgabe auf, die zutiefst die Werte und das Selbstverständnis der AWO widerspiegelt. Er entspricht in besonderer Weise den im Lotte-Lemke-Preis ausgedrückten Werten und ist daher als Preisträger 2016 zu würdigen.

Prämierte und Gewinner*innen des Lotte-Lemke-Preises 2016

Das Präsidium der AWO verleiht alle vier Jahre im Rahmen der Bundeskonferenz den Lotte-Lemke-Preis. Mit dem Lotte-Lemke-Preis können Institutionen, Organisationen, Vereine, Verbände, deren Vertreter*innen, aber auch Einzelpersonen ausgezeichnet werden, die mit ihrem Handeln den einzelnen Leitsätzen und Aussagen des Leitbildes der AWO entsprechen; die nachhaltig soziale Projekte, Initiativen, nationale wie internationale wohlfahrtspflegerische Aufgaben der AWO entwickelt haben, gestalten, unterstützen und fördern.

Lotte-Lemke-Preisträger*innen 2016

Humanistischer Hospizdienst (AWO Stuttgart)

In diesem Jahr hat die Jury mit Erika Lotz, Christiane Reckmann und Horst Moser unter den eingereichten Bewerbungen entschieden, den Humanistischen Hospizdienst mit dem Lotte-Lemke-Preis auszuzeichnen.

Die Begründung der Jury im Wortlaut:

»Viele Menschen, die den Tod erwarten, sind auf sich allein gestellt. Für die Betroffenen gibt es bislang kaum angemessene Angebote. Ziel des Humanistischen Hospizdienstes ist es, die hospizliche und palliative Versorgung auszubauen. Sterben und Tod bleiben noch immer hochtabuisierte Themen in unserer Gesellschaft. Die präzise Konzeptionierung des Projektes, die fachlich enge Zusammenarbeit mit einer Hochschule und die sorgsame, verantwortungsvolle Ausbildung und Begleitung der ehrenamtlichen Sterbebegleiter*innen sind beispielhaft. Sie verknüpfen Haupt- und Ehrenamt vorbildlich und sichern die Professionalität der Arbeit genauso wie das Wohlergehen der ehrenamtlichen Sterbe- und Trauerbegleiter*innen nachhaltig ab. Im vergangenen Jahr hat sich die AWO im Rahmen der Debatten um das Hospiz- und Palliativgesetz deutlich positioniert: Solidarität meint auch, Sterbende nicht in Schmerz und Angst allein zu lassen. Der Humanistische Hospizdienst greift damit eine konkrete Aufgabe auf, die zutiefst die Werte und das Selbstverständnis der AWO widerspiegelt. Er entspricht in besonderer Weise den im Lotte-Lemke-Preis ausgedrückten Werten und ist daher als Preisträger 2016 zu würdigen.«

Projekte mit lobender Erwähnung

FairKaufHaus Lebach (AWO Lebach)

Die Begründung der Jury im Wortlaut:

»In Lebach haben Menschen, die in Armut leben, sowie geflüchtete Menschen seit 2013 die Möglichkeit, im FairKaufHaus einzukaufen. Waren des täglichen Bedarfs, wie Kleidung, Bücher oder Haushaltswaren, werden zu erschwinglichen Preisen angeboten. Zugleich ist der Laden Treffpunkt und Austauschort und hat somit einen hochintegrativen Charakter. Der Betrieb des Ladens wird hauptsächlich durch Ehrenamtliche und Spenden gesichert. Das Projekt trägt in hohem Maße dazu bei, dass die Kunden nicht durch ihre Armut stigmatisiert werden und an sozialen Anlässen teilhaben können. Es setzt somit die Werte und Ziele der AWO mit praktischer Solidarität um und ist daher besonders zu würdigen.«

Inklusive Theatergruppe FrauenZimmer (AWO Lübeck)

Die Begründung der Jury im Wortlaut:

»Die Inklusive Theatergruppe des AWO Kreisverbandes Lübeck bietet einer in unserer Gesellschaft mehrfach ausgegrenzten Zielgruppe – älteren, alleinstehenden Frauen mit einer Behinderung – eine kreative Ausdrucksform. Mit der gleichberechtigten Zusammenarbeit behinderter und nicht behinderter Frauen wird der Anspruch auf Inklusion umgesetzt. In der Gruppe entstehen zudem Freundschaften, die den Frauen für ihren Alltag neues Selbstbewusstsein und neue Lebensfreude geben. Vor dem Hintergrund bestehender Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und Sexismus gegenüber Frauen ist die Inklusive Theatergruppe besonders würdigend zu erwähnen.«



Petra Ferdinand-Storb (stellv. Kreisvorsitzende des AWO Kreisverbandes Saarlouis) nahm von Wilhelm Schmidt die Ehrung für das FairKaufHaus der AWO Lebach entgegen.



Christoph Keiper (hauptamtlicher Leiter) und Dr.med. Gabriele Will (stellv. Einsatzleiterin des Humanistischen Hospizdienstes der AWO Stuttgart) bedankten sich für die Auszeichnung mit dem Lotte-Lemke-Preis.



Kerstin Behrendt (Mitte) (Geschäftsführerin des AWO Kreisverbandes Lübeck) und Bärbel Labitzky (Koordinatorin des Inklusiven Theaterprojekts FrauenZimmer) im Gespräch mit Wilhelm Schmidt.





Marie-Juchacz-Plakette



Alle Preisträger*innen zeichnen sich durch ihre langjährigen, großen Verdienste um unser soziales Gemeinwesen und um die AWO aus.

Wilhelm Schmidt

Verleihung der Marie-Juchacz-Plakette an Petra Grimm-Benne, Erika Lotz, Friedhelm Merckentrup und Horst Moser

Petra Grimm-Benne

Petra Grimm-Benne engagierte sich 8 Jahre lang im Bundespräsidium und auch im Bundesausschuss. Sie speiste ihre Expertise im Bereich der Sozialpolitik unter anderem in den Fachausschuss Soziales und Gesundheit ein.

Petra Grimm-Benne folgte stets dem Zweiklang aus parteipolitischem und verbandlichem Engagement. Sie ist jüngst zur Ministerin für Arbeit, Soziales und Integration in Sachsen-Anhalt berufen worden. In ihrem AWO-Engagement machte sie sich fortwährend für die Werteorientierung der AWO, Engagementförderung sowie Kinder- und Jugendpolitik stark. In der AWO Sachsen-Anhalt hat sie viele Projekte mit Strahlkraft über die Landesverbandsgrenzen hinweg initiiert und umgesetzt, beispielhaft seien Konzepte zur Demokratieförderung und die Auseinandersetzung mit der Eugenik und Euthanasie im AWO-Krankenhaus in Jerichow genannt. Auch wenn Petra Grimm-Bennes formales Engagement im AWO-Präsidium mit der Bundeskonferenz enden wird, so wird sie in ihrer neuen Rolle als Sozialministerin unsere AWO-Forderungen nach einer solidarischen Gemeinschaft vertreten und die Umsetzung bestmöglich forcieren.

Erika Lotz

Erika Lotz hat sich in vielfältiger Weise für eine sozial gerechte Gesellschaft engagiert. Als Mitglied des Deutschen Bundestages setzte sie sich von 1994 bis 2005 in vielfältiger Weise für die Themen/Forderungen der AWO ein. Sie war Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion und war in den Arbeitsgruppen Bürgerschaftliches Engagement, Gesundheit und Soziale Sicherung aktiv. Darüber hinaus engagierte sie sich in zahlreichen Bundestagsgremien. Mit dem Ausscheiden aus dem Bundestag verstärkte sich ihr AWO-Engagement:

- Von 2005 bis 2015 war sie stellvertretende Vorsitzende des AWO Kreisverbandes Lahn Dill.
- Seit 2006 ist sie Mitglied des Vorstandes des AWO Bezirksverbandes Hessen Süd, von 2008 an war sie stellv. Vorsitzende.
- Weiterhin war sie langjährige stv. Vorsitzende des DGB Hessen.



Die Preisträger*innen und Laudatoren (v.l.n.r.)
 Erika Lotz, Horst Moser (linke Seite),
 Wolfgang Stadler, Petra Grimm-Benne, Sigmar Gabriel,
 Friedhelm Merkentrup, Wilhelm Schmidt (rechte Seite)

Friedhelm Merkentrup

Friedhelm Merkentrup engagiert sich nicht erst seit seinem Eintritt in die AWO 1993 in vielfältiger Weise für eine sozial gerechte Gesellschaft. Von 2008 bis 2012 brachte er seine Expertise als Revisor in die AWO-Bundesebene ein. Als Beisitzer im Präsidium setzte er sich von 2012 bis 2016 stets für eine Verzahnung des sozialpolitischen Mitgliederverbandes mit dem sozialen Unternehmen der AWO ein. Seine Forderungen vertrat er aktiv im Fachausschuss Verbandspolitik und engagierte sich ausnehmend als Mitglied im Finanzausschuss des AWO Bundesverbandes.

Nach einer Ausbildung zum Bergmann absolvierte Friedhelm Merkentrup ein Studium an der Sozialakademie in Dortmund. Er war als Geschäftsführer der Geschäftsstelle Ostfriesland der Gewerkschaft ÖTV (ver.di) sowie als Mitglied der Bezirksleitung Weser/Ems-Bremen der ÖTV tätig. Als ehrenamtlicher Revisor des AWO Bezirksverbandes Weser-Ems betätigte er sich seit 1999 und wurde schließlich Sprecher des Revisorenteam im Jahr 2008.

Horst Moser

Wie kein anderer steht Horst Moser für die AWO im Saarland. Er hat sich stets dem Leitbild der AWO, ihren Werten und ihrer Geschichte verpflichtet. Horst hat sowohl inner- als auch außerverbandlich maßgeblich dazu beigetragen, dass die AWO im Saarland eine feste Größe ist. Sein unermüdlicher solidarischer Einsatz für die Menschen verdient unsere Achtung. Seit 1978 ist Horst aus der AWO nicht mehr wegzudenken:

- Von 1978 bis 1986 war er zunächst ehrenamtlich in der AWO engagiert: langjähriger Vorsitzender OV Elversberg; langjähriges Mitglied AWO-Kreis-ausschuss Neunkirchen; AWO-Kreisvorsitzender.
- Von 1986 bis 2000 prägte er als Landesgeschäftsführer die AWO im Saarland.
- 16 Jahre lang hat er den stv. Vorsitz im AWO Landesverband Saarland e.V. innegehabt und war auch stv. Landesvorsitzender der AG 60+ in der SPD Saar.



Das neue Präsidium



Wilhelm Schmidt (Präsident), Prof. Dr. Thomas Beyer, Rudi Frick, Michael Scheffler MdL,
 Iris Spranger MdA, Britta Altenkamp MdL, Christoph Götz, Karin Hirschbeck,
 Inge Höcker, Helga Kühn-Mengel MdL, Nils Opitz-Leifheit, Anna Pfeiffer,
 Wilfried Pfeiffer, Christiane Reckmann, Dennis Rohde MdB, Eva-Maria Lemke-Schulte,
 Gabriele Siebert-Paul, Gerwin Stöcken, Margit Wehnert, Stefan Wolfshörndl (von oben v.l.n.r.)



Schlusswort

Wilhelm Schmidt

Vorsitzender des Präsidiums

Ich komme gleich dazu, Dankeschön zu sagen. Wir haben aber noch eine Sache, die wir an Euch zurückspielen wollen, nämlich das Ergebnis des Fußball-Tippspiels. Die Gewinner sind auf der Tafel zu sehen.

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Genossinnen und Genossen! Das war auch für mich eine sehr aufregende, intensive, spannende und vor allen Dingen außerordentlich ertragreiche Konferenz. Ich habe deswegen am Anfang Dankeschön zu sagen. Erstens an das Präsidium: Gabi, Erwin und Nils – auch wenn sie uns ab und zu zwischendurch traktiert haben; aber das will ich nicht weiter vertiefen –, sie haben das ganz toll gemacht und sind deswegen mit uns geradezu stromlinienförmig durch diese Konferenz gefahren.

Ich sage Dankeschön an den Bezirksverband Braunschweig: Gabi Siebert-Paul, Rifat Fersahoglu-Weber und das ganze Team aus Braunschweig – und Umgebung, muss ich noch hinzufügen –, das diese Bundeskonferenz als Gastgeber für uns vorbereitet hat. Vielen Dank!

Ich sage Danke an die Stadt Wolfsburg, die uns außerordentlich intensiv unterstützt hat. Ich muss hinzufügen: Ich habe gestern Abend Klaus Mohrs gesagt: Ich habe in den vielen Bundeskonferenzen, die ich erlebt habe, noch nie einen so intensiv mitwirkenden Oberbürgermeister erlebt wie ihn. Ich habe ihm gestern Abend schon dafür gedankt. Der Dank schließt ein die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Congresspark, aber ich denke auch insgesamt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Stadt Wolfsburg und in den anderen Organisationsformen uns unterstützt haben.

Wir danken ausdrücklich auch VW für die Spende, die wir ein wenig zur Milderung unserer Umlagen haben einsetzen können. Ursprünglich, das gebe ich zu, haben wir mal mit mehr rechnen können. Das ist dann aber alles ein bisschen im Diesel-Skandal untergegangen. Wir wünschen dem VW-Werk, das will ich hier auch als Vertreter aus der Region sagen, schnelle Genesung – um es mal so rum zu sagen. Ich hoffe, die haben das richtige Händchen, damit das mit einem so großen Wirtschaftsunternehmen ordentlich weitergeht.

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben besondere Grußworte und fachliche Beiträge von Expertinnen und Experten entgegennehmen können. Ich bin tief dankbar für die Grußworte von Stephan Weil, von Erich Fenninger, Klaus Mohrs und von Sigmar Gabriel. Ich denke, das waren für uns ganz wichtige Beiträge, die motivieren und die für uns ein Auftrag zu guter Zusammenarbeit mit allen Gästen und Institutionen sind, die sie repräsentiert haben. Und das auch, ohne dass wir unsere kritische Distanz aufgeben, die wir fachlich, aber auch organisatorisch an den Tag legen müssen und wollen. Dass wir die Nähe zur SPD aufrechterhalten, das wisst Ihr. Das ist nicht nur ein persönliches Anliegen von mir. Und manchmal hilft das dann auch, unter Genossen oder unter Freunden sich das eine oder andere Mal deutlich zu sagen.

Ich denke, wir haben mit all dem, was wir beschlossen, besprochen, diskutiert, auf den Weg gebracht haben, für den Verband enorm viel getan. Dank an diejenigen, die mit den vielen Anträgen und mit deren Bearbeitung die inhaltlichen Grundlagen für diese wegweisende Konferenz gelegt haben.

Ich habe in den vielen Bundeskonferenzen, die ich erlebt habe, noch nie einen so intensiv mitwirkenden Oberbürgermeister erlebt wie Klaus Mohrs.

Wir haben die Orientierung der AWO neu vermessen und gefestigt. Dieser Begriff ist mehrfach verwandt worden, von Sigmar und auch von Professor Hilbert. Wir haben mit den Beiträgen von Frau Allmendinger und von Herrn Hilbert und von Professor Mittag zu unserem Jubiläum neue Impulse mit auf den Weg nehmen können für unsere fachliche Arbeit. Das wird uns auch stärken in der Auseinandersetzung um das Soziale in unserem Land.

Und wir sichern Euch zu, dass alles das, was gesprochen worden ist, auch dokumentiert wird und Euch zur Verfügung gestellt wird. Es ist ganz wichtig, die Beschlüsse und den guten Geist dieser Konferenz im »Raumschiff Wolfsburg« auch vor Ort zu vermitteln. Ich bitte Euch also, auch die Ergebnisse dieser Konferenz so schnell wie möglich weiterzutragen, weiterzugeben. Ihr seid das Sprachrohr. Ihr seid aber auch die Vermittler in die Arbeiterwohlfahrt hinein, um dafür zu sorgen, dass

dieser Verband auch diese Einheit darstellt, die wir uns immer wünschen und die wir auch in diesen Tagen noch einmal betont haben.

Ich selber bin, das will ich deutlich sagen, stolz, dass wir so intensiv und auch so solidarisch miteinander gearbeitet haben. Nicht nur an diesen Tagen, sondern auch in den vergangenen Jahren. Ich setze darauf, dass die Arbeit, die wir im Präsidium geleistet haben, auch weiter in dieser Form – sehr freundschaftlich, sehr kompetent und sehr engagiert – fortgesetzt wird. Ich danke noch einmal denjenigen, die ausgeschieden sind und nicht mehr dabei sein werden in der nächsten Wahlperiode dieses Präsidiums.

Der Verband ist quicklebendig. Das Jugendwerk startet ab und zu mal einen Weckruf; das haben wir vorhin an dem einen Beispiel in besonderem Maße gemerkt.

Es gehört auch zur Solidarität im Verband, große Aufgaben und Ereignisse miteinander gut über die Runden zu bringen. All denen, die dazu beigetragen haben, noch einmal ein herzliches Dankeschön. Ich lege Euch noch einmal, Ihr habt es ja mit der Spende schon bewiesen, AWO International ans Herz. Seht zu, dass wir so viele Mitglieder wie möglich kriegen – übrigens nicht nur die Gremien, nicht nur die Organisationsformen, sondern auch jede Einzelne, jeder Einzelne kann Mitglied bei AWO International werden. Überprüft das bitte noch einmal.

Ein gleiches gilt übrigens auch für das Zukunftsforum Familie. Das ZFF ist eine ganz wichtige Einrichtung von uns und für uns und für unsere Arbeit. Auch die kann durchaus die eine oder andere strukturelle und personelle Verstärkung vertragen.

**Ihr seid das Sprachrohr.
Ihr seid aber auch die Vermittler in
die Arbeiterwohlfahrt hinein,
um dafür zu sorgen, dass dieser Verband
auch diese Einheit darstellt.**

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben auch die Weichen gestellt für manche Überprüfung, die wir in den nächsten Jahren vornehmen wollen und vornehmen müssen. Das gilt fürs Grundsatzprogramm ganz allgemein. Ich bin sehr zufrieden mit der Vorarbeit.

Ich habe es gestern in meinem Bericht zum Ausdruck gebracht. Das Grundsatzprogramm wird ein neues Kompendium für die Arbeit in der Arbeiterwohlfahrt und auch für unsere Werteorientierung. Und das soll es ja auch sein. Ich finde, dass wir noch einmal deutlich gemacht haben, dass wir alle zusammengehören. Alle Organisationsformen der Arbeiterwohlfahrt, ob sie ehrenamtlich-gemeinnützig betrieben werden oder auch sozial-kommerziell. Ich finde, es muss klarer denn je werden, dass wir auch hier miteinander die Regeln einzuhalten haben. Die neue Kommission Compliance wird sich damit ebenso auseinandersetzen wie möglicherweise dann auch die Bundeskonferenz 2020, falls es dann neue oder zusätzliche Regeln geben muss, um das Regelwerk zu schärfen und zu verbessern und rechtsfester zu machen. Auch das will ich hier ankündigen.

Ich will Euch die Termine des nächsten Jahres noch einmal nennen. Ihr habt sie alle auch schon schriftlich bekommen über die Gliederungen: Am 18. Januar wird der Neujahrsempfang sein. Wir werden dann am 4. März die nächste Sozialkonferenz in Düsseldorf durchführen mit Hannelore Kraft – mit dem Thema der Kinder- und Jugendpolitik. Wir werden am 9. und 10. Juni die nächste Bundesausschusssitzung durchführen – übrigens nach langer Zeit mal wieder außerhalb Berlins, in dem Fall in Frankfurt. Die Frankfurter haben mir schon zugesichert, dass sie uns gerne aufnehmen.

Auf die Termine im Jahr 2019 hat Wolfgang schon aufmerksam gemacht. Ich lege sie Euch noch mal ans Herz. Macht bitte nicht zu viel oder, wenn's geht, gar keine Eigenwege, sondern lasst erst mal die Orientierung durch den Bundesverband zum Jubiläum auf Euch zukommen. Das wird sehr schnell passieren. Und dann geht ganz schnell an Eure eigenen Veranstaltungen vor Ort und in den Regionen vor oder nach dieser Bundeskonferenz 2019. Das entscheidet Ihr natürlich autonom.

**Der Verband ist quicklebendig.
Das Jugendwerk startet ab und zu mal
einen Weckruf; das haben wir
vorhin an dem einen Beispiel in
besonderem Maße gemerkt.**

Ich finde, es ist alles vorbereitet, um auf einen guten Weg zu kommen. Deswegen sage ich den Delegierten dieser Bundeskonferenz noch einmal einen ganz herzlichen Dank für das Engagement und die aktive Mitarbeit.

Und ich bin sehr dankbar dafür, dass Ihr alle jetzt noch mal mitsingen werdet. Ich mache Euch auch aufmerksam auf den ersten Abschnitt Eurer dicken Konferenzmappe: Allgemeine Informationen, da ist auch der Liedtext – nur für den Fall, dass Ihr da nicht so ganz sicher seid.

Auf jeden Fall: Herzlichen Dank! Glück auf und Freundschaft!



IMPRESSUM

Herausgeber
AWO Bundesverband e.V.

Verantwortlich:
Wolfgang Stadler, Vorstandsvorsitzender

Redaktion:
Berit Gründler

Konzept und Gestaltung:
Stephanie Roderer, www.studio-pingpong.de

Fotos:
AWO Bundesverband e.V., Jule Roehr
S.37 SOS MEDITERRANEE
S.81 Foto von Anna Pfeiffer, Bundesjugendwerk, Gregor Schwind
S.81 AWO Bundesverband e.V., Wolfgang Siesing

© AWO Bundesverband
Heinrich-Albertz-Haus
Blücherstraße 62/63
10961 Berlin
Telefon 030 / 26309-0
Telefax 030 / 26309-32599
verlag@awo.org
awo.org

Januar 2017
Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher Genehmigung
des Verlages oder des Herausgebers.
Alle Rechte vorbehalten.

Die AWO verwendet in ihren Publikationen eine vielfaltssensible Sprache. Im Rahmen
von Dokumentationen wird in die Inhalte der eingereichten Redebeiträge nicht eingegriffen.
Hier gilt ggf. die männliche bzw. weibliche Schreibform für beide Geschlechter.

Buko 2016

Leben in Würde, sozia-
ktivitätsfortschritt durch
erkürzte Erwerbsarbeits-
hen Entscheidungspro-
g, Bildung und Ausbil-
Insbesondere da kaum
ich zu finden ist, in dem
t sind, wird die AWO, im
dungsgeschichte, Frau-
r Leben selbstbestimmt
zu leben. Frauenpolitik
ein zentraler Baustein
sächlichen Gleichstel-
h vor dem Hintergrund
für ein, dass Gleichstel-
abe auch im unterneh-
AWO verankert wird und
chnittsaufgabe der AWO
iner konsequenten Ver-
rechter Sprache findet.
für die Herstellung von
: Geschlechtsspezifische
en und Unterdrückungs-
ämpft, um allen Men-
eschlecht und Sexualität
sichen Lebensmöglich-
ndlage dafür ist Gleich-
n Ressourcen, Einfluss-
schätzung. Im Zentrum
allen Menschen zu er-
esse zu befriedigen, ihre
und Sorge für sich und
chstellung heißt sowohl
Frauen und Männern zu
ffenheit des Verständ-
Sexualität.

7. Sozialkonferenz in Koblenz zum Grundsatzprogramm:

Gewagt war die Konzeption der 7. Sozialkonferenz. Die Herausforderung lag auf der Hand: Wie gelingt es über 250 Gästen die Chance zu bieten, über ausgewählte Kapitel des neuen Grundsatzprogramms zu diskutieren. Die einleitenden Worte von Wilhelm Schmidt sowie das Grußwort von Ministerpräsidentin Malu Dreyer stimmten die Gäste bereits auf die übergeordneten gesellschaftlichen Themen ein. Anschließend war es Prof. Dr. Wolfgang Schroeder, der in seiner Grundsatzrede die AWO als gesellschaftlichen Akteur verortete und die Chance des Prozesses aufzeigte. Seine Aussage, dass ein solches Programm ein »Geländer für die Zukunft« sei, unterstrich sogleich die Bedeutung der anschließenden Diskussionen. Hier wurde dann über die »Grundwerte der AWO« genauso wie über die »Zukunft des Verbandes« oder unsere »Vision für eine Gesellschaft in Vielfalt« debattiert – lebhaft, offen und kontrovers. In der Zusammenschau der acht Gruppendiskussionen wurde vor allem eines deutlich: In diesen unruhigen Zeiten tut es not, auch die bisher als unerschütterlich vermuteten demokratischen Grundwerte unserer Gesellschaft neu auszutarieren und sogleich zu betonen. Umso spannender ist es, wie sich der Verband auch vor Ort mit der zukünftigen Ausrichtung der AWO auseinandersetzt.

4. Sozialkonferenz »Inklusion – Auch bei uns!«:

Damit die Arbeiterwohlfahrt aktiv zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft beitragen kann und um als Wohlfahrtsverband ihrer Vorreiterrolle gerecht zu werden, befasste sich die AWO auf der Sozialkonferenz zur Inklusion am 28. Juni 2013 in Dortmund mit den dafür notwendigen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen sowie den notwendigen Maßnahmen der AWO als Trägerin von Einrichtungen und Diensten.

Die Teilnehmenden haben sich mit der zentralen Frage auseinandergesetzt, wie die AWO zu dem notwendigen gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel beitragen kann und welche neuen Gelegenheiten für die AWO sich daraus ergeben. Die Sozialkonferenz wurde unter inklusiven Gesichtspunkten ausgerollt. Anlässlich der Konferenz wurden in sechs Arbeitsgruppen verschiedene Schwerpunkte behandelt. Dazu gehörten die Messbarkeit von Teilhabe, soziale Inklusion in Kindertagesstätten und Schulen, inklusive Quartiersentwicklung, Inklusion im Einwanderungsland sowie die Frage nach der Reichweite von Inklusion und der Bedeutung von Inklusion in Bezug auf SGB II. Die Ergebnisse dieser Debatten bildeten eine wichtige Grundlage für die Entwicklung der Dortmunder Erklärung.

2014 – Dortmunder Erklärung: Es wird ein interdisziplinäres Verständnis von Inklusion begründet, das eine Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion in allen Arbeitsfeldern der AWO notwendig macht. Die AWO orientiert sich mit dieser Erklärung an dem Leitprinzip Inklusion, stellt sich den notwendigen Veränderungsprozessen, um Inklusion in allen Einrichtungen und Diensten anstoßen zu können und erfüllt damit eine Anforderung aus dem Buko-Beschluss 2012 »Aktionsplan zur Implementierung des Leitprinzips der Inklusion in das Selbstverständnis der AWO«. In der Erklärung ist das gemeinsame Verständnis der AWO von Inklusion festgehalten: Die AWO versteht Inklusion als gesamtgesellschaftlichen Paradigmenwechsel, der alle Gesellschafts- und Politikbereiche erfasst. Inklusion ist ein Prozess, der die Mehrheit ebenso fordert wie die Minderheiten. Inklusion nimmt einen Perspektivwechsel vor, weg von der Verengung des Blicks auf die Hindernisse und ihre Bewältigung im Einzelnen hin zu der Frage, was die Gesellschaft und ihre Institutionen brauchen, um ihrem Bildungs- und Förderauftrag für alle Menschen zu entsprechen, ohne auszugrenzen. Gesellschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen sowie Kontextfaktoren müssen so entwickelt werden, dass allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe und barrierefreie Zugänge in alle gesellschaftlichen Subsysteme ermöglicht werden. Die Teilhabe von Einzelnen an der Gesellschaft ist gegründet auf einer Akzeptanz von Unterschiedlichkeit und dem konsequenten Abbau von Barrieren, z. B. durch den kulturellen Hintergrund, die Ethnie, den sozio-ökonomischen Status, das Geschlecht oder auch Behinderungen. Inklusion ist Ziel und Umsetzung zugleich – und sie benötigt Zeit.

Workstatt »Menschen geben Überlegungen und Möglichkeiten an, wie die AWO als Mitgliederverband und 1. Februar 2014 fand eine Werkstattkonferenz mit über 150 haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Vertretern der Landesverbände zusammen. Die Bände kamen hier zusammen und diskutierten über die zukünftige Mitgliederarbeit. Der Austausch von Erfahrungen und der Arbeit von Handlungsfeldern im Zentrum der Werkstattkonferenz wurden u. a. die Ziele der AWO im 21. Jahrhundert. Es wurde gefragt, was die AWO von anderen Bewegungen lernen kann und wie sie diese erfolgreich in die Mitgliederarbeit einbringen kann. Es wurde festgestellt, dass die AWO ihr Profil weiter schärfen und ihre sozialpolitischen Einflussmöglichkeiten in der gesellschaftlichen Missstände aufgreifen muss. Tut sie dies in einem gleichberechtigten Dialog mit den Menschen, kann sie einen Mehrwert bieten und eine mögliche Rolle in der Zukunft spielen. Die AWO benötigt ein Engagement und eine Anerkennungskultur. Der Mitgliederverband muss in die Hand gehen – im Sinne konkreter Kooperationen. Ein hohes Engagement ermöglicht die notwendige Kooperation gehört auch die Anerkennung und Wertschätzung zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen. Vereine benötigen, um voranzukommen, eine Person, die in der Lage ist, hilfsbereit zu sein, hauptberuflich tätig zu sein, Beratung und Begleitung zu leisten und auch für die Umsetzung mehr Angebote zur Verfügung zu stellen, aber auch für Erfahrung zu sammeln. Gefördert wurde, d